



Verfassungsgerichtshof

**Entscheid Nr. 45/2026**  
**vom 16. April 2026**  
**Geschäftsverzeichnissrn. 8356, 8361, 8362 und 8363**

*In Sachen:* Klagen auf teilweise Nichtigerklärung des Gesetzes vom 7. Mai 2024 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Glücksspiele », erhoben von der « Derby » AG, von der « Gambling Management » AG und anderen, von der « Ascot » AG und anderen und von der VoG « Waregem Draaft » und der VoG « Koninklijke Waregemse Koersvereniging ».

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten Pierre Nihoul und Joséphine Moerman, den Richtern Thierry Giet, Michel Pâques, Yasmine Kherbache, Danny Pieters, Sabine de Bethune, Emmanuelle Bribosia, Willem Verrijdt, Kattrin Jadin und Magali Plovie, und dem emeritierten Präsidenten Luc Lavrysen gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers Frank Meersschaut, unter dem Vorsitz des Präsidenten Pierre Nihoul,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*I. Gegenstand der Klagen und Verfahren*

a. Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 5. November 2024 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 6. November 2024 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob die « Derby » AG, unterstützt und vertreten durch RA Pierre Joassart, in Brüssel zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 6, 14 bis 20 und 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Glücksspiele » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 22. Mai 2024).

b. Mit drei Klageschriften, die dem Gerichtshof mit am 20. und 21. November 2024 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen zugesandt wurden und am 22. November 2024 in der Kanzlei eingegangen sind, erhoben jeweils Klage auf teilweise Nichtigerklärung desselben Gesetzes: die « Gambling Management » AG, die « Casino de Spa » AG und die « Circus Belgium » AG, unterstützt und vertreten durch RA Karl Stas und RA Thomas De Meese, in

Brüssel zugelassen; die « Ascot » AG, die « PMU Belge » AG und die « World Football Association » GmbH, unterstützt und vertreten durch RA Yaël Spiegl und RA Emmanuel Van Nuffel, in Brüssel zugelassen; die VoG « Waregem Draaft » und die VoG « Koninklijke Waregemse Koersvereniging », unterstützt und vertreten durch RA François Lambert und RA William Timmermans, in Brüssel zugelassen.

Diese unter den Nummern 8356, 8361, 8362 und 8363 ins Geschäftsverzeichnis des Gerichtshofes eingetragenen Rechtssachen wurden verbunden.

Schriftsätze und Gegenerwiderungsschriftsätze wurden eingereicht von

- der öffentliche-rechtlichen Aktiengesellschaft « Nationallotterie », unterstützt und vertreten durch RA Philippe Vlaemminck, RA Robbe Verbeke und RA Valentin Ramognino, in Brüssel zugelassen (intervenierende Partei in den Rechtssachen Nrn. 8356 und 8362),

- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA Evrard de Lophem, RA Sébastien Depré, RA Megi Bakiasi, RAin Alice Collin, RA Maxime Chomé, RA Jasper De Fauw, RA Simon Kieftenburg und RAin Estelle Volcansek, in Brüssel zugelassen.

Die klagenden Parteien haben Erwiderungsschriftsätze eingereicht.

Durch Anordnung vom 11. Februar 2026 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter Thierry Giet und Sabine de Bethune beschlossen, dass die Rechtssachen verhandlungsreif sind, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung nach Ablauf dieser Frist geschlossen und die Rechtssachen zur Beratung gestellt werden.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

## II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

### *In Bezug auf die angefochtenen Bestimmungen und deren Kontext*

B.1. Die Nichtigkeitsklagen beziehen sich auf mehrere Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Mai 2024 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die

Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Glücksspiele » (nachstehend: Gesetz vom 7. Mai 2024).

B.2.1. Wie aus der Überschrift hervorgeht, bezweckt das Gesetz vom 7. Mai 2024, das Gesetz vom 7. Mai 1999 « über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler » (nachstehend: Gesetz vom 7. Mai 1999) abzuändern.

B.2.2. Im Rahmen seines Anwendungsbereichs wird im Gesetz vom 7. Mai 1999 das « Glücksspiel » definiert als « ein Spiel mit Einsatz, wobei entweder der Einsatz von mindestens einem der Spieler verloren wird oder ein Gewinn von mindestens einem der Spieler oder Spielveranstalter erzielt wird und wobei der Zufall beim Spielablauf, bei der Bestimmung des Gewinners oder bei der Festlegung des Gewinns eine - selbst nebensächliche - Rolle spielt » (Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1).

Die « Wette » wird ihrerseits definiert als ein « Glücksspiel, wobei jeder Spieler einen Einsatz leistet und dessen Gewinn oder Verlust nicht vom Handeln des Spielers abhängt, sondern vom Ausgang eines ungewissen Sachverhalts, der ohne Eingreifen der Spieler erfolgt » (Artikel 2 Absatz 1 Nr. 5).

B.2.3. Artikel 3*bis* des Gesetzes vom 7. Mai 1999 bestimmt, dass dieses Gesetz nicht auf die in Artikel 3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. April 2002 « zur Rationalisierung der Arbeit und Verwaltung der Nationallotterie » (nachstehend: Gesetz vom 19. April 2002) erwähnten « öffentlichen Lotterien » anwendbar ist, für die die Nationallotterie in Anwendung von Artikel 7 des Gesetzes vom 19. April 2002 ein Monopol hat.

Hingegen ist das Gesetz vom 7. Mai 1999 grundsätzlich auf « Spiele und Wetten », die von der Nationallotterie auf der Grundlage von Artikel 3 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 19. April 2002 organisiert werden, anwendbar (Entscheide Nrn. 36/2021, ECLI:BE:GHCC:2021:ARR.036, und 33/2004, ECLI:BE:GHCC:2004:ARR.033).

B.2.4. Das Gesetz vom 7. Mai 1999 beruht auf dem Grundsatz, dass das Betreiben von Glücksspielen *a priori* verboten ist, aber es sieht über ein Genehmigungssystem in Form von von der Kommission für Glücksspiele erteilten Lizenzen Ausnahmen vor (*Parl. Dok.*, Kammer,

2008-2009, DOC 52-1992/001, SS. 3 und 4). Der Gesetzgeber verfolgt insbesondere ein Ziel der Kanalisierung, das darin besteht, das illegale Angebot von Glücksspielen durch die Zulassung eines begrenzten legalen Angebots zu bekämpfen (ebenda, S. 4).

B.2.5. Die vom Gesetz vom 7. Mai 1999 zugelassenen Glücksspieleinrichtungen sind in vier Klassen aufgeteilt (Artikel 6 Absatz 1): Glücksspieleinrichtungen der Klasse I oder Spielbanken (Artikel 28), Glücksspieleinrichtungen der Klasse II oder AutomatenSpielhallen (Artikel 34), Glücksspieleinrichtungen der Klasse III oder Schankstätten (Artikel 39) und Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV oder « ausschließlich für die Entgegennahme von Wetten bestimmte Orte » (Artikel 43/4).

B.2.6. Nach Artikel 25 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 unterscheiden sich die vier Klassen von Glücksspieleinrichtungen zudem durch die Art der Lizenz, die für ihr Betreiben erforderlich ist: Eine Lizenz A ist für das Betreiben einer Spielbank erforderlich (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 1), eine Lizenz B für das Betreiben einer AutomatenSpielhalle (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 2) und eine Lizenz C für das Betreiben eines Glücksspiels in einer Schankstätte (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 3). Die Lizenz F1 (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 6) erlaubt das « Organisieren von Wetten ». Die Lizenz F1P, die nur Inhabern einer F1-Lizenz erteilt werden kann (Artikel 43/2/1 § 1 Absatz 1), erlaubt das « Organisieren von Wetten auf Pferderennen » (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 6/2). Die Lizenz F2 (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 7) erlaubt « die Entgegennahme von Wetten für Rechnung von Inhabern von F1-Lizenzen » in einer ortsfesten oder mobilen Glücksspieleinrichtung der Klasse IV und außerhalb einer solchen Einrichtung durch Zeitungshändler oder auf Rennbahnen nach den in Artikel 43/4 § 5 Nrn. 1 und 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 festgelegten Bedingungen.

B.2.7. Zudem bestimmt Artikel 43/8 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, dass die A+-, B+- beziehungsweise F1+-Zusatzlizenzen, die nur Inhabern von A-, B- bzw. F1-Lizenzen erteilt werden können, notwendig sind, um Glücksspiele über Instrumente der Informationsgesellschaft zu betreiben.

B.2.8. Das Gesetz vom 7. Mai 1999 sieht ferner vor, dass es eine D-Lizenz gibt, die « es ihrem Inhaber [erlaubt], eine Berufstätigkeit gleich welcher Art in einer Glücksspieleinrichtung der Klasse I, II oder IV unter Bedingungen auszuüben, die in der Lizenz festgelegt werden » (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 4), und eine E-Lizenz gibt, die « für erneuerbare Zeiträume von zehn

Jahren Verkauf, Vermietung, Leasing, Lieferung, Bereitstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Herstellung, Instandhaltung, Reparatur und Ausrüstung von Glücksspielen unter Bedingungen, die in der Lizenz festgelegt werden » erlaubt (Artikel 25 Absatz 1 Nr. 5).

B.2.9. Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 betrifft die Verbote des Zugangs zu bestimmten Glücksspieleinrichtungen und der Teilnahme an bestimmten Glücksspielen, die aufgrund des Alters (Artikel 54 § 1), für Magistrate, Notare, Gerichtsvollzieher und Mitglieder der Polizeidienste außerhalb der Ausübung ihres Amtes (Artikel 54 § 2 Absatz 1) und für Personen gelten, denen von der Kommission für Glücksspiele der Zugang verweigert wird (Artikel 54 §§ 3 und 4).

Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 sieht die Einrichtung eines Verarbeitungssystems für Daten in Bezug auf die in Artikel 54 desselben Gesetzes erwähnten Personen vor. Dieses Verarbeitungssystem ist das System EPIS (« *Excluded Persons Information System* »), das durch den königlichen Erlass vom 15. Dezember 2004 « zur Einrichtung eines Datenverarbeitungssystems in Bezug auf Spieler, denen der Zugang zu Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und von ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV verweigert wird » eingerichtet wurde. Mehrere Bestimmungen dieses königlichen Erlasses wurden durch Artikel 29 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 aufgehoben.

B.3.1. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 sind die allgemeinen Ziele, die der Gesetzgeber mit diesem Gesetz verfolgen wollte, präzisiert:

« [L]e projet de loi à l'examen est un projet technique crucial en vue de la protection des joueurs les plus vulnérables. Les principales mesures du projet de loi à l'examen sont ses dispositions concernant le système EPIS (*Excluded Persons Information System*), d'une part, et l'inscription dans la loi de la liste des sites web illégaux de jeux de hasard ou de la liste noire, d'autre part.

Le système EPIS est un système électronique qui regroupe tous les joueurs exclus. Les joueurs visés sont exclus par la loi à leur demande ou à la demande d'un[e] tierce partie concernée. Les opérateurs de jeux de hasard ou de paris sont tenus de contrôler le système EPIS chaque fois qu'un joueur souhaite pénétrer dans un casino, une salle de jeux automatiques ou une agence de paris, et chaque fois qu'un joueur souhaite participer à un jeu de hasard en ligne. L'accès à tout établissement de jeux de hasard ou la participation aux jeux de hasard est interdite aux joueurs enregistrés dans EPIS. Le système EPIS est unique en Europe et très efficace pour protéger les joueurs les plus vulnérables. Il doit absolument être conservé.

Le système EPIS, qui existe depuis 2004, est toutefois daté. Il n'est pas convivial et il n'est pas suffisamment adapté à la réglementation RGPD actuelle. C'est pourquoi le projet de loi à l'examen vise à moderniser EPIS pour le rendre plus conforme au RGPD et plus convivial. Les modifications proposées sont nécessaires et urgentes pour pouvoir garantir l'application d'EPIS à l'avenir et pouvoir continuer à protéger les personnes les plus vulnérables. L'application d'EPIS dans les agences de paris a été suspendue du 17 janvier 2023 au 1er décembre 2023 à la suite de l'ordonnance rendue en référé par le tribunal de première instance de Namur. Cette ordonnance ayant été annulée par la Cour d'appel de Liège le 24 octobre 2023, EPIS est cependant de nouveau appliqué depuis le 1er décembre 2023. Cependant, le secteur des jeux de hasard continue de contester EPIS par tous les moyens possibles et des procédures juridiques sont donc toujours en cours. C'est pourquoi il y a lieu de mieux inscrire le traitement des données d'EPIS dans la loi.

Le projet de loi à l'examen vise à obliger les opérateurs de jeux de hasard et de paris à identifier et à authentifier les joueurs en amont. Il modernise le système EPIS en imposant l'utilisation du module d'authentification de la carte d'identité ou du titre de séjour électronique. Grâce à cette modification, le registre d'accès contenant des photographies, critiqué par l'APD, sera superflu. Le système EPIS sera dès lors plus conforme à la réglementation RGPD et permettra en outre de mieux protéger les plus vulnérables. Le projet de loi à l'examen inscrit également dans la loi les différentes bases de données et registres, le responsable du traitement, la liste des données qui feront l'objet d'un traitement, les finalités de ce traitement ainsi que la durée de conservation des données. Il s'agit d'une obligation imposée par le RGPD.

Une autre mesure importante à l'égard de la protection des joueurs vulnérables consiste à étendre l'application du système EPIS aux librairies. Le ministre rappelle aux membres de la commission que cette extension était aussi initialement prévue dans la proposition de loi de M. Stefaan Van Hecke (Ecolo-Groen) (DOC 55 0384/001), qui fut à l'origine de la loi du 18 février 2024 modifiant la loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les paris, les établissements de jeux de hasard et la protection des joueurs. Les librairies peuvent également proposer des paris, mais elles ne sont actuellement pas soumises au contrôle EPIS. Outre que cette situation est problématique à l'égard de la protection des joueurs vulnérables et des mineurs, elle induit une concurrence déloyale vis-à-vis des agences de paris. Un système automatisé est prévu en ce qui concerne l'application du système EPIS dans les librairies afin d'y limiter la charge administrative autant que possible. Le contrôle EPIS y sera réalisé au niveau des appareils de jeu.

Une autre mesure importante à l'égard de la protection des joueurs et des consommateurs prévoit d'inscrire la 'liste noire' de la Commission des jeux de hasard dans la loi. L'accès aux sites de jeux de hasard illégaux inscrits sur cette liste est bloqué pour les joueurs belges. Cette pratique est déjà en vigueur mais elle n'a pas de fondement légal. Prévoir un cadre légal pour cette pratique renforcera sa légitimité et, par voie de conséquence, son efficacité dans le cadre de la lutte contre les jeux de [hasards] illégaux.

Pour mieux protéger les joueurs problématiques, il est en outre prévu d'interdire dans la loi l'utilisation des données personnelles d'autrui pour accéder à des jeux de hasard. Il s'agit d'une pratique courante chez les joueurs problématiques qui tentent ainsi de contourner leur exclusion. En outre, les opérateurs de jeux de hasard qui n'identifieront pas les joueurs seront passibles de sanctions pénales. Il sera ainsi possible d'intervenir plus fermement si le contrôle EPIS n'est pas réalisé correctement et les joueurs exclus pourront être protégés plus efficacement.

Le projet de loi prévoit également de modifier les dispositions pénales dans le but d'abroger les peines d'emprisonnement pour les infractions à la loi sur les jeux de hasard. Cette modification correspond également à la philosophie du nouveau Code pénal.

En outre, le projet de loi à l'examen prévoit diverses dispositions visant à optimiser le fonctionnement de la Commission des jeux de hasard, à sa demande, en ce qui concerne l'octroi des licences, les contrôles et les sanctions » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/003, SS. 3 bis 5).

B.3.2. Außerdem hat das Gesetz vom 7. Mai 2024 das Ziel, dem Gesetz vom 18. Februar 2024 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler » (nachstehend: Gesetz vom 18. Februar 2024) Rechnung zu tragen, das für die Teilnahme an Glücksspielen, unabhängig von der Art des betreffenden Spiels, das Mindestalter von 21 Jahren allgemein einführt (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/002, SS. 8 bis 11).

Das Gesetz vom 7. Mai 2024 hat auch zum Zweck, den königlichen Erlass vom 31. Januar 2024 « über den von Inhabern von A-, A+-, B-, B+-, C-, E-, F1-, F1+- und F2-Lizenzen für das Kalenderjahr 2024 geschuldeten Beitrag zu den Kosten für Betrieb, Personal und Einrichtung der Kommission für Glücksspiele » (nachstehend: königlicher Erlass vom 31. Januar 2024) zu bestätigen.

B.4. Die klagenden Parteien beantragen die Nichtigerklärung der Artikel 5 (Rechtssache Nr. 8362), 6 (Rechtssache Nr. 8356), 10 (Rechtssache Nr. 8362), 14 (Rechtssachen Nrn. 8356, 8362 und 8363), 15 (Rechtssachen Nrn. 8356 und 8362), 16 bis 20 (Rechtssache Nr. 8356), 23 (Rechtssachen Nrn. 8356 und 8361) und 24 und 25 (Rechtssache Nr. 8362) des Gesetzes vom 7. Mai 2024, die bestimmen:

« Art. 5. Artikel 15/2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Januar 2010 und ersetzt durch das Gesetz vom 7. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nr. 3 werden die Wörter ' einer Person unter achtzehn Jahren ' durch die Wörter ' einer Person unter einundzwanzig Jahren ' ersetzt. 2.

2. In § 3 Absatz 1 Nr. 2 werden die Wörter ' einer Person unter achtzehn Jahren ' durch die Wörter ' einer Person unter einundzwanzig Jahren ' ersetzt ».

« Art. 6. In Artikel 15/3 § 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Januar 2010, ersetzt durch das Gesetz vom 7. Mai 2019 und zuletzt abgeändert durch das

Gesetz vom 18. Januar 2024, werden die Wörter ‘ 46, 54, 58, 60 und 62 und gegen die in Ausführung dieser Artikel und des Artikels 61 Absatz 2 erlassenen Bestimmungen ’ durch die Wörter ‘ 46, 58, 60, 61 Absatz 2 und 3 und gegen die in Ausführung dieser Artikel erlassenen Bestimmungen ’ ersetzt ».

« Art. 10. In Artikel 43/1 Absatz 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Januar 2010 und abgeändert durch das Gesetz vom 7. Mai 2019, werden die Wörter ‘ minderjährig ist ’ durch die Wörter ‘ unter einundzwanzig Jahre als ist ’ ersetzt ».

« Art. 14. Artikel 54 § 3 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 10. Januar 2010 und 17. März 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz wird wie folgt ersetzt:

1. ‘ Inhaber von A- , A+- , B- , B+- , F1+- und F2-Lizenzen verweigern folgenden Personen, die den Spielsaal der Glücksspieleinrichtung betreten oder an Glücksspielen teilnehmen möchten und denen die Kommission den Zugang verboten hat, mit Ausnahme von Personen, die den Spielsaal zu beruflichen Zwecken betreten, den Zugang zu den Spielsälen der Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II oder der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV, die Teilnahme an Wetten außerhalb der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV und an Glücksspielen über Instrumente der Informationsgesellschaft: ’

2. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

‘ 4. Personen, die unter Spielsucht leiden und denen die Kommission auf Antrag eines Interesse habenden Dritten den Zugang verweigert hat, ’ ».

« Art. 15. In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 54/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 54/1. § 1. Inhaber von A-, A+-, B-, B+-, F1+- und F2-Lizenzen, mit Ausnahme von Inhabern einer F2-Lizenz wie in Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 erwähnt, sind verpflichtet, jede Person zu identifizieren, die den Spielsaal der Glücksspieleinrichtung betritt oder an Glücksspielen teilnehmen möchte, mit Ausnahme von Personen, die den Spielsaal zu beruflichen Zwecken betreten.

Mit dieser Identifizierung wird bezweckt:

1. zu überprüfen, ob das vorgelegte Identitätsdokument tatsächlich der in Absatz 1 erwähnten Person gehört, die es vorlegt,

2. zu überprüfen, ob der in Absatz 1 erwähnten Person der Zugang zum Spielsaal der Glücksspieleinrichtung oder die Teilnahme an Glücksspielen in Anwendung von Artikel 54 §§ 1 bis 4 erlaubt ist.

Bestehen Zweifel an der Richtigkeit oder Genauigkeit der Identifizierung der Person, untersagt der Lizenzinhaber ihr den Zugang zum Spielsaal der Glücksspieleinrichtung oder die Teilnahme am Glücksspiel.

§ 2. Für die in § 1 erwähnte Identifizierung sind folgende gültige Identitäts- und Aufenthaltsdokumente zugelassen:

1. der belgische elektronische Personalausweis,
2. ein elektronischer Aufenthaltstitel oder eine elektronische Anmeldebescheinigung,
3. der ausländische Personalausweis mit einem Chip,

4. die besonderen elektronischen Personalausweise, die den Kategorien der in diplomatischen und konsularischen Missionen tätigen Personalmitglieder und ihren Familienmitgliedern aufgrund des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen sowie des Königlichen Erlasses vom 30. Oktober 1991 über die Dokumente für den Aufenthalt bestimmter Ausländer in Belgien ausgestellt werden,

5. jedes andere vom König bestimmte Dokument, sofern der Königliche Erlass innerhalb sechs Monaten nach seiner Veröffentlichung durch Gesetz bestätigt wird.

Für die Anwendung von § 1 Nr. 2 wird die in § 1 Absatz 1 erwähnte Person in EPIS anhand des Authentifizierungsmoduls der Dokumente wie in Absatz 1 erwähnt oder durch ein Erkennungsmittel authentifiziert, das die Anforderungen an das Sicherheitsniveau 'substantiell' oder 'hoch' erfüllt, wie in Abschnitt 2.2 des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1502 der Kommission vom 8. September 2015 zur Festlegung von Mindestanforderungen an technische Spezifikationen und Verfahren für Sicherheitsniveaus elektronischer Identifizierungsmittel gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt bestimmt.

Wenn die Identifizierung und Authentifizierung durch ein in den Absätzen 1 und 2 erwähntes Mittel technisch nicht möglich sind, können nur folgende gültige Dokumente zugelassen werden:

1. ein anerkannter Reisepass oder ein gleichwertiges Reisedokument,
2. ein Personalausweis, der von einem anderen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums ausgestellt worden ist,
3. ein Aufenthaltstitel oder eine Anmeldebescheinigung ohne Chip.

Der König kann andere Identitätsdokumente oder Aufenthaltstitel bestimmen, sofern der Königliche Erlass innerhalb sechs Monaten nach seiner Veröffentlichung durch Gesetz bestätigt wird.

§ 3. Die in Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 erwähnten Inhaber einer F2-Lizenz überprüfen das Alter des Spielers und authentifizieren ihn in EPIS in Anwendung von Artikel 54 anhand eines geeigneten Datenverarbeitungssystems, das sich auf dem Apparat befindet und von einer in Artikel 52 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich erwähnten akkreditierten Stelle zertifiziert worden ist.

Die Kontrolle des Alters des Spielers und die Authentifizierung in EPIS erfolgen anhand eines in § 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 4 erwähnten gültigen Identitäts- oder Aufenthaltsdokuments.

Außer in dem in Artikel 55/5 § 1 Absatz 2 erwähnten Fall wird das Alter des Spielers automatisch durch Auslesung dieser Information auf einem der in § 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 4 erwähnten Dokumente kontrolliert.

Der Apparat darf nicht eingeschaltet werden, wenn dem Spieler in Anwendung von Artikel 54 die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist.

§ 4. Zum Zeitpunkt der EPIS-Kontrolle wird nur die Information, dass der Person, die kontrolliert wird, der Zugang verweigert oder die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist, an die von dem in § 1 erwähnten Lizenzinhaber ermächtigte Person, die mit dieser Kontrolle beauftragt ist, oder an die EDV-Anwendung, die die Einschaltung des in § 3 erwähnten Apparats auslöst, mitgeteilt. ' ».

« Art. 16. Artikel 55 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. April 2003 und die Gesetze vom 10. Januar 2010 und 30. Juli 2022, wird wie folgt ersetzt:

‘ Art. 55. § 1. Bei der Kommission wird ein zentrales Verarbeitungssystem für Daten in Bezug auf die in Artikel 54 erwähnten Personen eingerichtet, “ Excluded Persons Information System (EPIS) ” genannt, für das sie der für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) ist.

Mit EPIS wird bezweckt:

1. den Inhabern von A-, A+-, B-, B+-, F1+- und F2-Lizenzen zu ermöglichen, sich zu vergewissern, dass Personen, die sich einfinden, um Zugang zum Spielsaal ihrer Glücksspieleinrichtung zu erhalten oder um an Glücksspielen teilzunehmen, nicht gemäß Artikel 54 §§ 2 bis 4 der Zugang verweigert oder die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist,

2. der Kommission zu ermöglichen, Anträge auf Zugangsverweigerung oder Rücknahme der Verweigerung des Zugangs zu Glücksspielen und gegebenenfalls damit verbundene Streitigkeiten zu bearbeiten,

3. Verstöße gegen vorliegendes Gesetz und seine Ausführungserlasse zu ermitteln und festzustellen.

§ 2. Für jede in Artikel 54 §§ 2 bis 4 erwähnte Person werden folgende Daten in EPIS verarbeitet:

1. Name und Vornamen,
2. Geburtsdatum,

3. Erkennungsnummer des Nationalregisters der natürlichen Personen oder, wenn diese nicht verfügbar ist, Nummer des von einem anderen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums ausgestellten Personalausweises, Nummer des Reisepasses oder hilfsweise in Artikel 8 § 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank,

4. Grund, Beginn- und Enddatum der Zugangsverweigerung.

Die in Absatz 1 erwähnten Daten werden für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Enddatum der Zugangsverweigerung aufbewahrt.

§ 3. Der Zugriff auf die EPIS-Daten ist auf folgende Personen beschränkt:

1. Präsident der Kommission,
2. in Artikel 15 § 3 Absatz 1 erwähnte Polizeibeamte,
3. Mitglieder des Sekretariats der Kommission, deren Funktion den Zugriff erfordert und die von der Kommission bestimmt werden.

§ 4. Der König bestimmt die technischen und finanziellen Modalitäten von EPIS. ' ».

« Art. 17. In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 55/2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 55/2. § 1. Jede Abfrage von EPIS wird in einer Protokolldatei gespeichert, “ EPIS-Protokoll ” genannt, für die die Kommission der für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DatenschutzGrundverordnung) ist.

Mit dem EPIS-Protokoll wird bezweckt:

1. zu überprüfen, ob die Lizenzinhaber ihre gesetzlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Zugangskontrolle am Eingang des Spielsaals ihrer Glücksspieleinrichtung oder für die Teilnahme an Glücksspielen ordnungsgemäß erfüllen,
2. mögliche zweifelhafte EPIS-Abfragen zu erkennen und zurückzuverfolgen.

§ 2. Für jede EPIS-Abfrage werden folgende Daten im EPIS-Protokoll verarbeitet:

1. Datum und Uhrzeit der Abfrage,
2. in Artikel 55 § 2 Nr. 1 bis 3 erwähnte Daten,
3. Lizenznummer der Glücksspieleinrichtung, von der aus EPIS abgefragt worden ist,
4. Nummer der D-Lizenz der Person, die EPIS abgefragt hat, oder Identität der in Artikel 55 § 3 erwähnten Person,

5. Ergebnis der EPIS-Kontrolle,

6. Zweck der Abfrage und, wenn der Zweck der EPIS-Abfrage in der Ausführung gerichtspolizeilicher Aufträge zur Kontrolle der Einhaltung des vorliegenden Gesetzes und seiner Ausführungserlasse besteht, Aktenzeichen, für das die Abfrage erfolgt ist,

7. in Artikel 54/1 § 2 erwähntes verwendetes Erkennungsmittel.

Die in Absatz 1 erwähnten Daten werden für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der EPIS-Abfrage aufbewahrt.

§ 3. Der Zugriff auf die Daten des EPIS-Protokolls ist auf folgende Personen beschränkt:

1. Präsident der Kommission,
2. in Artikel 15 § 3 Absatz 1 erwähnte Polizeibeamte,
3. Mitglieder des Sekretariats der Kommission, deren Funktion den Zugriff erfordert und die von der Kommission bestimmt werden. ' ».

« Art. 18. In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 55/3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

' Art. 55/3. § 1. In Anwendung von Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe e), g) und i) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) können die Daten des EPIS-Protokolls von der Kommission weiterverarbeitet werden, um:

1. es ihr zu ermöglichen, zu überprüfen, ob ein Lizenzinhaber seine gesetzlichen Verpflichtungen in Anwendung von Artikel 54 ordnungsgemäß erfüllt,
2. es ihr zu ermöglichen, den ihr durch Artikel 54 § 3 Nr. 4 anvertrauten Auftrag zum Schutz der Spieler zu erfüllen.

§ 2. In Anwendung von Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe e) und g) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) können die Daten des EPIS-Protokolls weiterverarbeitet werden, um:

1. den Mitgliedern der Polizeidienste, die von ihrem Korpschef, Direktor oder Generaldirektor aufgrund ihres Informationsbedarfs bestimmt werden, zu ermöglichen, die in Artikel 15 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt erwähnten Aufträge zu erfüllen, wenn die Ermittlungen in Artikel 90<sup>ter</sup> §§ 2 bis 4 des Strafprozessgesetzbuches erwähnte Verbrechen oder Vergehen betreffen. In diesem Rahmen können nur die in Artikel 55/2 § 2 Nr. 1 bis 3 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Daten übermittelt werden,

2. den Mitgliedern des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses P zu ermöglichen, die in Artikel 16 des Gesetzes vom 18. Juli 1991 zur Regelung der Kontrolle über die Polizei- und Nachrichtendienste und über das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse erwähnten Aufträge zu erfüllen,

3. den Mitgliedern der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei zu ermöglichen, die in Artikel 4 Nr. 3 und 4 des Gesetzes vom 15. Mai 2007 über die Generalinspektion und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen über die Rechtsstellung bestimmter Mitglieder der Polizeidienste erwähnten Aufträge zu erfüllen. ' ».

« Art. 19. In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 55/4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 55/4. § 1. Der Betreiber einer Glücksspieleinrichtung der Klassen I und II oder einer ortsfesten Glücksspieleinrichtung der Klasse IV führt ein Register zur Identifizierung von Personen, denen aus beruflichen Gründen der Zugang zum Spielsaal seiner Einrichtung gewährt wird, “ Berufsregister ” genannt, für das er der für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) ist.

Das Berufsregister hat zum Zweck, dem Betreiber zu ermöglichen, nachzuweisen, warum er Personen Zugang zum Spielsaal seiner Glücksspieleinrichtung gewährt hat, ohne eine EPIS-Kontrolle für diese Personen durchzuführen.

§ 2. Für jede Person, der aus beruflichen Gründen Zugang zum Spielsaal der Glücksspieleinrichtung gewährt wird, werden folgende Daten im Berufsregister verarbeitet:

1. Name und Vornamen,

2. Grund, Datum und Uhrzeit der Anwesenheit,

3. Unterschrift, der folgender Vermerk vorangestellt ist: “ Der Zugang zu dieser Glücksspieleinrichtung wird mir nur im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit gewährt und ich verpflichte mich, in diesem Rahmen nicht an den betriebenen Glücksspielen teilzunehmen. ”.

Die in Absatz 1 erwähnten Daten werden für eine Dauer von einem Jahr aufbewahrt.

§ 3. Der Zugriff auf die Daten des Berufsregisters ist auf die Mitglieder des Sekretariats der Kommission, die für die Ermittlung und Feststellung von Verstößen gegen vorliegendes Gesetz und seine Ausführungserlasse zuständig sind, und auf die in Artikel 15 § 3 Absatz 1 erwähnten Polizeibeamten beschränkt. ' ».

« Art. 20. In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 55/5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

‘ Art. 55/5. § 1. Wenn EPIS aus irgendeinem Grund, der unabhängig vom Willen des Betreibers ist, nicht abgefragt werden kann, müssen die Daten der Spieler von dem in Artikel 54/1 § 1 erwähnten Lizenzinhaber in einem getrennten Sicherheitsregister verarbeitet werden, “ Sicherheitsregister ” genannt, für das er der für die Verarbeitung Verantwortliche im

Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) ist.

Wenn EPIS aus irgendeinem Grund, der unabhängig vom Willen des Betreibers ist, nicht anhand des in Artikel 54/1 § 3 erwähnten EDV-Systems abgefragt werden kann, kann der in Artikel 54/1 § 3 erwähnte Lizenzinhaber den Apparat nach Überprüfung der Identität und des Alters des potenziellen Spielers anhand einer Betreiberkarte aktivieren.

Das Sicherheitsregister hat zum Zweck, den Betreibern von Glücksspieleinrichtungen zu ermöglichen, die EPIS-Kontrollen von Spielern durchzuführen, sobald EPIS wieder verfügbar ist, und den Personen, denen die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist, den Zugang zu den Spielsälen der Glücksspieleinrichtungen oder den Spielautomaten zu untersagen.

§ 2. Für jeden Spieler werden folgende Daten im Sicherheitsregister verarbeitet:

1. Name und Vornamen,

2. Geburtsdatum,

3. Erkennungsnummer des Nationalregisters der natürlichen Personen oder, wenn diese nicht verfügbar ist, Nummer des von einem anderen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums ausgestellten Personalausweises, Nummer des Reisepasses oder hilfsweise in Artikel 8 § 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank.

§ 3. Der Zugriff auf die Daten des Sicherheitsregisters ist auf die Mitglieder des Sekretariats der Kommission, die für die Ermittlung und Feststellung von Verstößen gegen vorliegendes Gesetz und seine Ausführungserlasse zuständig sind, und auf die in Artikel 15 § 3 Absatz 1 erwähnten Polizeibeamten beschränkt.

§ 4. Der Lizenzinhaber informiert die Kommission für Glücksspiele und den von der Kommission für das Hosting von EPIS und die Verwaltung des Zugriffs auf dieses System ausgewählten Subunternehmer unverzüglich darüber, dass EPIS nicht abgefragt werden kann.

Wenn EPIS wieder abgefragt werden kann, müssen alle Spieler, die im Sicherheitsregister aufgeführt sind, vom Lizenzinhaber mit Vermerk des Tages und des Zeitpunkts des Besuchs kontrolliert werden. Wenn diesen Spielern der Zugang verweigert zu sein scheint, muss ihnen unverzüglich der Zugang oder die Teilnahme untersagt werden und muss die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt werden.

Nach dieser Kontrolle muss der Lizenzinhaber das Sicherheitsregister unverzüglich vernichten. ' »).

« Art. 23. Artikel 64 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 18. Januar 2024, wird wie folgt ersetzt:

‘ Art. 64. Wer als Täter gegen die Artikel 4 § 2, § 4 und § 5, 43/1, 43/2, 43/2/1, 43/3, 43/4, 60, 61 Absatz 2 und 3 und gegen die in Ausführung dieser Artikel ergangenen Erlasse verstößt, wird mit einer Geldbuße von 26 bis 72.000 EUR belegt ’ ».

« Art. 24. In Artikel 65 Nr. 2 desselben Gesetzes werden die Wörter ‘ einer Person unter achtzehn Jahren ’ durch die Wörter ‘ einer Person unter einundzwanzig Jahren ’ ersetzt ».

« Art. 25. Der Königliche Erlass vom 31. Januar 2024 über den von Inhabern von A-, A+-, B-, B+-, C-, E-, F1-, F1+- und F2-Lizenzen für das Kalenderjahr 2024 geschuldeten Beitrag zu den Kosten für Betrieb, Personal und Einrichtung der Kommission für Glücksspiele wird mit Wirkung am Datum seines Inkrafttretens bestätigt ».

### *Zur Hauptsache*

B.5. Der Gerichtshof prüft nacheinander die Beschwerdegründe zum Schutz personenbezogener Daten (B.6.1 bis B.11.6), zum Legalitätsprinzip in Strafsachen (B.12.1 bis B.16), zur für bestimmte Betreiber von Glücksspielen geltenden Regelung (B.17 bis B.39) und zum Beitrag zu den Kosten der Kommission für Glücksspiele (B.40 bis B.45).

### *In Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten*

B.6.1. Der erste Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 ist aus einem Verstoß durch die Artikel 15 bis 18 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 gegen Artikel 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, mit den Artikeln 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (nachstehend: Charta) und mit den Artikeln 5 und 6 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 « zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) » (nachstehend: DSGVO) abgeleitet.

B.6.2.1. In einem ersten Teil führt die klagende Partei an, dass die Artikel 15 und 16 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 nicht vernünftig gerechtfertigt seien, da die personenbezogenen Daten der Personen, denen die Teilnahme an Glücksspielen wegen ihres Berufes untersagt sei, in der gleichen EPIS-Liste aufbewahrt würden wie die Daten der Personen, die von dieser Teilnahme aufgrund eines Beschlusses der Kommission für Glücksspiele ausgeschlossen seien,

obgleich den Personen, die unter die erste Kategorie fielen, weder der Zugang zu Einrichtungen der Klasse IV noch die Teilnahme an Online-Wetten untersagt sei.

B.6.2.2. In einem zweiten und dritten Teil führt die klagende Partei an, dass die Dauer von fünf Jahren, die die Artikel 16 und 17 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 für die Aufbewahrung von Daten vorsähen, im Hinblick auf die vom Gesetzgeber verfolgten Ziele unverhältnismäßig sei.

B.6.2.3. In einem vierten Teil beanstandet die klagende Partei den Umstand, dass Artikel 18 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 eine Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten ohne jede zeitliche Begrenzung ermöglichen würde.

B.7.1. Artikel 22 der Verfassung bestimmt:

« Jeder hat ein Recht auf Achtung vor seinem Privat- und Familienleben, außer in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch Gesetz festgelegt sind.

Das Gesetz, das Dekret oder die in Artikel 134 erwähnte Regel gewährleistet den Schutz dieses Rechtes ».

B.7.2. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

« (1) Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.

(2) Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer ».

B.7.3. Der Verfassungsgeber hat eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention angestrebt (*Parl. Dok.*, Kammer, 1992-1993, Nr. 997/5, S. 2).

Die Tragweite dieses Artikels 8 entspricht derjenigen der vorerwähnten Verfassungsbestimmung, sodass die durch die beiden Bestimmungen gebotenen Garantien ein untrennbares Ganzes bilden.

B.7.4. Das Recht auf Achtung des Privatlebens, so wie es durch die vorerwähnten Verfassungs- und Vertragsbestimmungen gewährleistet wird, bezweckt im Wesentlichen, die Personen gegen Einmischungen in ihr Privatleben zu schützen.

Dieses Recht hat eine weitreichende Tragweite und umfasst unter anderem den Schutz der personenbezogenen Daten und der persönlichen Information. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zeigt, dass u.a. folgende personenbezogene Daten und Informationen unter den Schutzbereich dieses Rechts fallen: der Name, die Adresse, die professionellen Aktivitäten, die persönlichen Beziehungen, digitale Fingerabdrücke, Kamerabilder, Fotos, Kommunikationsdaten, DNA-Daten, gerichtliche Daten (Verurteilung oder Verdacht), finanzielle Daten, Informationen über Eigentum und medizinische Daten (siehe insbesondere EuGHMR, 26. März 1987, *Leander gegen Schweiz*, ECLI:CE:ECHR:1987:0326JUD000924881, §§ 47-48; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, ECLI:CE:ECHR:2008:1204JUD003056204, §§ 66-68; 13. Oktober 2020, *Frâncu gegen Rumänien*, ECLI:CE:ECHR:2020:1013JUD006935613, § 51).

B.7.5. Das Recht auf Achtung des Privatlebens ist jedoch kein absolutes Recht. Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention schließen eine Einmischung der Behörden in die Ausübung dieses Rechts nicht aus, sofern eine solche durch eine ausreichend präzise gesetzliche Bestimmung vorgesehen ist, sie einem zwingenden gesellschaftlichen Bedürfnis in einer demokratischen Gesellschaft entspricht und sie im Verhältnis zu dem damit angestrebten rechtmäßigen Ziel steht.

Der Gesetzgeber verfügt in dem Zusammenhang über einen Ermessensspielraum. Dieser Ermessensspielraum ist gleichwohl nicht grenzenlos; damit eine Norm sich mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens vereinbaren lässt, ist es erforderlich, dass der Gesetzgeber ein gerechtes Gleichgewicht zwischen allen betroffenen Rechten und Interessen schafft.

B.7.6. Artikel 22 der Verfassung, Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und - innerhalb des Geltungsbereichs des Rechts der Europäischen Union - Artikel 7 der Charta gewährleisten ähnliche Grundrechte (EuGH, Große Kammer, 9. November 2010, C-92/09 und

C-93/09, *Volker und Markus Schecke GbR u.a.*, ECLI:EU:C:2010:662), während Artikel 8 der Charta einen spezifischen Rechtsschutz für personenbezogene Daten bietet.

Die Vereinbarkeit einer Gesetzesbestimmung mit den Artikeln 7 und 8 der Charta in Verbindung mit Artikel 22 der Verfassung kann nur durch den Gerichtshof geprüft werden, insofern die angefochtene Bestimmung in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fällt (EuGH, Große Kammer, 26. Februar 2013, C-617/10, *Åklagaren*, ECLI:EU:2013:105, Randnrn. 17 ff.).

Im vorliegenden Fall ist die DSGVO zu berücksichtigen.

Da sich die angefochtene Bestimmung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bezieht, die in den Anwendungsbereich in den Anwendungsbereich der DSGVO fallen, sind die Artikel 7 und 8 der Charta in Verbindung mit Artikel 22 der Verfassung zu betrachten.

B.7.7. Auch die in den Artikeln 7 und 8 der Charta verankerten Grundrechte können keine uneingeschränkte Geltung beanspruchen (EuGH, Große Kammer, 16. Juli 2020, C-311/18, *Data Protection Commissioner*, ECLI:EU:C:2020:559, Randnr. 172).

Nach Artikel 52 Absatz 1 Satz 1 der Charta müssen Einschränkungen der Ausübung der darin garantierten Rechte und Freiheiten, einschließlich insbesondere des durch Artikel 7 gewährleisteten Rechts auf Achtung des Privatlebens und des in Artikel 8 verankerten Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, gesetzlich vorgesehen sein, den Wesensgehalt dieser Rechte achten und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erforderlich sein sowie den dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer tatsächlich entsprechen (EuGH, Große Kammer, 6. Oktober 2020, C-623/17, *Privacy International*, ECLI:EU:C:2020:790, Randnr. 64).

B.7.8. Artikel 22 der Verfassung behält dem zuständigen Gesetzgeber die Befugnis vor, festzulegen, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen das Recht auf Achtung des Privatlebens beeinträchtigt werden kann. Somit garantiert er jedem Bürger, dass eine Einmischung in die Ausübung dieses Rechts nur aufgrund von Regeln erfolgen darf, die durch eine demokratisch gewählte beratende Versammlung angenommen wurden.

Eine Ermächtigung einer anderen Gewalt steht jedoch nicht im Widerspruch zum Legalitätsprinzip, sofern die Ermächtigung ausreichend präzise beschrieben ist und sich auf die Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Folglich müssen die wesentlichen Elemente der Verarbeitung personenbezogener Daten in der angefochtenen Gesetzesnorm selbst festgelegt sein. Diesbezüglich sind die wesentlichen Elemente unabhängig von dem betroffenen Bereich grundsätzlich die folgenden Elemente: (1) die Kategorie der verarbeiteten Daten, (2) die betroffene Personenkategorie, (3) der mit der Verarbeitung verfolgte Zweck, (4) die Kategorie der Personen, die Zugriff auf die verarbeiteten Daten haben, und (5) die maximale Dauer der Aufbewahrung der Daten.

B.7.9. Neben dem formalen Erfordernis der Legalität wird durch Artikel 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den Artikeln 7, 8 und 52 der Charta ebenfalls die Verpflichtung auferlegt, dass die Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens und das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten deutlich und ausreichend präzise formuliert wird, damit es möglich ist, die Fälle vorherzusehen, in denen der Gesetzgeber eine solche Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens erlaubt.

Auf dem Gebiet des Schutzes personenbezogener Daten bedeutet dieses Erfordernis der Vorhersehbarkeit, dass ausreichend präzise vorgesehen werden muss, unter welchen Umständen Verarbeitungen von personenbezogenen Daten erlaubt sind (EuGHMR, Große Kammer, 4. Mai 2000, *Rotaru gegen Rumänien*, ECLI:CE:ECHR:2000:0504JUD002834195, § 57; Große Kammer, 4. Dezember 2008, *S. und Marper gegen Vereinigtes Königreich*, vorerwähnt, § 99). Das Erfordernis, dass die Einschränkung gesetzlich vorgesehen sein muss, bedeutet insbesondere, dass die gesetzliche Grundlage für den Eingriff in diese Rechte den Umfang, in dem die Ausübung des betreffenden Rechts eingeschränkt wird, selbst festlegen muss (EuGH, 6. Oktober 2020, C-623/17, vorerwähnt, Randnr. 65).

Deshalb muss es jeder Person möglich sein, sich ein ausreichend klares Bild von den verarbeiteten Daten, den an einer bestimmten Datenverarbeitung beteiligten Personen sowie den Bedingungen und den Zwecken der Verarbeitung zu machen.

B.7.10. Artikel 5 der DSGVO mit den Überschrift « Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten » bestimmt:

« 1. Personenbezogene Daten müssen

*a)* auf rechtmäßige Weise, nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden (‘ Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz ’);

*b)* für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden; eine Weiterverarbeitung für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gilt gemäß Artikel 89 Absatz 1 nicht als unvereinbar mit den ursprünglichen Zwecken (‘ Zweckbindung ’);

*c)* dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein (‘ Datenminimierung ’);

*d)* sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand sein; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden (‘ Richtigkeit ’);

*e)* in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist; personenbezogene Daten dürfen länger gespeichert werden, soweit die personenbezogenen Daten vorbehaltlich der Durchführung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen, die von dieser Verordnung zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person gefordert werden, ausschließlich für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke oder für wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 Absatz 1 verarbeitet werden (‘ Speicherbegrenzung ’);

*f)* in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen (‘ Integrität und Vertraulichkeit ’);

2. Der Verantwortliche ist für die Einhaltung des Absatzes 1 verantwortlich und muss dessen Einhaltung nachweisen können (‘ Rechenschaftspflicht ’) ».

B.7.11. Artikel 6 der DSGVO bezieht sich auf das Erfordernis der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung.

B.8.1. Die Artikel 15, 17 und 18 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 fügen jeweils die Artikel 54/1, 55/2 und 55/3 in das Gesetz vom 7. Mai 1999 ein. Artikel 16 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 ersetzt seinerseits Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999.

Diese Bestimmungen beziehen sich auf das System EPIS.

B.8.2.1. Vor seiner Abänderung durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 bestimmte Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der, wie in B.2.9 erwähnt, die Einrichtung des Systems EPIS vorsieht:

« Beim Föderalen Öffentlichen Dienst Justiz wird ein Verarbeitungssystem für Daten in Bezug auf die in Artikel 54 erwähnten Personen eingerichtet.

Die Kommission ist der für die Verarbeitung des in Absatz 1 erwähnten Datenverarbeitungssystems Verantwortliche.

Mit diesem System wird bezweckt:

1. der Kommission für Glücksspiele zu ermöglichen, die ihr durch vorliegendes Gesetz anvertrauten Aufträge zu erfüllen,
2. den Betreibern und dem Personal der Glücksspieleinrichtungen zu ermöglichen, die Einhaltung der in Artikel 54 erwähnten Zugangsverweigerungen zu kontrollieren.

Für jede Person werden folgende Daten verarbeitet:

1. Name und Vornamen,
2. Geburtsort und -datum,
3. Staatsangehörigkeit,
4. in Artikel 8 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen erwähnte Erkennungsnummer oder, in deren Ermangelung, die gemäß dem Königlichen Erlass vom 8. Februar 1991 über Zusammensetzung und Modalitäten der Erteilung von Erkennungsnummern an nicht im Nationalregister der natürlichen Personen eingetragene natürliche Personen zugeteilte Nummer,
5. Beruf,
6. gegebenenfalls in Artikel 54 § 3 und 4 bestimmte Verweigerungsbeschlüsse, die von der Kommission für Glücksspiele ausgesprochen werden, Datum und Begründung dieser Beschlüsse.

Gegen Zahlung eines Beitrags wird der Kommission für Glücksspiele ein ständiger Online-Zugriff auf alle Kategorien von Daten gewährt, die in Absatz 4 erwähnt werden.

Durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach Stellungnahme der Datenschutzbehörde bestimmt der König die Höhe des in Absatz 5 erwähnten Beitrags, die Modalitäten der Verwaltung des Datenverarbeitungssystems, die Modalitäten der Verarbeitung der Daten und die Modalitäten des Zugriffs auf das System ».

B.8.2.2. Vor seiner Aufhebung durch den nicht angefochtenen Artikel 26 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 bestimmte Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999:

« Ergänzend zu den in Artikel 54 vorgesehenen Bestimmungen ist der Zugang zu den Spielsälen von Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und von ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV nur erlaubt, wenn die betreffende Person ein Identitätsdokument vorlegt und der Betreiber den vollständigen Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, den Geburtsort, den Beruf und die Adresse dieser Person in ein Register einträgt. Bei jedem Besuch der betreffenden Person wird ein Lichtbild von dieser Person aufgenommen und im Register aufbewahrt.

Der Zweck dieses Registers besteht darin, der Kommission zu ermöglichen, nachträglich zu überprüfen, ob Zugriffe auf das in Artikel 55 erwähnte Datenverarbeitungssystem tatsächlich in Bezug auf Spieler durchgeführt wurden, die Glücksspieleinrichtungen der Klassen I oder II oder eine ortsfeste Glücksspieleinrichtung der Klasse IV besuchen.

Die im Register eingetragenen personenbezogenen Daten werden für einen Zeitraum von zehn Jahren ab der letzten Spielaktivität der betreffenden Person aufbewahrt.

Der Betreiber lässt dieses Register von der betreffenden Person unterzeichnen.

Eine Kopie des Dokuments, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat, muss höchstens zehn Jahre nach seiner letzten Teilnahme an einem Glücksspiel aufbewahrt werden.

Der König bestimmt die Modalitäten der Zulassung und der Registrierung der Spieler.

Er bestimmt die Bedingungen in Bezug auf den Zugang zu den Registern.

Die Kommission kann die Lizenz der Klasse I, II oder der Klasse IV für ortsfeste Glücksspieleinrichtungen entziehen, wenn dieses Register nicht oder unrichtig geführt wird oder wenn es den Behörden nicht übermittelt wird, beschädigt wird oder verschwindet.

Der König bestimmt in Bezug auf die Teilnahme an Glücksspielen über ein elektronisches Kommunikationsnetz die Modalitäten für Zulassung und Registrierung der Spieler und die Bedingungen, denen das Register genügen muss ».

B.8.2.3. Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erlegte also bestimmten Glücksspieleinrichtungen die Verpflichtung auf, eine Kopie des Identitätsdokuments, das der Spieler vorlegen musste, aufzubewahren und ein Register mit bestimmten Informationen über

die Spieler zu führen. Dieses Register war durch den königlichen Erlass vom 15. Dezember 2004 « über das Register in Bezug auf den Zugang zu den Spielsälen der Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und der ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV » geschaffen worden, in dem auch die Modalitäten für dessen Funktionsweise präzisiert wurden.

Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der zuvor nur auf Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II anwendbar war, war durch Artikel 31 des Gesetzes vom 7. Mai 2019 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler, und zur Einfügung eines Artikels 37/1 in das Gesetz vom 19. April 2002 zur Rationalisierung der Arbeit und Verwaltung der Nationallotterie » (nachstehend: Gesetz vom 7. Mai 2019) auch auf ortsfeste Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV für anwendbar erklärt worden.

Indem er die ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV der in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 vorgesehenen Registrierungspflicht unterworfen hat, hatte Artikel 31 desselben Gesetzes auch die in Artikel 54 §§ 3 und 4 dieses Gesetzes erwähnten Zugangsverbote auf diese Einrichtungen für anwendbar erklärt.

B.8.2.4. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 ist erläutert, dass die Aufhebung von Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 durch die Abänderungen gerechtfertigt ist, die durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 an verschiedenen Datenbanken, darunter das System EPIS, vorgenommen wurden, insbesondere durch die Einfügung von Artikel 54/1 in das Gesetz vom 7. Mai 1999:

« Cet article abroge l'article 62 de la loi sur les jeux de hasard qui concerne le registre d'accès que les exploitants des établissements de jeux de hasard doivent tenir en vue d'identifier les joueurs.

Vu les modifications apportées aux différentes bases de données et registres existants, ce registre est désormais redondant.

De même, dans la mesure où avec l'article 54/1 nouveau, l'enregistrement du joueur auprès de l'établissement est remplacé par un système d'identification des joueurs au moyen de la carte d'identité électronique ou un autre moyen qui répond aux exigences de niveau de garantie substantiel ou élevé telles que définies par la réglementation européenne, cette disposition ne s'appliquerait que pour les cas où une identification manuelle des personnes qui n'ont pas d'e-ID délivrée en Belgique, c'est-à-dire au moyen d'un autre document d'identification, serait

utilisé[e]. Cela concern[e] un nombre limité de personne[s] et principalement des touristes. Il serait donc disproportionné de prévoir un tel registre mais aussi discriminatoire dans la mesure où pour les personnes identifiées de manière manuelle, une photo et une copie du document d'identification seraient collecté[e]s et conservé[e]s, contrairement à l'identification via e-Id ou tout autre moyen qui répond aux exigences de niveau de garantie substantiel ou élevé telles que définies par la réglementation européenne.

En outre, les personnes qui se présentent auprès d'un établissement de jeux de hasard sans carte d'identité électronique ne sont généralement pas des Belges et sont dès lors moins susceptibles d'être reprises dans le système EPIS.

Un tel registre d'accès présente un risque de fuite de données et de piratage informatique. Comme il contenait des données personnelles sensibles, il convient donc de cesser d'appliquer ce registre.

Le nouveau système d'identification et les registres actuels (tels que EPIS, le Log-EPIS, le registre des professionnels et le registre de sauvegarde) devraient fournir les garanties nécessaires à la Commission des jeux de hasard pour protéger les joueurs, d'une part, et pour contrôler l'application par les titulaires de licence des mesures de protection des joueurs prévues par la loi, d'autre part » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 43 und 44).

B.8.2.5. Artikel 28 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 hebt den königlichen Erlass vom 15. Dezember 2004 « über das Register in Bezug auf den Zugang zu den Spielsälen der Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und der ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV » auf.

In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 heißt es diesbezüglich:

« Cet article abroge l'arrêté royal du 15 décembre 2004 relatif au registre d'accès aux salles de jeux des établissements de jeux de hasard de classe I, II et aux établissements de jeux de hasard fixes de classe IV, modifié par les arrêtés royaux des 20 mars 2022 et 6 septembre 2022. En effet, la base légale de cet arrêté royal est abrogée et certaines dispositions qui y figuraient sont reprises dans [le] présent projet » (ebenda, S. 44).

Außerdem hebt der nicht angefochtene Artikel 29 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 die meisten der Bestimmungen des königlichen Erlasses vom 15. Dezember 2004 « zur Einrichtung eines Datenverarbeitungssystems in Bezug auf Spieler, denen der Zugang zu Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und von ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV verweigert wird » auf, mit dem das System EPIS geschaffen und die Modalitäten für dessen Betrieb präzisiert wurden.

In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 heißt es diesbezüglich:

« Cet article abroge les dispositions de l'arrêté royal du 15 décembre 2004 relatif à la création d'un système de traitement des informations concernant les joueurs exclus des établissements de jeux de hasard de classe I, de classe II et des établissements de jeux de hasard fixes de classe IV, modifié par les arrêtés royaux des 20 mars 2022 et 6 septembre 2022, qui sont maintenant reprises dans le présent projet de loi » (ebenda, SS. 44 und 45).

B.8.3.1. Artikel 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 fügt einen Artikel 54/1 in das Gesetz vom 7. Mai 1999 ein. In Anwendung dieser Bestimmung müssen Inhaber von Lizenzen der Klassen A, A+, B, B+, F1+ und F2 - mit Ausnahme von Inhabern einer F2-Lizenz wie in Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnt - « jede Person [...] identifizieren, die den Spielsaal der Glücksspieleinrichtung betritt oder an Glücksspielen teilnehmen möchte, mit Ausnahme von Personen, die den Spielsaal zu beruflichen Zwecken betreten » (Artikel 54/1 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999). Mit dieser Identifizierung wird bezweckt zu überprüfen, ob das vorgelegte Identitätsdokument tatsächlich der betreffenden Person gehört (Artikel 54/1 § 1 Absatz 2 Nr. 1 desselben Gesetzes) und ob dieser Person die Teilnahme an Glücksspielen in Anwendung von Artikel 54 §§ 1 bis 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erlaubt ist (Artikel 54/1 § 1 Absatz 2 Nr. 2 desselben Gesetzes).

Die betreffende Person wird im System EPIS anhand eines gültigen Identitätsdokuments, eines gültigen Aufenthaltsdokuments oder eines anderen Dokuments authentifiziert (Artikel 54/1 § 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999). Zum Zeitpunkt der Kontrolle wird der mit der Überprüfung beauftragten Person nur die Information mitgeteilt, dass der betreffenden Person der « Zugang verweigert oder die Teilnahme an Glücksspielen untersagt » ist (Artikel 54/1 § 4 desselben Gesetzes).

Für Zeitungshändler, die Inhaber einer F2-Lizenz und in Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnt sind, sind besondere Kontrollmodalitäten vorgesehen (Artikel 54/1 §§ 3 und 4 desselben Gesetzes).

B.8.3.2. Zu dem durch Artikel 54/1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 eingeführten System ist in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 präzisiert:

« Cet article insère un nouvel article 54/1 dans le chapitre de la loi relatif aux mesures de protection des joueurs et des parieurs [...].

Il prévoit que les titulaires de licences de classe A, A+, B, B+, F1+ et F2 sont tenus d'identifier toute personne qui entre[nt] dans l'établissement de jeu[x] de hasard dans le but de jouer ou qui [souhaite] participer au jeu. À noter que pour les libraires, une vérification spécifique est prévue et précisée ci-après. L'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données (§ 18 et § 23) a été suivi. Par conséquent, l'article détermine clairement les personnes qui doivent être identifiées et authentifiées et vise également spécifiquement les salles de jeux. En effet, l'Autorité relève qu'étant donné que certains établissements de jeux de hasard ne contiennent pas que des salles de jeux de hasard, il est indiqué de viser, à tout le moins pour les établissements concernés, les personnes qui pénètrent dans des salles de jeux de hasard et non toutes celles qui pénètrent dans l'établissement'. Cette précision concerne en réalité uniquement les établissements de classe A.

Ce nouvel article s'applique à tous les titulaires de licence, à l'exception des licences C (débit de boissons) et licences D (exercice d'une activité professionnelle dans un casino, une salle de jeu ou un[e] agence de paris), des licences F1 (exploitation de l'organisation de paris) et des licences E (la vente, la location, la location-financement, la fourniture, la mise à disposition, l'importation, l'exportation, la production, les services d'entretien, de réparation et d'équipement de jeux de hasard).

Par conséquent, outre les casinos, salles de jeux, agences de paris et les jeux offerts en ligne pour lesquels le contrôle des exclusions visé[e]s à l'article 54 via EPIS est déjà d'application, le champ d'application de l'identification obligatoire pour l'application d'EPIS est étendu :

- aux librairies (licence F2 qui permet d'engager des paris en dehors d'un établissement de classe IV) selon les modalités qui seront développées ci-dessous,
- aux hippodromes (licence F2 qui permet d'engager des paris en dehors d'un établissement de classe IV),
- aux agences de paris mobiles (licence F2 qui permet l'engagement de paris pour le compte de titulaires de licence de classe F1 dans un établissement de jeux de hasard mobile de classe IV).

La loi du 7 mai 2019 prévoit une meilleure protection des joueurs en introduisant le contrôle EPIS dans les établissements de jeux de classe IV (agences de paris) mais les paris organisés en dehors des établissements de classe IV échappent totalement à l'attention. Cela concerne principalement les paris qui sont pris par des libraires, ou dans l'enceinte d'un hippodrome. Ceux qui le souhaitent peuvent encore jouer sans aucun contrôle dans les librairies et dans les hippodromes qui ont une licence F2. Cependant, les paris qui y sont proposés ne sont pas nécessairement moins dangereux.

En effet, dans les librairies, la limite quotidienne des paris par personne est fixée à 200 euros par jour, soit plus de 6.000 euros par mois. C'est un montant très élevé, et pour beaucoup de personnes deux ou trois fois le salaire mensuel. Pour les courses de chevaux, il n'existe aucune limite et il n'y a qu'une obligation de déclaration pour les paris supérieurs à 1.000 euros.

Étant donné que le système EPIS ne s'applique pas dans ces endroits, les joueurs ayant un comportement de jeu problématique ou les personnes qui font l'objet d'un règlement collectif de dettes, et qui sont donc exclues par la loi, peuvent perdre très rapidement, et sans contrôle,

de grosses sommes d'argent, avec des conséquences désastreuses. Pour y remédier, cet article vise à appliquer le système EPIS, qui devrait protéger les joueurs vulnérables, à ces lieux également.

En outre, l'extension du contrôle de l'EPIS dans les agences de paris a créé le risque que les joueurs vulnérables et les joueurs problématiques, qui ne pourront plus se rendre dans les agences de paris, placent leurs paris dans les librairies ou les hippodromes. Cela est non seulement pernicieux en termes de protection des joueurs, mais crée également une concurrence déloyale avec les agences de paris.

Le champ d'application d'EPIS est aussi étendu aux établissements de jeux de hasard mobiles de classe IV, qui se situent généralement à proximité des événements sportifs, y compris les courses hippiques. De cette manière, les établissements où les paris peuvent être pris sont traités de la même manière et le joueur est protégé au maximum.

L'exigence d'identification revêt une grande importance pour la protection des joueurs et vise à vérifier que le document d'identité présenté appartient effectivement à la personne qui pénètre dans la salle de jeux de l'établissement de jeux de hasard ou qui souhaite pratiquer des jeux de hasard, à l'exception des personnes qui y pénètrent à des fins professionnelles, qui le présente[.] Cette finalité est d'ailleurs explicitement inscrite dans la loi. Il faut préciser que les personnes qui pénètrent dans la salle de jeux à des fins professionnelles sont celles visées à l'article 55/4 nouveau de la loi.

L'identification permet également au titulaire de licence de vérifier si la personne qui se présente est autorisée à accéder à la salle de jeux de l'établissement de jeux de hasard ou à pratiquer des jeux de hasard (dans les établissements de jeux de hasard de classe IV ou par le biais des instruments de la société de l'information) en application de l'article 54, paragraphes 1 à 4. Il s'agit donc de vérifier si la personne n'est pas interdite ou exclue. Il faut noter que cette finalité a été précisée suite à différentes remarques de l'Autorité de protection des données formulées dans son avis n° 162/2023 (notamment, §§ 19, 24, 30 et 55). Par ailleurs, comme cela est déjà précisé à l'article 12 en projet qui crée le système EPIS, il faut rappeler que les titulaires de licence n'ont pas accès à la base de données EPIS elle-même et n'ont donc pas accès aux données qu'elle contient. Ils peuvent toutefois ' consulter ' EPIS en ce sens que s'ils saisissent le nom du client, ils peuvent seulement voir si cette personne peut ou non se voir accorder l'accès au jeu, à l'établissement de jeux ou à la salle de jeux. Il s'agit donc d'une vérification auprès de la base de données EPIS et non d'une consultation de la base de données elle-même. De même, la remarque de l'Autorité relative à la mise à disposition de la liste complète des joueurs interdits de jeux vis-à-vis des exploitants de jeux de hasard (§ 20 et §§ 9-10) n'a pas de sens car la Commission des jeux de hasard n'envoie aucune donnée aux opérateurs et que ces derniers n'ont pas d'accès aux données d'EPIS. La vérification auprès d'EPIS par les opérateurs se fait via un serveur web.

[...]

Un nouveau paragraphe 4 est inséré pour se conformer à l'avis de l'Autorité de protection des données n° 162/2023 en ce qui concerne l'information mise à disposition du préposé de l'établissement de jeux de hasard en charge de la vérification auprès d'EPIS, ou de l'application informatique qui déclenche la mise en marche de l'appareil de jeu de hasard (§ 31)[.] Il est ainsi précisé que seule l'information selon laquelle la personne est interdite de jeux est communiquée.

Suite à l'introduction de cet article dans la loi, l'article 62 qui concerne le registre d'accès que les exploitants des établissements de jeux de hasard doivent tenir en vue d'identifier les joueurs est abrogé (*cf. infra*). Ce registre a été créé pour permettre à la Commission des jeux de hasard de vérifier *a posteriori* si le titulaire de la licence a procédé à une vérification d'identité correcte. En utilisant le module d'authentification e-ID (ou d'un autre document électronique comme spécifié ci-dessus) ou un moyen d'identification qui répond aux exigences de niveau de garantie substantiel ou élevé telles que définies par la réglementation européenne, ce contrôle *a posteriori* n'est plus nécessaire car ce système offre des garanties suffisantes » (*Parl. Dok., Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 15 bis 22*).

B.8.4.1. Artikel 16 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 ersetzt Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999. Die letztgenannte Bestimmung sieht die Einrichtung des Systems EPIS bei der Kommission für Glücksspiele vor, die sie als den für die Verarbeitung personenbezogener Daten Verantwortlichen im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der DSGVO benennt (Artikel 55 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 zählt die Zwecke des EPIS auf, und zwar: 1. den betreffenden Inhabern von Lizenzen zu ermöglichen, sich zu vergewissern, dass Personen, die sich einfinden, um Zugang zum Spielsaal ihrer Einrichtung zu erhalten oder um an Glücksspielen teilzunehmen, nicht gemäß Artikel 54 §§ 2 bis 4 desselben Gesetzes der Zugang verweigert oder die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist, 2. der Kommission für Glücksspiele zu ermöglichen, Anträge auf Zugangsverweigerung oder Rücknahme der Verweigerung des Zugangs zu Glücksspielen und gegebenenfalls damit verbundene Streitigkeiten zu bearbeiten und 3. Verstöße gegen das Gesetz vom 7. Mai 1999 und seine Ausführungserlasse zu ermitteln und festzustellen (Artikel 55 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Die verschiedenen Daten über die in Artikel 54 §§ 2 bis 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Personen sind: 1. Name und Vornamen, 2. Geburtsdatum, 3. Erkennungsnummer des Nationalregisters der natürlichen Personen oder hilfsweise eine andere Nummer und 4. Grund, Beginn- und Enddatum der Zugangsverweigerung. Diese Daten werden für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Enddatum der Zugangsverweigerung aufbewahrt (Artikel 55 § 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Der Zugriff auf die vorerwähnten Daten ist auf den Präsidenten der Kommission für Glücksspiele, auf in Artikel 15 § 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnte

Polizeibeamte und auf bestimmte Mitglieder des Sekretariats der Kommission für Glücksspiele beschränkt (Artikel 55 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Darüber hinaus obliegt es dem König, die technischen und finanziellen Modalitäten des Systems EPIS zu bestimmen (Artikel 55 § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

B.8.4.2. Zu dem durch Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 eingeführten System ist in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 präzisiert:

« Cet article remplace l'article 55 de la loi sur les jeux de hasard, relatif à la création du système EPIS, pour se conformer aux règles du RGPD.

Tout comme c'est le cas actuellement, l'article 55 crée le système EPIS et désigne la Commission des jeux de hasard en tant que responsable du traitement de ce système au sens de l'article 4, 7), du RGPD. Dans son avis n° 178/2021 du 4 octobre 2021 sur le projet d'arrêté royal modifiant deux arrêtés royaux du 15 décembre 2004 en ce qui concerne le système EPIS et le registre d'accès, l'Autorité de protection des données s'était posé la question de la qualification de la commission des jeux de hasard et non du SPF Justice comme responsable du traitement du système d'information EPIS. Dans son considérant 11, elle avait indiqué ' À ce sujet, l'Autorité rappelle que la désignation du responsable du traitement doit être adéquate au regard des circonstances factuelles; ce qui implique de désigner l'organisation qui poursuit la finalité pour laquelle le traitement de données à caractère personnel est mis en place et qui dispose de la maîtrise des moyens utilisés pour atteindre cette finalité. À ce sujet, l'Autorité s'interroge au vu de l'article 55 de la loi précitée de 1999 qui prévoit que le système EPIS est institué auprès du SPF Justice. '.

Par conséquent, le système EPIS est maintenant créé auprès de la commission des jeux de hasard et non plus auprès du SPF Justice.

Par rapport au texte actuel, les finalités d'EPIS sont précisées. Initialement, EPIS avait pour finalité ' de permettre à la commission des jeux de hasard d'exercer les missions qui lui sont attribuées par la présente loi '. Cette finalité n'est toutefois pas suffisamment précise. Ainsi, et conformément à l'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données (§ 36), la première finalité est de permettre aux titulaires de licences de vérifier que les personnes qui se présentent pour accéder à la salle de jeux de leur établissement de jeux de hasard, ou pour participer à des jeux de hasard sont interdites ou exclues de jeux de hasard conformément à l'article 54 paragraphes 2 à 4. L'objectif d'EPIS est en effet d'éviter que des personnes qui sont exclues puissent néanmoins entrer dans un établissement de jeux ou participer à des jeux de hasard. Les titulaires de licence n'ont pas accès à la base de données EPIS elle-même et n'ont donc pas accès aux données qu'elle contient. Ils peuvent toutefois ' consulter ' EPIS en ce sens que s'ils saisissent le nom du client, ils peuvent seulement voir si cette personne peut ou non se voir accorder l'accès au jeu ou à l'établissement de jeux.

La seconde finalité d'EPIS est, conformément à l'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données (§ 38), de permettre à la commission de gérer les demandes d'exclusion ou de retrait d'exclusion de jeux de hasard et le cas échéant, le contentieux y relatif.

Par ailleurs, suite à l'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données (§ 38), une nouvelle finalité est ajoutée, à savoir la recherche et la constatation des infractions à la présente loi et à ses arrêtés d'exécution. L'avis n° 73.369/4 du Conseil d'État du 13 mars 2024 a également été suivi concernant la formulation de cette finalité.

Le paragraphe 2 concerne les données à caractère personnel et informations traitées dans EPIS qui sont également revues. En effet, certaines données actuellement traitées ne sont plus nécessaires et en application du RGPD et du principe de minimisation des données, les données traitées doivent être limitées à ce qui est nécessaire et pertinent. À noter que l'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données a été suivi et que la référence à l'article 54 a été précisée (§ 40).

Ainsi, la profession est supprimée de la liste des données traitées dans EPIS. La Commission des jeux de hasard reçoit parfois l'information relative à la profession de la personne mais cette donnée n'est ni nécessaire, ni prise en compte dans la pratique (si un joueur affirme que sa profession est 'employé', la Commission des jeux de hasard ne peut pas le vérifier). La profession n'est pertinente que dans le cadre de l'application de l'article 54, § 2, qui exclut différentes catégories de profession. La commission des jeux de hasard reçoit ces listes par l'intermédiaire de différents services gouvernementaux. La profession de la personne est donc déjà incluse dans le 'type d'exclusion'. Pour différencier ces personnes exclues par profession, EPIS opère par 'type d'exclusion', et non pas par 'profession'. La profession elle-même n'est donc pas enregistrée dans EPIS.

[...]

En pratique, la date de début et de la fin de l'exclusion et le type d'exclusion sont stock[és] dans EPIS. La collecte de la raison de l'exclusion (dans EPIS : 'type d'exclusion') est importante pour la Commission des jeux de hasard dans le cadre des procédures de contrôle et de gestion des plaintes d'une part, et pour les procédures d'exclusion des joueurs à la demande d'un tiers intéressé, d'autre part. La date d'exclusion est conservée dans EPIS, sauf pour les exclusions sur base de la profession. Pour ce type d'exclusions, la Commission des jeux de hasard reçoit un nouveau fichier quotidiennement contenant les données des personnes exclues sur ces bases (le fichier du jour précédent est complètement écrasé et supprimé d'EPIS). La Commission des jeux de hasard sait donc uniquement que la personne est exclue ce jour-là précis (jour de réception du fichier), mais ne connaît pas la date exacte du début de son exclusion.

Les exclusions des personnes pour lesquelles la demande de règlement collectif de dettes a été déclarée recevable sont également informatisées dans EPIS par l'intermédiaire de la Chambre nationale des huissiers de justice. Une date de début et de fin est également conservée pour cette catégorie.

Un historique est également conservé si la personne exclue sur une de ces bases est exclue, puis autorisée à jouer de nouveau, puis exclue à nouveau, etc. Dans la pratique, la Commission des jeux de hasard reçoit régulièrement des questions de joueurs sur les raisons pour lesquelles ils ne sont pas admis dans un établissement de jeux, ou sur la date à partir de laquelle ils seront autorisés à jouer à nouveau. L'historique est également important lorsque la Commission des jeux de hasard doit se prononcer dans le cadre d'une demande d'exclusion à la demande d'un

tiers intéressé. Une personne qui demande régulièrement son exclusion et en demande la levée à nouveau par la suite peut être le signe d'un comportement problématique en matière de jeu.

Il est prévu que ces données et informations soient conservées pour une durée de cinq ans à compter de la date de fin de l'exclusion. Ce délai de cinq ans est un indicateur permettant d'identifier un comportement addictif qui se développerait au cours de ces années. Dans la pratique, la Commission des jeux de hasard se base toujours sur les cinq dernières années pour analyser le comportement du joueur.

L'article 55 actuel prévoit que 'l'accès permanent en ligne à toutes les catégories d'informations est accordé à la commission des jeux de hasard contre paiement d'une contribution'. Cela n'est plus repris dans le nouvel article 55 dans la mesure où c'est maintenant la Commission des jeux de hasard qui est le responsable du traitement d'EPIS au sens de l'article 4, 7) du RGPD et supporte également le coût de son développement.

Le paragraphe 3 détermine les personnes qui ont un accès aux données d'EPIS. Contrairement à ce qu'indique l'Autorité de protection des données dans son avis n° 162/2023, les titulaires de licences ne sont pas ajoutés à la liste des personnes ayant accès aux données dans EPIS (§ 41). En effet, comme cela a déjà été précisé précédemment, les titulaires de licence n'ont pas accès à la base de données EPIS elle-même et n'ont donc pas accès aux données qu'elle contient. Ils reçoivent seulement, via un serveur web, l'information selon laquelle une personne peut ou non se voir accorder l'accès au jeu ou à l'établissement de jeux.

L'accès est limité au président de la Commission des jeux de hasard ainsi qu'aux fonctionnaires de police visé[s] à l'article 15, § 3, de la loi. En effet, la loi du 7 mai 2019 'modifiant la loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les paris, les établissements de jeux de hasard et la protection des joueurs, et insérant l'article 37/1 dans la loi du 19 avril 2002 relative à la rationalisation du fonctionnement et de la gestion de la Loterie Nationale', a ajouté un paragraphe 3 à l'article 15 de la loi sur les jeux de hasard. Ce paragraphe prévoit que la Commission des jeux de hasard peut engager un maximum de quatre fonctionnaires de police, revêtus de la qualité d'officier de police judiciaire et d'auxiliaire du procureur du Roi, qui assurent en qualité d'officier de liaison les contacts entre la police intégrée et la commission et ont en outre accès à toutes les informations dont dispose la commission.

Il est donc logique que ces fonctionnaires de police aient accès aux données d'EPIS.

L'accès aux données d'EPIS par le président de la Commission des jeux de hasard et par ces fonctionnaires de police est nécessaire en raison de leur fonction.

De même, les membres du secrétariat de la Commission des jeux de hasard dont la fonction le nécessite, peuvent également avoir accès aux données d'EPIS. Il s'agit notamment des membres du secrétariat chargé des contrôles et des membres du secrétariat exerçant des fonctions liées à la protection des joueurs ou encore du délégué à la protection des données de la Commission des jeux de hasard.

[...]

Comme indiqué ci-avant, les titulaires de licence n'ont en aucun cas accès aux données à caractère personnel contenues dans EPIS. Ils reçoivent uniquement le résultat de la vérification

auprès d'EPIS, à savoir si le joueur peut ou non avoir accès à l'établissement de jeux ou être autorisé à jouer.

À noter que conformément à l'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données, l'habilitation au Roi a été revue (§ 43). Ainsi le Roi détermine uniquement les modalités techniques et financières d'EPIS tel[les] que par exemple, le fonctionnement du programme. Il n'est plus prévu que le Roi fixe les modalités d'accès à EPIS, les modalités de traitement des informations et les modalités de consultation d'EPIS dans la mesure où ces modalités sont directement reprises dans la loi » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 22 bis 28).

B.8.5.1. Artikel 17 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 fügt einen Artikel 55/2 in das Gesetz vom 7. Mai 1999 ein. In Anwendung der letztgenannten Bestimmung wird jede Abfrage von EPIS in einer Protokolldatei gespeichert, « EPIS-Protokoll » genannt, wobei die Kommission für Glücksspiele als der für die Verarbeitung personenbezogener Daten Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 der DSGVO benannt wird (Artikel 55/2 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Artikel 55/2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 zählt die Zwecke der EPIS-Protokolldatei auf, und zwar: 1. die Einhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Zugangskontrolle am Eingang des Spielsaals oder für die Teilnahme an Glücksspielen durch die Lizenzinhaber zu überprüfen und 2. mögliche zweifelhafte EPIS-Abfragen zu erkennen und zurückzuverfolgen (Artikel 55/2 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Die in der EPIS-Protokolldatei gespeicherten Daten sind: 1. Datum und Uhrzeit der EPIS-Abfrage; 2. in Artikel 55 § 2 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnte Daten; 3. Lizenznummer der Glücksspieleinrichtung, von der aus EPIS abgefragt worden ist; 4. Nummer der D-Lizenz der Person, die EPIS abgefragt hat, oder Identität der in Anwendung von Artikel 55 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 für den Zugriff auf die Daten der EPIS-Protokolldatei ermächtigten Person; 5. Ergebnis der EPIS-Kontrolle; 6. Zweck der EPIS-Abfrage und 7. in Anwendung von Artikel 54/1 § 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 verwendetes Erkennungsmittel (Artikel 55/2 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzes).

Die vorerwähnten Daten werden für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der EPIS-Abfrage aufbewahrt (Artikel 55/2 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999). Der Zugriff auf diese Daten ist auf den Präsidenten der Kommission für Glücksspiele, auf in Artikel 15 § 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnte Polizeibeamte und auf

bestimmte Mitglieder des Sekretariats der Kommission für Glücksspiele beschränkt (Artikel 55/2 § 3 desselben Gesetzes).

B.8.5.2. Zu dem durch Artikel 55/2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 eingerichteten System ist in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 präzisiert:

« Cet article concerne le ‘ Log-EPIS ’, le fichier de journalisation reprenant toutes les consultations d’EPIS.

Il s’agit du fichier actuellement dénommé ‘ logfile ’ visé à l’article 8 de l’arrêté royal du 15 décembre 2004 ‘ relatif à la création d’un système de traitement des informations concernant les joueurs exclus des établissements de jeux de hasard de classe I, de classe II et des établissements de jeux de hasard fixes de classe IV ’, tel que modifié par l’arrêté royal du 20 mars 2022.

Ce nouvel article précise en son paragraphe 1er que la Commission des jeux de hasard est le responsable du traitement de ce fichier au sens de l’article 4, 7), du RGPD qui est utilisé pour garder une trace de toutes les consultations réalisées dans EPIS et des résultats.

Les finalités du Log-EPIS sont également reprises dans la loi. Conformément à l’avis de l’Autorité de protection des données n° 162/2023, la première finalité est de vérifier si les titulaires de licence remplissent correctement leurs obligations légales en matière de contrôle d’accès à l’entrée de la salle de jeux de leur établissement de jeux de hasard ou pour la participation à des jeux de hasard (§ 46).

La seconde finalité, comme indiqué par l’Autorité de protection des données, est de détecter et retracer des consultations douteuses éventuelles d’EPIS.

Le paragraphe 2 prévoit que pour chaque consultation d’EPIS, les données à caractère personnel et informations reprises dans le Log-EPIS sont les suivantes :

- 1) la date et l’heure de la consultation d’EPIS

Cette donnée est nécessaire à des fins de contrôle. Pour que les services de contrôle puissent mener des enquêtes ciblées en cas de plaintes ou de problèmes, ils ont besoin de ces données spécifiques.

- 2) les données visées à l’article 55, § 2, 1° à 3°

Il s’agira – des nom et prénoms de la personne consultée : Afin de pouvoir identifier correctement la personne, il est évident qu’au moins les nom et prénoms sont nécessaires. Jusqu’à trois prénoms de la personne sont collectés. – La date de naissance de la personne. Cette donnée est nécessaire pour distinguer les personnes qui auraient des noms et prénoms identiques, et ainsi permettre d’identifier correctement la personne concernée. – Le numéro de registre national utilisé pour le check, donnée nécessaire pour les personnes résidant en Belgique. Il permet une identification précise et correcte de la personne.

3) le numéro de licence de l'établissement de jeux de hasard à partir duquel le système EPIS a été consulté

Cette donnée est nécessaire pour pouvoir identifier l'établissement de jeux de hasard concerné et pour vérifier quel établissement de jeux physique ou quel site web est impliqué[.] Si la consultation a été effectuée à partir de la Commission des jeux de hasard, ce champ ne sera pas rempli.

4) le numéro de licence D de la personne qui a consulté EPIS si EPIS a été consulté à partir d'un établissement de jeux de hasard et l'identité de la personne visée à l'article 55, § 3, si EPIS a été consulté à partir de la Commission des jeux de hasard.

Si la consultation d'EPIS a été faite pour l'accès aux jeux d'argent en ligne, il ne s'agit pas d'une personne qui a consulté EPIS mais d'un service web et ce champ reste vide. Le champ restera également vide si la consultation EPIS a été effectuée à partir d'un débit de boisson, d'une librairie d'un établissement mobile ou d'un hippodrome.

Étant donné que le contrôle EPIS doit être réalisé correctement (car potentiellement punissable en vertu de l'article 4 § 5 nouveau), la Commission des jeux de hasard doit être en mesure de savoir qui a procédé à la consultation proprement dite. Étant donné que la Commission des jeux de hasard est tenue de délivrer des licences à toute personne exerçant une activité professionnelle dans un établissement de jeux de hasard de classe I, II ou IV, elle doit également être en mesure de contrôler et, le cas échéant, de sanctionner ces titulaires de licence en vertu de l'article 15/2.

D'autre part, l'accès à EPIS est également strictement limité pour la Commission des jeux de hasard aux personnes dont la fonction l'exige. C'est pourquoi ces consultations sont également conservées.

5) le résultat du contrôle EPIS

Le résultat du check n'est pas une donnée personnelle en soi mais une simple réponse contenant le résultat du check EPIS, à savoir si la personne est autorisée ou non. Cette information est également importante pour la Commission des jeux de hasard dans la mesure où elle permet de déterminer le nombre de visites ' bloquées ' et donc l'efficacité de la mise en place du système EPIS. Ces informations sont également pertinentes dans le cadre de sa mission de contrôle.

6) la finalité de la consultation

Il s'agit de la raison pour laquelle le check EPIS a été réalisé, plusieurs valeurs doivent être possibles :

– GAME : lorsque le check EPIS est réalisé car une personne veut entrer dans un établissement de jeux de hasard;

– CJH : lorsqu'un membre du secrétariat de la Commission des jeux de hasard ou les fonctionnaires de police mentionnés ci-dessus consultent les données d'un joueur exclu dans le cadre de leur fonction.

Ces valeurs sont non exhaustives et peuvent être complétées si nécessaire.

L'avis n° 162/2023 de l'Autorité de protection des données a été suivi (§ 49) et le point 6° a été précisé pour le cas échéant, insérer le numéro de dossier pour lequel la consultation est réalisée lorsque la finalité de consultation d'EPIS consiste à exercer des missions de police judiciaire de contrôle du respect de la présente loi et de ses arrêtés d'exécution.

7) le moyen d'identification utilisé visé à l'article 54/1, paragraphe 2

Concrètement, il s'agit donc de mentionner l'utilisation d'un module d'authentification (Itsme, e-id-reader, etc.) ou la saisie manuelle de données aux fins du contrôle EPIS.

Cette donnée permet de s'assurer que l'exploitant a bien procédé à l'identification des joueurs. Supposons qu'il soit établi qu'un joueur exclu a été admis mais que le contrôle EPIS a été effectué avec Itsme, cela pourrait éventuellement constituer un élément permettant de sanctionner le joueur en vertu de l'article 4, § 4 (nouveau) s'il peut être prouvé que le joueur a utilisé un faux document d'identité.

Toutes ces données sont conservées pour une durée de cinq ans à partir de la date de la consultation. Cela permet à l'autorité de contrôle de procéder à des vérifications minutieuses et, le cas échéant, de rechercher si ce joueur a également fait un usage abusif de faux documents d'identité dans le passé, par exemple. Pour ce faire, elle doit pouvoir concentrer ses investigations sur les cinq dernières années.

Pour les mêmes raisons que celles évoquée[s] précédemment, le paragraphe 3 prévoit que l'accès au fichier Log-EPIS est accordé aux mêmes personnes que pour EPIS. Ici également, contrairement à ce qu'indique l'Autorité de protection des données dans son avis n° 162/2023, les titulaires de licences ne sont pas ajoutés à la liste des personnes ayant accès à EPIS (§ 41 et § 50) car les titulaires de licence n'ont pas accès à la base de données EPIS elle-même et n'ont donc pas accès aux données qu'elle contient. En revanche, l'avis a été suivi en ce qui concerne la suppression de la mention de l'accès par les personnes en charge de la maintenance technique d'EPIS dans la mesure où par nature, toute base de données doit faire l'objet d'une telle maintenance (§ 41 et § 50) » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 28 bis 31).

B.8.6.1. Artikel 18 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 fügt einen Artikel 55/3 in das Gesetz vom 7. Mai 1999 ein. In Anwendung dieser letztgenannten Bestimmung können die Daten der EPIS-Protokolldatei von der Kommission für Glücksspiele weiterverarbeitet werden, um zu überprüfen, ob ein Lizenzinhaber seine gesetzlichen Verpflichtungen in Anwendung von Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ordnungsgemäß erfüllt, und um den Auftrag zum Schutz der Spieler auf der Grundlage von Artikel 54 § 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 zu erfüllen (Artikel 55/3 § 1 desselben Gesetzes).

Zudem können die Daten der EPIS-Protokolldatei weiterverarbeitet werden, um den zu diesem Zweck bestimmten Mitgliedern der Polizeidienste zu ermöglichen, die in Artikel 15 des

Gesetzes vom 5. August 1992 « über das Polizeiamt » erwähnten Aufträge zu erfüllen, wenn die Ermittlungen in Artikel 90ter §§ 2 bis 4 des Strafprozessgesetzbuches erwähnte Straftaten betreffen, wobei ihnen nur die in Artikel 55/2 § 2 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Daten übermittelt werden können (Artikel 55/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Die Daten der EPIS-Protokolldatei können auch weiterverarbeitet werden, um den Mitgliedern des Enquetendienstes des Ständigen Ausschusses P und den Mitgliedern der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei zu ermöglichen, die Aufträge im Sinne von Artikel 16 des Gesetzes vom 18. Juli 1991 « zur Regelung der Kontrolle über die Polizei- und Nachrichtendienste und über das Koordinierungsorgan für die Bedrohungsanalyse » (nachstehend: Gesetz vom 18. Juli 1991) beziehungsweise Artikel 4 § 1 Nrn. 3 und 4 des Gesetzes vom 15. Mai 2007 « über die Generalinspektion und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen über die Rechtsstellung bestimmter Mitglieder der Polizeidienste » (nachstehend: Gesetz vom 15. Mai 2007) zu erfüllen.

B.8.6.2. Zu dem durch Artikel 55/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 eingerichteten System ist in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 präzisiert:

« Dans son avis n° 162/2023 (§§ 45 à 47), l’Autorité de protection des données estime que ‘ (...) l’auteur du projet de loi déplace, précise et complète les dispositions réglementaires actuelles relatives au fichier de journalisation d’EPIS dans la loi précitée sur les jeux de hasard pour en faire une base de données opérationnelle à part entière qui servira des fins autres que celle de sécurisation de l’utilisation du registre EPIS et de vérification du respect par les titulaires de licences de leurs obligations légales en matière de contrôle d’accès aux salles de jeux de hasard (...) ’ Pour répondre à ces préoccupations, un nouvel article 55/3 est inséré dans la loi sur les jeux de hasard. Cet article concerne le traitement ultérieur des données du Log-EPIS.

Le paragraphe 1er prévoit que la Commission des jeux de hasard peut procéder à un traitement ultérieur des données du Log-EPIS d’une part, pour les missions qui lui sont attribuées par la loi, en particulier vérifier si un titulaire de licence remplit correctement ses obligations légales en application de l’article 54 et d’autre part, pour exercer la mission de protection des joueurs qui lui est attribuée par l’article 54, § 3, point 4, à savoir les demandes d’exclusion par le joueur ou à la demande d’un tiers. En ce qui concerne la première finalité précitée, l’avis n° 75.369/4 du Conseil d’État du 13 mars 2024 a été suivi.

En effet, en ce qui concerne la deuxième finalité, pour pouvoir juger si un joueur a un problème d’addiction, il ne suffit pas de connaître l’historique des exclusions au cours des cinq dernières années. Il est également important de savoir combien de fois un joueur est identifié par un titulaire de licence (et donc vérifié dans EPIS) et souhaite donc participer à des jeux de hasard. Par exemple, s’il s’avérait qu’un joueur n’a jamais été identifié et contrôlé dans

EPIS, cela pourrait indiquer deux choses[ :] soit ce joueur ne joue pas du tout et il n'y a pas de problème; soit ce joueur joue sur des sites illégaux. Si ces données montrent qu'un joueur est identifié quotidiennement, cela peut en effet indiquer un comportement de jeu problématique. Concernant l'accès aux données du Log-EPIS par la Commission des jeux de hasard, dans son avis n° 75.369/4 du 13 mars 2024, le Conseil d'État se réfère à l'avis de l'Autorité de protection des données n° 162/2023 qui recommandait notamment, compte tenu de l'objectif poursuivi, d'omettre des données disponibles la mention des moments et des lieux exacts de jeux et de se limiter à la fréquence de jeux afin de déterminer le caractère problématique ou non du comportement d'un joueur. Toutefois, pour déterminer la fréquence de jeux, il est nécessaire pour la Commission des jeux de hasard de savoir quand et où une personne a joué. Il s'agit d'éléments nécessaires pour déterminer la fréquence.

Ce paragraphe est une application de l'article 6.4 du RGPD qui permet les traitements ultérieurs et sans garanties supplémentaires quand ces traitements ultérieurs sont prévus dans une loi, ce qui est le cas en l'espèce.

Les objectifs de ces traitements ultérieurs sont ceux qui sont prévus à l'article 23.1, e), g) et i), du RGPD :

1° l'intérêt public général lié à la santé publique et en particulier les addictions : en effet, la dépendance au jeu est une forme d'addiction comportementale pouvant mener l'intéressé à devenir un joueur pathologique;

2° la prévention et la détection de manquements à la déontologie des professions réglementées, ainsi que les enquêtes et les poursuites en la matière : il s'agit notamment ici d'une application de la mission de contrôle de la Commission;

3° la protection de la personne concernée ou des droits et libertés d'autrui : Les jeux de hasard peuvent effectivement affecter la vie du joueur mais également celle de ses proches. Dans son avis n° 162/2023, l'Autorité de protection des données s'interroge sur le caractère légitime de l'utilisation par la Commission des jeux de hasard du fichier Log-EPIS pour gérer les demandes d'exclusion d'accès aux jeux de hasard par les personnes elles-mêmes ou toute personne intéressé[es] dans la mesure où lorsque la demande émane du joueur lui-même, elle est automatiquement acceptée par la commission des jeux de hasard et que, lorsque la demande émane de toute personne intéressée, elle est analysée sur base des informations communiquées tant par le demandeur [que] par la personne [à] l'encontre de laquelle une demande d'exclusion est faite (§ 45 et § 47, point 1). Or, les informations fournies par un tiers sont insuffisantes car elles sont subjectives. Les données du Log-EPIS permettent à la commission de voir le comportement du joueur et d'objectiver les demandes d'exclusion émanant des tiers, et ainsi déterminer si elles sont fondées.

Le paragraphe 2 prévoit également des traitements ultérieurs dans le but de soutenir les services de police dans l'exécution des missions de police judiciaire (55/3, § 2, 1°) et le Comité P et le Service d'inspection générale dans l'exécution de leurs missions de contrôle (55/3, § 2, 2° et 3°).

[...]

Concernant l'article 55/3, § 2, 1°, le Conseil d'État estime qu'il ' n'est pas démontré que la mesure en projet, permettant l'accès à une banque de données comportant des données

personnelles relatives [à] un nombre indéfini de citoyens accédant aux salles de jeux d'établissements de jeux de hasard ou pratiquant les jeux de hasard, et ce afin de poursuivre tous types d'infractions et sans balise particulière – si ce n'est la désignation préalable des membres habilités par le chef de corps, le directeur ou le directeur général – est nécessaire et proportionnée aux objectifs poursuivis. '. Pour répondre à cette préoccupation, le traitement ultérieur dans le but de soutenir les services de police dans l'exécution des missions de police judiciaire est circonscrit à la recherche des infractions visées à l'article 90<sup>ter</sup>, §§ 2 à 4 du Code d'Instruction criminelle qui reprend la liste des infractions les plus graves.

En ce qui concerne le soutien des services de police dans l'exécut[ion] des missions de police judiciaire, les exemples ci-dessous illustrent cette finalité :

- Les établissements de jeux de hasard constituent en effet des lieux où du blanchiment d'argent est susceptible de se produire. Dans le cadre des enquêtes financières et en particulier de celles liées au blanchiment d'argent, savoir si une personne a fréquenté tel établissement constitue donc un élément important.

- Dans le cadre des enquêtes relatives à la criminalité organisée, où il est important de tenter d'établir si des personnes sont en lien ou ont été en lien les unes avec les autres, savoir que plusieurs personnes, susceptibles d'appartenir à un même réseau criminel jouent ensemble (même établissement, créneau horaire similaire) permet de conforter certaines pistes d'enquête.

- La consultation des Log-EPIS permet aussi de vérifier la fiabilité des indicateurs qui travaillent avec la police. Un indicateur qui joue régulièrement par exemple et qui a des dettes d'argent risque d'être soumis à des pressions du milieu criminel.

- S'il y a une disparition inquiétante et que la police recherche les dernières 'traces laissées' par une personne, savoir qu'elle a joué tel jour à telle heure dans un établissement de jeux peut permettre de relancer des pistes. Savoir quelles autres personnes étaient présentes dans un créneau horaire similaire peut aussi s'avérer utile dans le cadre de l'enquête liée à la disparition inquiétante.

- À l'identique, dans le cadre des recherches des personnes dont la privation de liberté est prévue par la loi, il est très utile de savoir si la personne joue régulièrement, et dans quel établissement.

- Dans le cadre de la vérification d'un alibi pour lequel la personne prétend que tel jour à telle heure, elle se trouvait dans tel établissement de jeux, la consultation du Log-EPIS permet d'effectuer de premières vérifications.

Dans le cadre de ces exemples, les données d'identification précises de la personne qui est venue jouer sont bien entendu un élément essentiel puisqu'il s'agit d'être certain qu'il s'agisse bien de la bonne personne sur laquelle porte[nt] les vérifications.

Le moment de la vérification effectuée est aussi un élément important puisqu'il permet de savoir quand une personne est présente dans un établissement, ainsi que le cas échéant la fréquence avec laquelle la personne joue.

Le lieu /l'établissement où la personne joue constitue aussi un élément important, notamment lorsqu'on cherche à localiser une personne qui a disparu, ou, qui est à rechercher.

En ce qui concerne l'exercice de toutes les missions de police judiciaire des services de police et des tâches qu'ils réalisent dans ce cadre, l'Autorité de protection des données s'interroge sur la nécessité pour les enquêtes relatives à la criminalité organisée ou relatives à la recherche de personnes qui doivent être privées de liberté, à défaut de chiffre statistique spécifique [lié] à l'existence de réseaux criminels liés à des activités de jeux de hasard spécifiques ou à la présence importante de personnes privées de liberté au sein de salles de jeux de hasard, de l'utilisation structurelle du Log-EPIS (§ 47, point 2). Sur ce point, il faut préciser que diverses enquêtes sur le crimorg montrent indéniablement les liens entre certains lieux et heures de jeux et le crime organisé.

Par ailleurs, l'Autorité précise que ' Quant à la vérification de la fiabilité des indicateurs de la police, il apparaît plus proportionné de rendre cette profession interdite de jeux de hasard ou de vérifier si ces personnes ne sont pas surendettées avant de leur confier une telle mission ' (§ 47, point 2). Or, être un indicateur n'est pas un métier. Un des pans essentiels est d'évaluer la fiabilité de ceux-ci qui effectivement fluctue. Il est strictement interdit pour des raisons évidentes de protection des enquêtes, des sources et pour assurer leur intégrité de révéler leurs identités.

En ce qui concerne le soutien du Comité P et de l'Inspection générale dans l'accomplissement de leurs missions de contrôle (art. 55/3, § 2, 2° et 3°): L'article 27 de la loi du 18 juillet 1991 organique du contrôle des services de police et de renseignement et de l'Organe de coordination pour l'analyse de la menace permet déjà au Comité P de collecter/de saisir toutes les données auprès des services contrôlés. Aussi l'article 8 de la loi du 15 mai 2007 sur l'Inspection générale et portant des dispositions diverses relatives au statut de certains membres des services de police permet déjà au membre de l'Inspection générale de consulter sur place, prendre copie, se faire communiquer et si nécessaire saisir tous documents, pièces ou objets utiles à leurs missions auprès des services contrôlés.

Afin de permettre à ces organes de contrôle d'exercer leurs missions, notamment lorsque des membres des services de police sont suspectés de jouer, par exemple sous une fausse identité, alors qu'ils sont statutairement tenus de s'abstenir de jouer, ces organes doivent [pouvoir] recevoir les données des Log-EPIS pour mener les enquêtes permettant d'établir quels membres des services de police auraient joué dans quels établissements et à quelle fréquence.

Dans le cadre de ces missions de contrôle, toutes les données des Log-EPIS sont pertinentes. Il s'agit en effet non seulement d'établir quel membre du personnel a joué (illégalement) dans quel établissement, mais il faut aussi que ces organes sachent, quel était le résultat du contrôle, quelle personne au sein de l'établissement de jeux a effectué le contrôle initial et avec quels moyens pour notamment permettre d'examiner s'il y a des collusions entre cette personne et le/les membre[s] du personnel qui jouent illicitement ou s'il y a une faille dans le système de contrôle qui aurait, à cette occasion, été exploitée.

En réponse aux préoccupations de l'Autorité de protection des données concernant la vérification du bon respect par les agents de police de leur exclusion d'accéder à des salles de jeux de hasard ou de participer à des jeux de hasard (§ 47, point 3), il faut préciser que lorsque des policiers jouent sous une identité fictive, le fichier Log-EPIS ne permet bien entendu pas de détecter la fraude à l'identité. Cependant lorsque la fausse identité du joueur est détectée dans le cadre d'une enquête, la consultation des Log-EPIS permet de voir la fréquence de jeux

(le nombre de manquements déontologique[s]) et d'aider à analyser si d'autres collègues sont également mêlés à la fraude.

Dans son avis n° 75.369/4 du 13 mars 2024, le Conseil d'État demande également de justifier plus avant la nécessité et la proportionnalité de la mesure visée à l'article 55/3, § 2, 2° et 3°. À ce[t] égard, il faut rappeler que pour pouvoir diligenter leurs enquêtes de manière indépendante et discrète, le Comité P et l'Inspection générale doivent pouvoir examiner directement les données à partir des sources authentiques afin de déterminer précisément et par eux-mêmes les informations dont il[s] ont besoin dans le cadre de leur enquête. Par ailleurs, conférer un accès direct à une banque de données ne signifie bien entendu pas que les données à caractère personnel soient accessibles sans que les principes de base de gestion/protection des données soient applicables: il est évident que les règles d'intégrité de la banque de données [consultée] doivent être respectées et que l'accès se fera uniquement sur la base du besoin d'en connaître et que les accès seront eux aussi journalisés et pourront donc faire, le cas échéant, l'objet d'un contrôle de légalité.

Le paragraphe 2 de l'article 55/3 constitue également une application de l'article 6.4 du RGPD.

Les objectifs de ces traitements ultérieurs sont ceux qui sont prévus à l'article 23.1, e), et g) du RGPD, à savoir :

1° la prévention et la détection d'infractions pénales, ainsi que les enquêtes et les poursuites en la matière ou l'exécution de sanctions pénales, y compris la protection contre les menaces pour la sécurité publique et la prévention de telles menaces;

2° la prévention et la détection de manquements à la déontologie des professions réglementées, ainsi que les enquêtes et les poursuites en la matière » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 31 bis 37).

B.9.1.1. Der Ministerrat führt an, dass der erste Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 unzulässig sei, da die Verpflichtung, in den Einrichtungen der Klasse IV eine EPIS-Kontrolle durchzuführen, keine Neuheit der angefochtenen Bestimmung sei.

B.9.1.2. Damit die Voraussetzungen des Artikels 3 § 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfüllt sind, muss eine Nichtigkeitsklage binnen einer Frist von sechs Monaten nach der Veröffentlichung der angefochtenen Norm eingereicht werden.

Wenn der Gesetzgeber eine alte Bestimmung in neue Rechtsvorschriften übernimmt und sich auf diese Weise deren Inhalt zu eigen macht, kann gegen die übernommene Bestimmung eine Klage binnen sechs Monaten nach ihrer Veröffentlichung eingereicht werden.

Wenn der Gesetzgeber sich jedoch auf eine rein gesetzgebungstechnische oder sprachliche Anpassung oder auf eine Koordination bestehender Bestimmungen beschränkt, wird nicht davon ausgegangen, dass er erneut Recht setzt, und sind die Beschwerdegründe *ratione temporis* unzulässig, sofern sie in Wirklichkeit gegen die bereits vorher vorhandenen Bestimmungen gerichtet sind.

Folglich ist zu prüfen, ob die Klage gegen neue Bestimmungen gerichtet ist oder ob sie nicht geänderte Bestimmungen betrifft.

B.9.1.3. Wie in B.8.2.3 erwähnt und wie aus den in B.8.3.2 zitierten Vorarbeiten hervorgeht, ist die Anwendung des Systems EPIS auf die Einrichtungen der Klasse IV keine durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 eingeführte Neuheit, sondern ergibt sich aus dem Gesetz vom 7. Mai 2019.

B.9.1.4. Jedoch betreffen die Beschwerdegründe der klagenden Partei nicht die Anwendung des Systems EPIS auf die vorerwähnten Einrichtungen an sich, sondern vielmehr den Umstand, dass das System EPIS in diesen Einrichtungen die Daten von Personen, denen die Teilnahme an Glücksspielen wegen ihres Berufs aufgrund von Artikel 54 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 untersagt ist, und die Daten von Personen, denen aufgrund eines Beschlusses der Kommission für Glücksspiele nach Artikel 54 §§ 3 und 4 desselben Gesetzes der Zugang verweigert wird, gleich behandeln würde, was die Personen, die unter die erste Kategorie fallen, daran hindern würde, Zugang zu diesen Einrichtungen zu erhalten.

Die Kritik der klagenden Parteien ist also so zu verstehen, dass sie sich auf bestimmte Modalitäten des Systems EPIS bezieht, nämlich zum einen darauf, dass zum Zeitpunkt der EPIS-Kontrolle gegebenenfalls nur die Zugangsverweigerung oder das Verbot der Teilnahme an Glücksspielen mitgeteilt wird, und zum anderen darauf, dass das System EPIS den Beruf der betroffenen Person nicht erfasst.

B.9.1.5. Wie in B.8.2.5 erwähnt, war die Funktionsweise der EPIS-Kontrolle vor dem Gesetz vom 7. Mai 2024 teilweise durch den königlichen Erlass vom 15. Dezember 2004 « über die Einrichtung eines Verarbeitungssystems für Daten in Bezug auf die Spieler, denen der Zugang zu Spielsälen von Glücksspieleinrichtungen der Klasse I, der Klasse II und zu den

ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV verweigert wird» geregelt, der unter anderem die Daten präzisierte, die zum Zeitpunkt der Kontrolle mitgeteilt werden.

Nach dem Gesetz vom 7. Mai 2024 ist die Funktionsweise der EPIS-Kontrolle nunmehr im Gesetz vom 7. Mai 1999 bestimmt und der vorerwähnte königliche Erlass wurde aufgehoben. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigte der Gesetzgeber auch, bestimmte Modalitäten der Funktionsweise des Systems EPIS abzuändern. Insbesondere ist der Beruf der betroffenen Personen keine in diesem System in Anwendung von Artikel 55 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 verarbeitete Angabe mehr, wie aus den in B.8.4.2 wiedergegebenen Vorarbeiten hervorgeht.

B.9.1.6. Somit ist davon auszugehen, dass sich der erste Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 auf neue Bestimmungen bezieht. Die Einrede der Unzulässigkeit wird abgewiesen.

B.9.2.1. Wie in B.2.9 erwähnt, ist bestimmten Personen in Anwendung von Artikel 54 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 wegen ihres Berufs der Zugang zu und die Teilnahme an bestimmten Glücksspielen untersagt. Es handelt sich um Magistrate, Notare, Gerichtsvollzieher und Mitglieder der Polizeidienste außerhalb der Ausübung ihres Amtes. Für diese Berufe ist der Zugang zu Spielsälen von Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II ebenso wie die Teilnahme an Glücksspielen im Sinne des Gesetzes vom 7. Mai 1999, für die eine Registrierungspflicht besteht, mit Ausnahme von Wetten untersagt.

Daraus folgt, dass Angehörige der vorerwähnten Berufe insbesondere Zugang zu Einrichtungen der Klasse IV erhalten und Wetten abschließen dürfen.

B.9.2.2. Aus den Artikeln 54/1 § 1 Absatz 2 Nr. 2 und 55 § 1 Absatz 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 geht hervor, dass einer der mit dem System EPIS verfolgten Zwecke die Überprüfung ist, ob die Person, die an einem Glücksspiel teilnehmen möchte, nicht Gegenstand eines Verbots oder einer Zugangsverweigerung auf der Grundlage von Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ist.

Zu den in Artikel 54 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Personen ist in den in B.8.4.2 wiedergegebenen Vorarbeiten präzisiert, dass es nicht erforderlich ist, dass

das System EPIS den betreffenden Beruf erfasst, da dieses System nach « Art der Zugangsverweigerung » auf der Grundlage einer Datei, die täglich von den zuständigen Regierungsdiensten bereitgestellt wird, funktioniert, wobei die Datei des Vortages systematisch überschrieben und aus dem System EPIS gelöscht wird, sodass das genaue Datum des Beginns des Verbots nicht bekannt ist.

B.9.2.3. Für den Fall, dass das System EPIS nach « Art der Zugangsverweigerung » funktioniert und dass die Daten der Personen, denen die Teilnahme an bestimmten Glücksspielen wegen ihres Berufs untersagt ist, in einer besonderen täglichen Datei erfasst werden, hindert die Existenz einer EPIS-Kontrolle die vorerwähnten Personen nicht daran, Zugang zu Einrichtungen der Klasse IV zu erhalten oder Wetten abzuschließen.

Jedenfalls sind diese Modalitäten nicht im Gesetz vom 7. Mai 1999 in der durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 abgeänderten Fassung vorgesehen.

B.9.2.4. In Anwendung von Artikel 55 § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 obliegt es dem König, die technischen Modalitäten des Systems EPIS vorzusehen.

Weder Artikel 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 noch irgendeine andere Verfassungs- oder Gesetzesbestimmung verleiht dem Gerichtshof die Befugnis, über die Ausführungsmodalitäten einer gesetzlichen Bestimmung zu entscheiden.

Es ist Sache des ordentlichen Richters und der Verwaltungstreitsachenabteilung des Staatsrates, gegebenenfalls zu kontrollieren, wie die Ermächtigung in Artikel 55 § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 umgesetzt wurde, und bei dieser Gelegenheit zu prüfen, ob die vom König vorgesehenen technischen Modalitäten es den in B.9.2.1 erwähnten Personen tatsächlich gemäß Artikel 54 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ermöglichen, Zugang zu den Einrichtungen der Klasse IV zu erhalten und Wetten abzuschließen.

B.9.3. Der erste Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 ist unbegründet.

B.10.1. Im zweiten und dritten Teil des ersten Klagegrunds führt die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 8356 an, dass die von den Artikeln 16 und 17 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 vorgesehene Aufbewahrung von Daten für eine Dauer von fünf Jahren ab dem

Enddatum der Zugangsverweigerung für den Spieler beziehungsweise dem Datum der Abfrage des Systems EPIS im Hinblick auf die vom System EPIS und der EPIS-Protokolldatei verfolgten Zwecke nicht vernünftig gerechtfertigt sei.

Angesichts ihres gegenseitigen Zusammenhangs prüft der Gerichtshof diese Teile zusammen.

B.10.2. Aus den in B.7.1 bis B.7.11 zitierten Kontrollnormen geht hervor, dass eine Gesetzesbestimmung die maximale Dauer der Aufbewahrung der personenbezogenen Daten festlegen muss und dass diese Dauer im Hinblick auf die Zwecke der Verarbeitung in Anwendung des Grundsatzes der Datenminimierung vernünftig gerechtfertigt sein muss.

B.10.3.1. In seinem Entscheid Nr. 177/2021 vom 9. Dezember 2021 (ECLI:BE:GHCC:2021:ARR.177) hat der Gerichtshof bei der Prüfung eines Klagegrunds, der gegen die Ausdehnung des Anwendungsbereichs von Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 auf ortsfeste Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV gerichtet war, geurteilt, dass die fehlende Festlegung einer Höchstdauer für die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten, die in diesem Artikel erwähnten Zugangsregister eingetragen sind, und einer Höchstdauer für die Aufbewahrung der Kopie des Dokuments, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat, durch den Gesetzgeber gegen Artikel 22 der Verfassung verstößt:

« B.53.5. In der angefochtenen Bestimmung [Artikel 31 des Gesetzes vom 7. Mai 2019] ist jedoch keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten vorgesehen, die in dem in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Register eingetragen sind. Außerdem sieht sie keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der Kopie des Dokuments vor, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat, da in Artikel 62 Absatz 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 nur eine Mindestdauer für die Aufbewahrung von fünf Jahren nach der letzten Teilnahme an einem Glücksspiel vorgesehen ist.

B.54. Artikel 31 des Gesetzes vom 7. Mai 2019 verstößt gegen Artikel 22 der Verfassung, insofern er keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten vorsieht, die in dem in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Register eingetragen sind, und insofern er keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der Kopie des Dokuments vorsieht, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat ».

Daher hat der Gerichtshof Artikel 31 des Gesetzes vom 7. Mai 2019 für nichtig erklärt, « aber nur insoweit er keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten vorsieht, die in dem in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ‘ über die Glücksspiele, die

Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler ' erwähnten Register eingetragen sind, und insoweit er keine Höchstdauer für die Aufbewahrung der Kopie des Dokuments, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat, vorsieht ».

B.10.3.2. Nach diesem Entscheid hat der Gesetzgeber Artikel 41 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 « für eine humanere, schnellere und strengere Justiz II » (nachstehend: Gesetz vom 30. Juli 2022) angenommen. Artikel 62 Absatz 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, eingefügt durch Artikel 41 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2022, und Artikel 62 Absatz 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, abgeändert durch Artikel 41 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2022, sahen jeweils vor, dass die Dauer der Aufbewahrung der personenbezogenen Daten, die in dem Zugangsregister eingetragen sind, und die Höchstdauer für die Aufbewahrung der Kopie des Dokuments, das zur Identifizierung des Spielers gedient hat, zehn Jahre nach der letzten Teilnahme der betreffenden Person an einem Glücksspiel betragen.

In seinem Entscheid Nr. 154/2023 vom 23. November 2023 (ECLI:BE:GHCC:2023:ARR.154) hat der Gerichtshof geurteilt, dass eine solche Frist für die Speicherung der Daten gegen Artikel 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, mit den Artikeln 7 und 8 der Charta und mit Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e der DSGVO verstößt.

« B.32. [...] Laut den Vorarbeiten [des Gesetzes vom 30. Juli 2022] wird mit der von der angefochtenen Bestimmung vorgesehenen Dauer der Aufbewahrung eine Vereinheitlichung mit der Dauer der Aufbewahrung von zehn Jahren, die in Artikel 60 des Gesetzes vom 18. September 2017 ' zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Beschränkung der Nutzung von Bargeld ' (nachstehend: Gesetz vom 18. September 2017) vorgesehen ist, angestrebt:

' La durée maximale de conservation des données d'une part et de la copie de la pièce ayant servi à l'identification du joueur d'autre part est fixée à 10 ans. De cette manière, la durée de conservation est harmonisée, et permet de respecter les délais de conservation légaux prévus par l'article 60 de la loi 18 septembre 2017 [...] relative à la prévention du blanchiment de capitaux et du financement du terrorisme et à la limitation de l'utilisation des espèces ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 2021-2022, DOC 55-2774/001, S. 51).

B.33. Die Verhältnismäßigkeit der Dauer der Aufbewahrung ist anhand des Zwecks, zu dem die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, zu beurteilen.

Wie in B.13 erwähnt, hat die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten über den Spieler in dem in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Zugangsregister und der Kopie des Dokuments, das zu dessen Identifizierung gedient hat, im vorliegenden Fall den

Zweck, es der Kommission für Glücksspiele zu ermöglichen, nachträglich zu überprüfen, ob die Abfragen des Systems EPIS zu den Spielern, die die Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II und die ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV besuchen, tatsächlich durchgeführt wurden.

Das in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnte Zugangsregister hat nicht den Zweck, die Geldwäsche zu bekämpfen. Der Zweck der Bekämpfung der Geldwäsche wird von den Pflichten, die den Betreibern von Glücksspieleinrichtungen als ' Verpflichtete ' durch das Gesetz vom 18. September 2017 auferlegt werden - die nicht die gleichen wie die in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 vorgesehenen Pflichten sind -, verfolgt (siehe unter anderem die Artikel 21, 26, 27 und 60 dieses Gesetzes).

Daraus folgt, dass mit der angestrebten Vereinheitlichung mit der in Artikel 60 des Gesetzes vom 18. September 2017 vorgesehenen Dauer der Aufbewahrung eine Dauer der Aufbewahrung von zehn Jahren in Bezug auf das in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnte Zugangsregister nicht vernünftig gerechtfertigt werden kann.

B.34. Verstöße gegen die Artikel 54 und 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 können mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis drei Jahren und/oder mit einer strafrechtlichen Geldstrafe von 26 Euro bis 25 000 Euro, zuzüglich Zuschlagzehnteln, belegt werden (Artikel 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999). Da diese Verstöße so mit einer Korrekionalstrafe belegt werden und somit Vergehen sind, beträgt die anwendbare Verjährungsfrist fünf Jahre (Artikel 21 Absatz 1 Nr. 4 des einleitenden Titels des Strafprozessgesetzbuches). Als alternative Strafe können Verstöße gegen die Artikel 54 und 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 mit einer administrativen Geldbuße belegt werden (Artikel 15/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999); in diesem Fall beträgt die anwendbare Verjährungsfrist ebenfalls fünf Jahre (Artikel 15/3 § 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1999).

Da das Zugangsregister bezweckt, es der Kommission für Glücksspiele zu ermöglichen, die korrekte Anwendung des Systems EPIS zu kontrollieren und da der Gesetzgeber vorgesehen hat, dass Verstöße gegen die Artikel 54 und 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 in fünf Jahren verjähren, geht die Dauer von zehn Jahren, während der die personenbezogenen Daten über den Spieler und die Kopie des Dokuments, das zu dessen Identifizierung gedient hat, in dem Zugangsregister aufbewahrt werden müssen, über das Notwendige im Hinblick auf den verfolgten Zweck hinaus ».

Der Gerichtshof hat deshalb Artikel 41 Nrn. 1 und 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2022 für nichtig erklärt.

B.10.4.1. Wie in B.8.4.1 erwähnt, sind die Zwecke des Systems EPIS in Anwendung von Artikel 55 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 folgende: 1. den betreffenden Inhabern von Lizenzen zu ermöglichen, sich zu vergewissern, dass Personen, die sich einfinden, um Zugang zum Spielsaal ihrer Einrichtung zu erhalten oder um an Glücksspielen teilzunehmen, nicht gemäß Artikel 54 §§ 2 bis 4 desselben Gesetzes der Zugang verweigert oder die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist; 2. der Kommission für Glücksspiele zu ermöglichen,

Anträge auf Zugangsverweigerung oder Rücknahme der Verweigerung des Zugangs zu Glücksspielen und gegebenenfalls damit verbundene Streitigkeiten zu bearbeiten und 3. Verstöße gegen das Gesetz vom 7. Mai 1999 und seine Ausführungserlasse zu ermitteln und festzustellen.

B.10.4.2. Die Zwecke der EPIS-Protokolldatei sind in Anwendung von Artikel 55/2 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, wie in B.8.5.1 erwähnt, folgende: 1. die Überprüfung der Einhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Zugangskontrolle am Eingang des Spielsaals oder für die Teilnahme an Glücksspielen durch die Lizenzinhaber zu ermöglichen und 2. mögliche zweifelhafte EPIS-Abfragen zu erkennen und zurückzuverfolgen.

B.10.5.1. In den in B.8.4.2 wiedergegebenen Vorarbeiten ist präzisiert, dass die Aufbewahrung für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Ende der Zugangsverweigerung für den Spieler, die für die Daten des Systems EPIS vorgesehen ist, ermöglicht, ein Suchtverhalten zu erkennen, da die Kommission für Glücksspiele sich auf die fünf letzten Jahre stützt, um das Verhalten der Spieler zu analysieren.

Zudem geht aus den in B.8.5.2 zitierten Vorarbeiten hervor, dass die Dauer der Aufbewahrung der Daten von fünf Jahren ab der Abfrage des Systems EPIS bezweckt, den Aufsichtsbehörden zu ermöglichen, ihre Aufträge zu erfüllen und gegebenenfalls die Verwendung falscher Identitätsdokumente durch Spieler, denen der Zugang verweigert ist, festzustellen.

B.10.5.2. Außerdem ist festzustellen, dass in Anwendung von Artikel 4 §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, abgeändert durch den nicht angefochtenen Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, und von Artikel 15/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der in diesem Punkt durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 nicht abgeändert wurde, eine administrative Geldbuße von der Kommission für Glücksspiele verhängt werden kann gegen die Person, die personenbezogene Daten, die ihr nicht gehören, verwendet, um Zugang zu einer Glücksspieleinrichtung zu erhalten oder an einem Glücksspiel teilzunehmen, gegen die Person, die einer anderen Person personenbezogene Daten zur Verfügung stellt, wenn ihr bekannt ist, dass diese Daten verwendet werden, um Zugang zu einer Glücksspieleinrichtung zu erhalten oder an einem Glücksspiel teilzunehmen, und gegen die Person, die Personen, denen der Zugang zu einer Glücksspieleinrichtung oder die Teilnahme an Glücksspielen in Anwendung

von Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 untersagt ist, diesen Zugang oder diese Teilnahme erlaubt.

Gemäß Artikel 15/3 § 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 nicht abgeändert wurde, « [kann] [d]er Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße [...] fünf Jahre nach der Tat, die einen der in vorliegendem Gesetz festgelegten Verstöße ausmacht, nicht mehr gefasst werden ».

B.10.6. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass die Frist von fünf Jahren, die für die Aufbewahrung der Daten vorgesehen ist, es der Kommission für Glücksspiele ermöglicht, Anträge auf Zugangsverweigerung oder Rücknahme der Verweigerung des Zugangs zu bearbeiten, was in Anwendung von Artikel 54 § 3 Nr. 4 und § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 einer ihrer Aufträge ist.

Eine solche Frist ermöglicht es zudem, die Einhaltung von Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 zu kontrollieren und gegebenenfalls gegen Zuwiderhandelnde eine administrative Geldbuße zu verhängen, für die die geltende Verjährungsfrist genau fünf Jahre ab der Tat beträgt.

B.10.7. Insofern sie eine Aufbewahrungsfrist der personenbezogenen Daten von fünf Jahren vorsehen, sind die Artikel 16 und 17 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 somit im Hinblick auf die in B.7.1 bis B.7.11 zitierten Kontrollnormen vernünftig gerechtfertigt.

Der zweite und der dritte Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 sind unbegründet.

B.11.1. Der vierte Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 bezieht sich auf die Möglichkeit einer Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten der EPIS-Protokolldatei in Anwendung von Artikel 55/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, eingefügt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 7. Mai 2024. Die klagende Partei führt an, dass diese Verarbeitung unter Berücksichtigung von Artikel 6 Absatz 4 der DSGVO nicht vernünftig gerechtfertigt sei, insbesondere insofern keine maximale Speicherfrist für die betreffenden Daten vorgesehen sei.

B.11.2. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der DSGVO sieht vor, dass personenbezogene Daten nicht auf eine Weise verarbeitet werden dürfen, die mit den Zwecken, für die sie gesammelt wurden, unvereinbar ist.

Artikel 6 Absatz 4 der DSGVO erlaubt es allerdings, personenbezogene Daten für einen anderen Zweck als den zu verarbeitet, für den sie ursprünglich gesammelt wurden, sofern dieser Zweck in einer Gesetzesbestimmung vorgesehen ist, die in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme zum Schutz der in Artikel 23 Absatz 1 der DSGVO genannten Ziele darstellt.

Artikel 23 Absatz 1 der DSGVO bestimmt:

« Durch Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter unterliegt, können die Pflichten und Rechte gemäß den Artikeln 12 bis 22 und Artikel 34 sowie Artikel 5, insofern dessen Bestimmungen den in den Artikeln 12 bis 22 vorgesehenen Rechten und Pflichten entsprechen, im Wege von Gesetzgebungsmaßnahmen beschränkt werden, sofern eine solche Beschränkung den Wesensgehalt der Grundrechte und Grundfreiheiten achtet und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme darstellt, die Folgendes sicherstellt:

- a) die nationale Sicherheit;
- b) die Landesverteidigung;
- c) die öffentliche Sicherheit;
- d) die Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder die Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit;
- e) den Schutz sonstiger wichtiger Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats, insbesondere eines wichtigen wirtschaftlichen oder finanziellen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats, etwa im Währungs-, Haushalts- und Steuerbereich sowie im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der sozialen Sicherheit;
- f) den Schutz der Unabhängigkeit der Justiz und den Schutz von Gerichtsverfahren;
- g) die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen die berufsständischen Regeln reglementierter Berufe;
- h) Kontroll-, Überwachungs- und Ordnungsfunktionen, die dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt für die unter den Buchstaben a bis e und g genannten Zwecke verbunden sind;

- i) den Schutz der betroffenen Person oder der Rechte und Freiheiten anderer Personen;
- j) die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche ».

Im 50. Erwägungsgrund der DSGVO heißt es:

«Die Verarbeitung personenbezogener Daten für andere Zwecke als die, für die die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, sollte nur zulässig sein, wenn die Verarbeitung mit den Zwecken, für die die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, vereinbar ist. In diesem Fall ist keine andere gesonderte Rechtsgrundlage erforderlich als diejenige für die Erhebung der personenbezogenen Daten. Ist die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, so können im Unionsrecht oder im Recht der Mitgliedstaaten die Aufgaben und Zwecke bestimmt und konkretisiert werden, für die eine Weiterverarbeitung als vereinbar und rechtmäßig erachtet wird. Die Weiterverarbeitung für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke sollte als vereinbar und rechtmäßiger Verarbeitungsvorgang gelten. Die im Unionsrecht oder im Recht der Mitgliedstaaten vorgesehene Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten kann auch als Rechtsgrundlage für eine Weiterverarbeitung dienen. Um festzustellen, ob ein Zweck der Weiterverarbeitung mit dem Zweck, für den die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, vereinbar ist, sollte der Verantwortliche nach Einhaltung aller Anforderungen für die Rechtmäßigkeit der ursprünglichen Verarbeitung unter anderem prüfen, ob ein Zusammenhang zwischen den Zwecken, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, und den Zwecken der beabsichtigten Weiterverarbeitung besteht, in welchem Kontext die Daten erhoben wurden, insbesondere die vernünftigen Erwartungen der betroffenen Person, die auf ihrer Beziehung zu dem Verantwortlichen beruhen, in Bezug auf die weitere Verwendung dieser Daten, um welche Art von personenbezogenen Daten es sich handelt, welche Folgen die beabsichtigte Weiterverarbeitung für die betroffenen Personen hat und ob sowohl beim ursprünglichen als auch beim beabsichtigten Weiterverarbeitungsvorgang geeignete Garantien bestehen.

Hat die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt oder beruht die Verarbeitung auf Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten, was in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme zum Schutz insbesondere wichtiger Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses darstellt, so sollte der Verantwortliche die personenbezogenen Daten ungeachtet der Vereinbarkeit der Zwecke weiterverarbeiten dürfen. In jedem Fall sollte gewährleistet sein, dass die in dieser Verordnung niedergelegten Grundsätze angewandt werden und insbesondere die betroffene Person über diese anderen Zwecke und über ihre Rechte einschließlich des Widerspruchsrechts unterrichtet wird. Der Hinweis des Verantwortlichen auf mögliche Straftaten oder Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit und die Übermittlung der maßgeblichen personenbezogenen Daten in Einzelfällen oder in mehreren Fällen, die im Zusammenhang mit derselben Straftat oder derselben Bedrohung der öffentlichen Sicherheit stehen, an eine zuständige Behörde sollten als berechtigtes Interesse des Verantwortlichen gelten. Eine derartige Übermittlung personenbezogener Daten im berechtigten Interesse des Verantwortlichen oder deren Weiterverarbeitung sollte jedoch unzulässig sein, wenn die Verarbeitung mit einer rechtlichen, beruflichen oder sonstigen verbindlichen Pflicht zur Geheimhaltung unvereinbar ist ».

B.11.3. Erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem diese Daten erhoben wurden, ergibt sich aus Artikel 6 Absatz 4 in Verbindung mit dem 50. Erwägungsgrund der DSGVO, dass eine solche Verarbeitung insbesondere dann zulässig ist, wenn sie auf dem Recht eines Mitgliedstaats beruht und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme zum Schutz eines der in Artikel 23 Absatz 1 der DSGVO genannten Ziele darstellt. Wie es im 50. Erwägungsgrund heißt, ist der Verantwortliche zum Schutz dieser wichtigen Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses somit berechtigt, die personenbezogenen Daten ungeachtet dessen weiterzuverarbeiten, ob sich die Verarbeitung mit den Zwecken, für die die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, vereinbaren ließ (EuGH, 2. März 2023, C-268/21, *Norra Stockholm Bygg AB*, ECLI:EU:C:2023:145, Randnr. 33).

B.11.4. In Anwendung von Artikel 55/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 können die Daten der EPIS-Protokolldatei – das heißt die in Artikel 55/2 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Daten – « weiterverarbeitet werden ». In diesem Zusammenhang weicht der Gesetzgeber, wie der Ministerrat hervorhebt, nicht von dem in Artikel 55/2 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 festgelegten Grundsatz ab, dass diese Daten für eine Dauer von fünf Jahren ab der Abfrage des Systems EPIS aufbewahrt werden.

Wie aus ihrem Wortlaut hervorgeht, ist die angefochtene Bestimmung, insoweit sie auf eine Weiterverarbeitung Bezug nimmt, so zu verstehen, dass sie gemäß Artikel 6 Absatz 4 und 23 Absatz 1 der DSGVO eine Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck erlaubt als zu demjenigen, zu dem sie ursprünglich erhoben wurden.

B.11.5.1. Außerdem konnte der Gesetzgeber, wie die in B.8.6.2 wiedergegebenen Vorarbeiten hervorheben, den Standpunkt vertreten, dass die angefochtene Weiterverarbeitung im Hinblick auf die in Artikel 23 Absatz 1 der DSGVO erwähnten Ziele vernünftig gerechtfertigt ist.

B.11.5.2. Die in Artikel 55/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erwähnten Daten sind die Daten, die in Artikel 55/2 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 aufgezählt sind. Diese ermöglichen es, den Zeitpunkt, den Zweck und das Ergebnis der EPIS-Kontrolle zu bestimmen (Artikel 55/2 § 2 Absatz 1 Nrn. 1, 5 und 6) und die Identität des betreffenden Spielers (Nr. 2

und 7) sowie den Inhaber der Lizenz, der das System EPIS abgefragt hat, (Nr. 3 und 4) festzustellen.

B.11.5.3. Bezüglich Artikel 55/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ist die Weiterverarbeitung dieser Daten erforderlich, damit die Kommission für Glücksspiele überprüfen kann, ob die Lizenzinhaber die Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen, die sich aus Artikel 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ergeben, und damit sie Anträge auf Zugangsverweigerung bearbeiten kann, indem sie anhand der Anzahl der Identifizierungen im System EPIS bewertet, ob ein Spieler Suchtrisiken aufweist, was es erfordert, die Häufigkeit der Teilnahme an einem Glücksspiel, also den Zeitpunkt und den Ort dieser Teilnahme, festzustellen.

Damit bewegt sich der Gesetzgeber im Rahmen der in Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben *e)* und *i)* der DSGVO erwähnten Ziele, nämlich die Bekämpfung der Spielsucht, die insbesondere ein Interesse der öffentlichen Gesundheit ist, und der Schutz des betroffenen Spielers sowie seines Umfelds.

B.11.5.4. Was Artikel 55/3 § 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 betrifft, ermöglicht die Weiterverarbeitung der Daten der EPIS-Protokolldatei den Polizeidiensten die für die Verfolgung der in Artikel 90ter §§ 2 bis 4 des Strafprozessgesetzbuches erwähnten Straftaten notwendigen Ermittlungen durchzuführen. Aus den vorerwähnten Vorarbeiten geht hervor, dass der Gesetzgeber die Tragweite dieser Maßnahme auf die Ermittlung der schwersten Straftaten beschränken wollte, nämlich der Straftaten mit Bezug zur organisierten Kriminalität, die Verbindungen zum Glücksspielsektor aufweist, und dass er dazu die verarbeiteten Datenkategorien beschränkt hat, da nur die in Artikel 55/2 § 2 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 aufgeführten Daten betroffen sind. Zudem zeigen die in denselben Vorarbeiten genannten Beispiele, dass die Verarbeitung der Daten der EPIS-Protokolldatei im Hinblick auf diesen Zweck erforderlich ist, insbesondere um die Zuverlässigkeit der Indikatoren zu überprüfen.

Bezüglich Artikel 55/3 § 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ist die vorerwähnte Verarbeitung erforderlich, um es dem Ständigen Ausschuss P und der Generalinspektion der föderalen Polizei und der lokalen Polizei zu ermöglichen, ihre Untersuchungen in Bezug auf Mitglieder der Polizeidienste, die Glücksspieleinrichtungen besuchen, in Anwendung anderer

Bestimmungen, und zwar Artikel 27 des Gesetzes vom 18. Juli 1991 und Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Mai 2007 durchzuführen, wie die vorerwähnten Vorarbeiten hervorheben.

Diese Zwecke entsprechen den in Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben *d)* und *g)* der DSGVO erwähnten Zielen, nämlich zum einen der Verhütung und Ermittlung von schweren Straftaten, die eine Verbindung zum Glücksspielsektor aufweisen, und zum anderen der Verhütung und Ermittlung von Verstößen gegen die berufsständischen Regeln der Mitglieder der Polizeidienste.

B.11.5.5. Darüber hinaus sind die vorerwähnten Behörden und Dienste, wenn sie tatsächlich eine Weiterverarbeitung der Daten des EPIS-Protokolls im Rahmen der von Artikel 55/3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 festgelegten Zwecke vornehmen, zur Einhaltung der in B.7.1 bis B.7.11 genannten Kontrollnormen, insbesondere des sich daraus ergebenden Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, unter der Kontrolle des zuständigen Richters, verpflichtet.

B.11.6. Der vierte Teil des ersten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8356 ist unbegründet.

#### *In Bezug auf das Legalitätsprinzip in Strafsachen*

B.12.1. Der dritte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 ist aus einem Verstoß gegen die Artikel 12 Absatz 2 und 14 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention, abgeleitet.

Die klagende Partei führt an, dass bei den in Artikel 15/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, abgeändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, erwähnten administrativen Sanktionen und bei den in Artikel 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, abgeändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, erwähnten Straftaten das Legalitätsprinzip in Strafsachen sowohl in seinen formellen Aspekten (erster Teil) als auch in seinen materiellen Aspekten (zweiter Teil) missachtet werde.

B.12.2. Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8361 ist aus einem Verstoß gegen einerseits die Artikel 12 und 14 der Verfassung und andererseits die Artikel 33, 36, 37, 105 und 108 der Verfassung in Verbindung mit deren Artikel 10 und 11 abgeleitet.

Die klagenden Parteien führen an, dass Artikel 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, abgeändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, einen Verstoß gegen Artikel 61 Absätze 2 und 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der das Verbot der Werbung für Glücksspiele vorsehe, unter Strafe stelle, ohne dass die wesentlichen Elemente dieser Straftat im Gesetz festgelegt seien, in Anbetracht der Ermächtigung des Königs in Anwendung von Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 festgelegt seien. Das Legalitätsprinzip in Strafsachen werde sowohl in seinen formellen Aspekten als auch in seinen materiellen Aspekten ebenso wie die Bestimmungen, die die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der gesetzgebenden Gewalt und der ausführenden Gewalt regelten, verletzt.

B.13.1. Der Ministerrat führt an, dass die Beschwerdegründe unzulässig seien, da sie keine Neuheit des Gesetzes vom 7. Mai 2024 betreffen.

B.13.2. Wie in B.9.1.2 erwähnt, kann eine Klage, wenn der Gesetzgeber eine alte Bestimmung in neue Rechtsvorschriften übernimmt und sich auf diese Weise deren Inhalt zu eigen macht, gegen die übernommene Bestimmung binnen sechs Monaten nach ihrer Veröffentlichung eingereicht werden; wenn der Gesetzgeber sich jedoch auf eine rein gesetzgebungstechnische oder sprachliche Anpassung oder auf eine Koordination bestehender Bestimmungen beschränkt, wird nicht davon ausgegangen, dass er erneut Recht setzt, und die Beschwerdegründe sind *ratione temporis* unzulässig, sofern sie in Wirklichkeit gegen die bereits vorher vorhandenen Bestimmungen gerichtet sind.

Es ist daher zu prüfen, ob die Beschwerdegründe gegen neue Bestimmungen gerichtet sind oder ob sie nicht abgeänderte Bestimmungen betreffen.

B.14.1. Vor seiner Abänderung durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 bestimmte Artikel 15/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999:

« Unbeschadet der in Artikel 15/2 vorgesehenen Maßnahmen erlegt die Kommission bei Verstoß gegen die Artikel 4, 8, 26, 27, 43/1, 43/2, 43/2/1, 43/3, 43/4, 43/8, 46, 54, 58, 60 und

62 und gegen die in Ausführung dieser Artikel und des Artikels 61 Absatz 2 erlassenen Bestimmungen und unter den in Artikel 15/1 § 1 festgelegten Bedingungen den Tätern eine administrative Geldbuße auf ».

Infolge seiner Abänderung durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 verweist Artikel 15/3 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 nunmehr auf « Artikel 4, 8, 26, 27, 43/1, 43/2, 43/2/1, 43/3, 43/4, 43/8, 46, 58, 60, 61 Absatz 2 und 3 [des Gesetzes vom 7. Mai 1999] und [...] gegen die in Ausführung dieser Artikel erlassenen Bestimmungen ». In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 heißt es diesbezüglich:

« Conformément à l'article 15/3, paragraphe 1er, de loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les paris, les établissements de jeux de hasard et la protection des joueurs, la Commission des jeux de hasard impose une amende administrative aux auteurs d'infractions à certains articles de la loi.

L'article 61, ali[néa] 3, de la loi sur les jeux de hasard est ajouté à la liste des articles pour lesquels la Commission des jeux de hasard peut infliger une amende administrative. Cet article concerne l'obligation pour les établissements de jeux de hasard de toujours placer et maintenir, à la disposition du public à un endroit visible, les dépliants mis à leur disposition par la Commission des jeux de hasard contenant des informations sur la dépendance au jeu, le numéro d'appel du service d'aide 0800 ainsi que les adresses des personnes chargées de porter assistance. En cas de violation de cette disposition, les seules sanctions applicables à l'heure actuelle sont, en application de l'article 15/2 de la loi, des avertissements, une suspension ou une révocation de la licence pour une période déterminée et une interdiction provisoire ou définitive de l'exploitation d'un ou de plusieurs jeux de hasard.

La modification permet à la Commission des jeux de hasard d'imposer une amende administrative en cas d'infraction à cette disposition. Elle résulte aussi de la modification apportée à l'article 64 de la loi (cf. *infra*).

L'article 62 de la loi, relatif au registre d'accès que les exploitants des établissements de jeux de hasard doivent tenir en vue d'identifier les joueurs[,] est abrogé (cf. *infra*). Par conséquent, il est supprimé de la liste des cas dans [lesquels] la Commission des jeux de hasard peut prononcer une amende administrative.

Il faut noter aussi que cette liste comprend l'article 4 dans son ensemble et que dès lors, les nouveaux comportements interdits visés par l'article 4, §§ 4 et 5, peuvent également faire l'objet d'une amende administrative. Par ailleurs l'article 54 est supprimé de la liste car le renvoi à l'article 4, § 5, est suffisant. Alors que l'article 54 oblige les titulaires de licence à identifier correctement les joueurs et les visiteurs et à leur refuser l'accès en cas d'exclusion, l'article 4, paragraphe 5, érige en infraction pénale tout manquement à cette obligation » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 9 und 10).

B.14.2. Vor seiner Abänderung durch Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 bestimmte Artikel 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999:

« Wer als Täter gegen die Bestimmungen der Artikel 4 § 2, 43/1, 43/2, 43/2/1, 43/3, 43/4, 43/8, 54, 60 und 62 und gegen die in Ausführung dieser Artikel und des Artikels 61 Absatz 2 erlassenen Bestimmungen verstößt, wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis drei Jahren und mit einer Geldstrafe von sechsundzwanzig bis fünfundzwanzigtausend Euro oder lediglich mit einer dieser Strafen belegt ».

Infolge seiner Abänderung durch Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, bestimmt Artikel 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 nunmehr, dass « wer als Täter gegen die Artikel 4 § 2, § 4 und § 5, 43/1, 43/2, 43/2/1, 43/3, 43/4, 60, 61 Absatz 2 und 3 und gegen die in Ausführung dieser Artikel ergangenen Erlasse verstößt, [...] mit einer Geldbuße von 26 bis 72.000 EUR belegt [wird] ». In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 heißt es diesbezüglich:

« Parallèlement à ce qui est prévu par la modification de l'article 15/3, § 1er, de la loi sur les jeux de hasard, l'article 61, alinéa 3, de [la] loi qui prévoit l'obligation pour les établissements de jeux de hasard de toujours placer et maintenir, à la disposition du public à un endroit visible, des dépliants avec des informations sur les risques liés aux jeux et sur l'aide aux joueurs, est ajouté à la liste des articles pouvant faire l'objet d'une sanction pénale.

L'objectif est d'envoyer un signal aux titulaires de licences pour les responsabiliser davantage.

Comme déjà mentionné, actuellement, le défaut de mise à disposition des dépliants ne peut donner lieu qu'à une sanction administrative (art. 15/2, de la loi sur les jeux de hasard).

De même, l'article 4, §§ 4 et 5, de [la] loi qui interdit [...] la fraude à l'identité et le fait d'autoriser l'accès à [un] établissement de jeux de hasard et la participation à de[s] jeux de hasard à des personnes exclues, est ajouté à la liste des articles pouvant faire l'objet d'une sanction pénale.

En outre, pour les mêmes raisons que celle[s] évoquées pour la modification de l'article 63, la peine d'emprisonnement et/ou la peine d'amende est remplacée par une peine d'amende unique.

Le minimum de la peine d'amende reste au même niveau qu'actuellement, à savoir 26 euros. Le maximum de la peine d'amende est en revanche augmenté à 72.000 euros, en application de l'article 41bis du Code pénal.

Par ailleurs, dans un avis 72.862/1-2-3-4 du 24 février 2023, le Conseil d'État a émis des réserves sur l'application de peine[s] d'emprisonnement à l'encontre [d']auteurs d'infraction[s] aux dispositions prise[s] en exécution des articles visés à l'article 64 » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 42 und 43).

B.15.1. Die klagende Partei in der Rechtssache Nr. 8356 führt Beschwerdegründe gegen die Artikel 6 und 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 nur an, insofern sie auf die Artikel 8, 43/2, 43/2/1, 43/4 und 61 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 verweisen. Die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 8361 beschränken sich ihrerseits darauf, Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 zu beanstanden, insofern er auf Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 verweist.

B.15.2. Der Verweis durch die Artikel 15/3 § 1 und 64 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 auf die Artikel 8, 43/2, 43/2/1, 43/4 und 61 Absatz 2 desselben Gesetzes ist keine Neuheit des Gesetzes vom 7. Mai 2024, das im Übrigen die letztgenannten Bestimmungen nicht abändert. Zudem kann aus den in B.14.1 und in B.14.2 wiedergegebenen Vorarbeiten nicht geschlossen werden, dass der Gesetzgeber sich anlässlich des Gesetzes vom 7. Mai 2024 den Inhalt der alten Bestimmungen zu eigen machen wollte.

B.16. Der dritte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 und der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8361 sind unzulässig.

*In Bezug auf die für bestimmte Betreiber von Glücksspielen geltende Regelung*

B.17. Der Gerichtshof prüft nacheinander die Beschwerdegründe bezüglich der für die Nationallotterie geltenden Regelung (B.18.1 bis B.27), der für Pferderennbahnen geltenden Regelung (B.28.1 bis B.33) und der für Schankstätten geltenden Regelung (B.34.1 bis B.39).

*Nationallotterie*

B.18.1. Der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 ist aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung abgeleitet.

Die klagende Partei führt an, dass die Artikel 14 bis 20 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 zu einem Behandlungsunterschied zwischen den Einrichtungen der Klasse IV und der Nationallotterie führten, da Letztere nicht von der EPIS-Kontrolle für ihre Lotteriespiele,

darunter die auf ihrer Website angebotenen « Woohoo »-Spiele betroffen sei, was im Hinblick auf das verfolgte Ziel, die Spieler zu schützen, nicht vernünftig gerechtfertigt sei.

B.18.2.1. Der erste Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 ist aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung abgeleitet.

Die klagenden Parteien führen an, dass die Artikel 14 Nr. 1 und 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 die Identifizierung der Spieler über das System EPIS für in Zeitungsläden abgeschlossene Sportwetten für allgemein verbindlich erklärten, aber nicht für die an denselben Verkaufsstellen angebotenen Spiele der Nationallotterie, sodass die angefochtenen Bestimmungen zu einem Behandlungsunterschied führten, der im Hinblick auf das verfolgte Ziel, die Spieler zu schützen, nicht vernünftig gerechtfertigt sei.

B.18.2.2. Der vierte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit der Unternehmensfreiheit, gewährleistet durch die Artikel II.3 und II.4 des Wirtschaftsgesetzbuches, durch Artikel 6 § 1 VI Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (nachstehend: Sondergesetz vom 8. August 1980) und durch die Artikel 16 und 52 der Charta.

Nach Ansicht der klagenden Parteien sind die Artikel 5, 10 und 24 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 diskriminierend, insofern das darin vorgesehene Mindestalter von 21 Jahren auf die von der Nationallotterie angebotenen Lotteriespiele keine Anwendung finde.

B.19. Was den vierten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 betrifft, ist festzustellen, dass sich die Beschwerdegründe der klagenden Parteien auf einen Verstoß gegen den in den Artikeln 10 und 11 der Verfassung gewährleisteten Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung beschränken. Daher sind die Klagegründe unzulässig, insoweit sie aus einem Verstoß gegen die Artikel II.3 und II.4 des Wirtschaftsgesetzbuches, Artikel 6 § 1 VI Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 und die Artikel 16 und 52 der Charta abgeleitet sind.

B.20.1. Der Ministerrat macht außerdem mehrere Einreden der Unzulässigkeit geltend.

In Bezug auf den zweiten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 und den ersten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 führt er an, dass die Beschwerdegründe nicht auf die angefochtenen Bestimmungen, sondern auf frühere Gesetzesreformen zurückzuführen seien, da die Lotteriespiele vom Anwendungsbereich des Gesetzes vom 7. Mai 1999 seit dessen Annahme ausgenommen seien.

Was den vierten Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 betrifft, ist der Ministerrat der Auffassung, dass die Beschwerdegründe in Wirklichkeit gegen den nicht angefochtenen Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024, der das Mindestalter von 21 Jahren für die Teilnahme an einem Glücksspiel allgemein einführt, gegen Artikel 3*bis* des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der die Lotteriespiele vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausnimmt, und gegen Artikel 37/1 des Gesetzes vom 19. April 2002, der ein Mindestalter von 18 Jahren für die Teilnahme an einem Lotteriespiel festlegt, gerichtet seien.

B.20.2.1. Wie in B.2.3 erwähnt wurde, und in Anwendung von Artikel 3*bis* des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ist dieses Gesetz nicht auf die auf der Grundlage des Gesetzes vom 19. April 2002 organisierten öffentlichen Lotterien anwendbar, für die die Nationallotterie in Anwendung von Artikel 7 des letztgenannten Gesetzes ein Monopol hat.

Artikel 37/1 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. April 2002 bestimmt seinerseits, dass « die Teilnahme an den von der Nationallotterie organisierten öffentlichen Lotterien [...] Minderjährigen untersagt [ist] ».

B.20.2.2. Der Umstand, dass Glücksspiele und öffentliche Lotterien unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen unterliegen, kann den Gerichtshof nicht daran hindern, über einen Behandlungsunterschied zwischen den privaten Betreibern von Glücksspielen und der Nationallotterie, der die Folge der Änderung einer dieser beiden Regelungen wäre, zu befinden. Andernfalls wäre es *de facto* unmöglich, einen solchen Behandlungsunterschied im Rahmen einer Nichtigkeitsklage durch den Gerichtshof prüfen zu lassen.

B.20.3.1. Vor seiner Abänderung durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 bestimmte Artikel 54 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999:

« Der Zugang zu den Spielsälen von Glücksspieleinrichtungen der Klassen I und II ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt, mit Ausnahme der volljährigen Personalmitglieder der Glücksspieleinrichtungen an ihrem Arbeitsplatz. Der Zugang zu Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ist Minderjährigen untersagt.

Die Teilnahme an Glücksspielen in Glücksspieleinrichtungen der Klasse III und die Teilnahme an Glücksspielen und Wetten in Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ist Minderjährigen untersagt.

Dieses Verbot für Minderjährige gilt auch für die außerhalb der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV zugelassenen Wetten.

Die Teilnahme an Glücksspielen über Instrumente der Informationsgesellschaft, die keine Wetten sind, ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt. Die Teilnahme an Wetten über Instrumente der Informationsgesellschaft ist Minderjährigen untersagt.

Das Spielen an den in Artikel 43/4 § 2 Absatz 3 erwähnten Glücksspielautomaten in ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt ».

Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024 hat Artikel 54 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ersetzt, der nunmehr bestimmt:

« Der Zugang zu den Spielsälen von Glücksspieleinrichtungen der Klassen I, II und IV ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt, mit Ausnahme der volljährigen Personalmitglieder der Glücksspieleinrichtungen an ihrem Arbeitsplatz. Die Teilnahme an Glücksspielen in Glücksspieleinrichtungen der Klasse III ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt. Personen unter einundzwanzig Jahren ist es untersagt, an außerhalb der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV zugelassenen Wetten teilzunehmen. Die Teilnahme an Glücksspielen über Instrumente der Informationsgesellschaft ist Personen unter einundzwanzig Jahren untersagt ».

B.20.3.2. Die Artikel 5, 10 und 24 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 ändern jeweils die Artikel 15/2 §§ 2 und 3, 43/1 Absatz 1 und 65 Nr. 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ab, um im Rahmen der Sanktionen, die von der Kommission für Glücksspiele auferlegt werden können, der Verbote der Organisation von Wetten und der im Fall von Verstößen gegen mehrere Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Mai 1999 anwendbaren Strafen die Bezugnahmen auf Personen unter 18 Jahren und Minderjährige durch Bezugnahmen auf Personen unter 21 Jahren zu ersetzen.

In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 ist präzisiert, dass mit diesen Abänderungen der Ersetzung von Artikel 54 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024, der das Mindestalter von 21 Jahren für die Teilnahme an

Glücksspielen allgemein einführt, Rechnung getragen werden soll (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/002, SS. 8 bis 10). Es ist nämlich festzustellen, dass das Gesetz vom 18. Februar 2024 die Artikel 15/2 §§ 2 und 3, 43/1 Absatz 1 und 65 Nr. 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 nach dieser allgemeinen Einführung nicht abgeändert hatte.

B.20.3.3. Daraus folgt, dass die im Rahmen des vierten Klagegrunds in der Rechtssache Nr. 8362 angeführten Beschwerdegründe so zu verstehen sind, dass sie sich tatsächlich auf die Abänderung der Artikel 15/2 §§ 2 und 3, 43/1 Absatz 1 und 65 Nr. 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 durch das angefochtene Gesetz vom 7. Mai 2024 beziehen.

B.20.4. Die Einreden der Unzulässigkeit werden abgewiesen.

B.21.1. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.21.2. Der Gerichtshof prüft die angefochtenen Behandlungsunterschiede zusammen.

B.22.1. Im Wesentlichen wird der Gerichtshof durch die angefochtenen Behandlungsunterschiede gebeten, die Situation von Inhabern von Lizenzen für Glücksspiele, insbesondere Zeitungshändler, sofern sie Inhaber eine F2-Lizenz sind, und von Einrichtungen der Klasse IV mit der Situation der Nationallotterie zu vergleichen, deren Lotteriespiele weder von der Verpflichtung zur EPIS-Kontrolle, um die es in den Artikeln 14 bis 20 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 geht, noch von dem Mindestalter von 21 Jahren gemäß den Artikeln 5, 10 und 24 desselben Gesetzes betroffen sind.

B.22.2. Lotteriespiele und Glücksspiele bezwecken, als Gegenleistung für einen Einsatz eine Hoffnung auf einen Geldgewinn zu bieten. Sie können gegebenenfalls an denselben Stellen wie zum Beispiel Zeitungsläden angeboten werden.

Somit sind die vorerwähnten Inhaber von Glücksspiellizenzen und die Nationallotterie im Hinblick auf die angefochtenen Behandlungsunterschiede als vergleichbar anzusehen.

B.23. Die angefochtenen Bestimmungen dienen einem rechtmäßigen Ziel.

Wie aus den in B.3.1 und in B.8.3.2 wiedergegebenen Vorarbeiten hervorgeht, zielen die Artikel 14 bis 20 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 nämlich darauf ab, den Schutz der schutzbedürftigen Spieler zu verstärken, insbesondere indem die Bestimmungen über das System EPIS abgeändert werden und indem die EPIS-Kontrolle auf in Zeitungsläden angebotene Glücksspiele, die vorher nicht betroffen waren, ausgeweitet werden.

Außerdem ist das Mindestalter von 21 Jahren für die Teilnahme an einem Glücksspiel, die von den Artikeln 5, 10 und 24 desselben Gesetzes festgelegt wird, als Teil eines ähnlichen Ziels anzusehen, da in den Vorarbeiten zu Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024 präzisiert ist, dass dieses Mindestalter darauf abzielt, den Schutz besonders schutzbedürftig erscheinender junger Spieler zu verstärken (*Parl. Dok.*, Kammer, 2019, DOC 55-0384/001, SS. 19, 20 und 22).

B.24. Die angefochtenen Behandlungsunterschiede beruhen auf der Art des organisierten Spiels, sodass die Lotteriespiele weder von der Verpflichtung zur EPIS-Kontrolle noch von dem Mindestalter von 21 Jahren betroffen sind. Das ist ein objektives Kriterium.

B.25.1. Der Gerichtshof muss noch prüfen, ob ein solches Kriterium im Hinblick auf die Zielsetzung des Gesetzgebers sachdienlich ist.

B.25.2.1. Weder im Gesetz vom 19. April 2002 noch im Gesetz vom 31. Dezember 1851 « über die Lotterien » ist definiert, was unter « Lotteriespielen » zu verstehen ist. Artikel 3 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. April 2002 beschränkt sich darauf, den König zu ermächtigen, die « Formen » und die « allgemeinen Modalitäten » der öffentlichen Lotterien festzulegen.

#### B.25.2.2. Der Kassationshof hat geurteilt:

« [...] la loterie est une opération offerte au public et destinée à procurer un gain par la voie du sort; [...] les gagnants sont uniquement désignés par le sort, le hasard ou toute autre forme de chance qu'ils ne peuvent influencer de manière déterminante, et qui se produisent sans aucune action ou collaboration active de leur part » (Kass., 3. Mai 1993, ECLI:BE:CASS:1993:ARR.19930503.8).

B.25.2.3. In seinem Entscheid Nr. 100/2001 vom 13. Juli 2001 (ECLI:BE:GHCC:2001:ARR.100) hat der Gerichtshof geurteilt, dass Lotteriespiele wegen der auf die Nationallotterie anwendbaren spezifischen Gesetzgebung und wegen des Umstands, dass « die Zugangszeiten und die Modalitäten so ausgelegt [sind], dass die Gefahr einer Abhängigkeit geringer ist als bei den im [Gesetz vom 7. Mai 1999] vorgesehenen Spielen » (B.13.5), Gegenstand von differenzierten Maßnahmen sein können.

Außerdem hat der Gerichtshof in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 36/2021 geurteilt, dass « sich die Begriffe ' öffentliche Lotterien ' und ' Glücksspiele ' in Wirklichkeit nicht überschneiden und jeweils eine eigenständige Bedeutung haben. Die öffentlichen Lotterien weisen spezifische Merkmale auf, die mit der Aufgabe des öffentlichen Dienstes und dem diesbezüglichen Monopol der Nationallotterie zusammenhängen » (B.15.3). In dieser Hinsicht ist ebenfalls festzuhalten, dass zwischen dem Staat und der Nationallotterie ein Geschäftsführungsvertrag geschlossen wurde, um die Bedingungen festzulegen, unter denen die Nationallotterie ihre Aufgaben des öffentlichen Dienstes erfüllen muss (Artikel 14 des Gesetzes vom 19. April 2002).

B.25.2.4. Zudem weisen Lotteriespiele nach der Auffassung des Ministerrats und der Nationallotterie, die intervenierende Partei ist, geringere Suchtrisiken auf als die auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. Mai 1999 organisierten Glücksspiele. Anders als bei diesen Glücksspielen werde das Ergebnis der Lotteriespiele nie vom Verhalten der Spieler beeinflusst, da ein etwaiger Gewinn zum Zeitpunkt des Kaufs und nicht im Laufe des Spiels bestimmt werde.

B.25.3.1. In seinem Entscheid Nr. 165/2025 vom 11. Dezember 2025 (ECLI:BE:GHCC:2025:ARR.165) hat der Gerichtshof entschieden, dass die öffentlichen

Lotterien und die Glücksspiele, auch wenn sie spezifische materielle Eigenschaften haben, dennoch ähnliche Risiken für die Spieler zur Folge haben können, wenn sie online angeboten werden, insbesondere in Bezug auf eine Abhängigkeit.

«B.23.1.1. Wie die Kommission für Glücksspiele in ihrer Stellungnahme vom Februar 2022 ‘ über die am 1. und 9. Februar 2022 im Rahmen des Gesetzesvorschlags 55K0384 zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler und zur Abänderung des Gesetzes vom 19. April 2022 zur Rationalisierung der Arbeit und Verwaltung der Nationallotterie eingebrachten Abänderungsanträge ’ hervorgehoben hat, gibt es im Bereich von Glücksspielen erhebliche Unterschiede zwischen der realen Welt und der virtuellen Welt (SS. 6 bis 9).

B.23.1.2. Diesbezüglich hat der Gerichtshof in seiner Entscheid Nr. 43/2022 vom 17. März 2022 (ECLI:BE:GHCC:2022:ARR.043) geurteilt, dass

‘ die Besonderheiten des Angebots von Glücksspielen im Internet als Quelle von, verglichen mit den herkömmlichen Glücksspielmärkten, anders gearteten und größeren Gefahren des Betrugs durch Anbieter sowie anders gearteten und größeren Gefahren für den Schutz der Verbraucher - insbesondere von Jugendlichen und Personen, die eine besonders ausgeprägte Spielneigung besitzen oder eine solche Neigung entwickeln könnten - erweisen können ’ (B.11.4).

Daher ist festzustellen, dass anders als bei in der realen Welt organisierten Glücksspielen und Lotteriespielen online angebotene Spiele sich durch einen leichteren Zugang auszeichnen, da die Spieler sich nicht irgendwohin begeben müssen und diese Spiele durchgehend angeboten werden, ohne dass es Schließzeiten gibt.

B.23.1.3. Im selben Sinne hat der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden:

‘ Neben dem bereits erwähnten fehlenden unmittelbaren Kontakt zwischen Verbraucher und Anbieter stellen auch der besonders leichte und ständige Zugang zu den im Internet angebotenen Spielen sowie die potenziell große Menge und Häufigkeit eines solchen Angebots mit internationalem Charakter in einem Umfeld, das überdies durch die Isolation des Spielers, durch Anonymität und durch fehlende soziale Kontrolle gekennzeichnet ist, Faktoren dar, die die Entwicklung von Spielsucht und übermäßige Ausgaben für das Spielen begünstigen und aufgrund dessen die damit verbundenen negativen sozialen und moralischen Folgen, die in ständiger Rechtsprechung herausgestellt worden sind, vergrößern können ’ (EuGH, 8. September 2010, C-46/08, *Carmen Media Group*, ECLI:EU:C:2010:505, Randnr. 103).

B.23.1.4. Somit erfordert die Regulierung der Teilnahme an Online-Glücksspielen und -Lotteriespielen gewisse Anpassungen des Rechtsrahmens, der auf in der realen Welt organisierte Spiele anwendbar ist, um den Schutz der Spieler und die Politik der Kanalisierung zu gewährleisten.

B.23.2.1. Die von der Nationallotterie online angebotenen Lotteriespiele unterscheiden sich konzeptionell von den auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. Mai 1999 organisierten Glücksspielen, insofern ihr Ergebnis nicht vom Verhalten der Spieler beeinflusst wird

(Artikel 1 und 14 des königlichen Erlasses vom 10. Juli 2012 ‘ zur Festlegung der allgemeinen Modalitäten für die Teilnahme an den von der Nationallotterie organisierten öffentlichen Sofortlotterien über Instrumente der Informationsgesellschaft ’).

B.23.2.2. Aus Sicht des Spielerschutzes in der virtuellen Welt ist es jedoch wichtig, sich auf das gefühlte Spielerlebnis zu konzentrieren und nicht nur auf den Umstand, dass das Verhalten des Spielers keinen Einfluss auf die etwaige Zuteilung eines Gewinns hat.

In ihren Stellungnahmen hat die Kommission für Glücksspiele festgestellt, dass bestimmte von der Nationallotterie online angebotene Lotteriespiele eine ähnliche audiovisuelle Darstellung, Dauer und einen ähnlichen Ablauf haben wie die Glücksspiele, die online von den Inhabern einer A+- oder B+-Lizenz angeboten werden, sodass aus Sicht der Spieler das Spielerlebnis ähnlich oder sogar gleich ist wie bei den vorerwähnten Glücksspielen:

‘ Sur le site internet de la Loterie nationale, les joueurs peuvent participer à des jeux de tirage, à des jeux à gratter et à ce qu’on appelle des *jeux Woohoo*.

Ces derniers ont une présentation audiovisuelle, une durée et un déroulement analogues aux jeux de hasard classiques, qui sont offerts par les titulaires d’une licence de classe A+ ou B+.

Pour ce qui est de l’expérience de jeu, il n’y a quasi aucune différence entre les *jeux Woohoo* et les jeux de hasard classiques, surtout vu la courte durée et la présentation audiovisuelle du jeu.

Il y a par contre, peu de similitudes entre les *jeux Woohoo*, d’une part, et les loteries et les billets à gratter, d’autre part.

Contrairement à ce qui est prévu pour les jeux à gratter en ligne, les *jeux Woohoo* ne sont pas non plus basés sur une variante qui est vendue comme billet à gratter dans le monde réel.

Le site Internet de la Loterie Nationale ne présente d’ailleurs pas les *jeux Woohoo* comme des jeux de grattage et des jeux de tirage mais bien comme une catégorie de jeux à part.

Pour certains *jeu[x] Woohoo*, une participation active du joueur est requise.

Dans d’autres *jeux Woohoo*, le rôle du joueur est limité à la découverte du résultat.

Pour tous les *jeux Woohoo*, la découverte du résultat s’accompagne d’une série d’éléments audiovisuels (images, animations et sons) qui éveillent et maintiennent l’attention du joueur pendant le déroulement du jeu.

Il existe cependant quelques différences entre les *jeux Woohoo* et les jeux de hasard exploités par des opérateurs privés mais elles ne paraissent pas suffisamment pertinentes pour légitimer deux régimes juridiques différents. Ainsi, par exemple :

- Selon la Loterie Nationale, les *jeux Woohoo* fonctionneraient selon un plan de lots et au moment de l’achat, il serait déjà établi si le joueur va gagner ou perdre, les actions ultérieures n’étant qu’une animation pour découvrir ce fait établi. À supposer que ce critère soit pertinent, encore faut-il constater que l’arrêté royal de 2012, tel que modifié en 2017, laisse de la place

pour les actions des joueurs qui influencent le résultat du jeu et que cela se reflète dans la présentation du jeu, et dans les actions que le joueur doit entreprendre.

- Dans les *jeux Woohoo*, la fonction *autoplay* ne concerne qu'un seul tour de jeu. Une fois ce tour de jeu terminé, le joueur doit réinitialiser manuellement le jeu alors que certains jeux du secteur privé, mais pas tous, disposent d'une fonction *autoplay* qui permet de démarrer directement plusieurs nouvelles parties ' (Kommission für Glücksspiele, Notiz CJH2022D0014 vom 16. November 2022, SS. 5 bis 8; siehe auch Stellungnahme Nr. CJH2024R0008 vom 5. März 2025).

B.23.2.3. Obwohl die Stellungnahmen der Kommission für Glücksspiele nicht bindend sind, sind die vorerwähnten Stellungnahmen im Rahmen der aktuell geprüften Rechtsachen dennoch zu berücksichtigen, da die Kommission für Glücksspiele die Regulierungsstelle des Glücksspielsektors ist (Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Mai 1999), da sie ihre Aufträge in aller Unabhängigkeit ausübt (Artikel 10 § 6 des Gesetzes vom 7. Mai 1999) und da sie den Fall von online angebotenen Sofortlotterien untersucht hat.

B.23.3.1. Angesichts des Vorstehenden kann nicht ausgeschlossen werden, dass Lotteriespiele, wenn sie online angeboten werden, den Spielern ein ähnliches Spielerlebnis bieten und für sie vergleichbare Risiken aufweisen wie Glücksspiele, insbesondere in Bezug auf eine Abhängigkeit.

B.23.3.2. Es obliegt dem Gesetzgeber die Unterscheidungen vorzunehmen, die in der virtuellen Welt je nach den mit der jeweiligen Spielart verbundenen Risiken notwendig sind, unabhängig davon, ob sie als Glücksspiel oder Lotteriespiel eingestuft ist.

B.23.4. Im Übrigen können weder das Gesetz vom 19. April 2002 noch der zwischen der Nationallotterie und der Föderalbehörde abgeschlossene Geschäftsführungsvertrag in Anbetracht des Ziels des Schutzes der Spieler in der virtuellen Welt den Ausschluss der Lotteriespiele vom Anwendungsbereich der angefochtenen Bestimmung rechtfertigen ».

B.25.3.2. In diesem Entscheid hat der Gerichtshof entschieden, dass die Art des organisierten Spiels kein sachdienliches Kriterium darstellt, wenn die Glücksspiele und die öffentlichen Lotterien in der virtuellen Welt organisiert werden, und dass es diesbezüglich dem Gesetzgeber obliegt, die Unterscheidungen vorzunehmen, die in der virtuellen Welt je nach den mit der jeweiligen Spielart verbundenen Risiken notwendig sind, unabhängig davon, ob sie als Glücksspiel oder Lotteriespiel eingestuft ist (B.23.5 und B.30.2).

Aus den gleichen wie den in diesem Entscheid erwähnten Gründen ist davon auszugehen, dass der Umstand, dass die in der virtuellen Welt angebotenen Lotteriespiele weder von einer Verpflichtung zur vorherigen Kontrolle noch von dem Mindestalter von 21 Jahren betroffen sind, gegen die Artikeln 10 und 11 der Verfassung verstößt.

B.25.3.3. Da das Gesetz vom 7. Mai 1999, wie in B.2.3 und in B.20.2.1 erwähnt, keine Anwendung auf öffentliche Lotterien findet, obliegt es dem Gesetzgeber, der in B.25.3.2 erwähnten Diskriminierung spätestens zum 31. Dezember 2026 ein Ende zu setzen.

B.25.4. Was in der realen Welt angebotene Spiele betrifft, ist das in B.24 erwähnte Unterscheidungskriterium hingegen im Hinblick auf das vom Gesetz vom 7. Mai 2024 verfolgte Ziel des Schutzes von schutzbedürftigen Spielern sachdienlich.

Diese Lotteriespiele weisen nämlich grundsätzlich geringere Suchtrisiken auf als die auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. Mai 1999 organisierten Glücksspiele, da ihr Ergebnis nicht entscheidend vom Verhalten der Spieler beeinflusst wird und der Spielablauf keine Handlung oder aktive Mitwirkung von ihnen erfordert. Zudem unterliegt die Nationallotterie bestimmten spezifischen Verpflichtungen, die sich aus ihren Aufgaben des öffentlichen Dienstes ergeben, die im in B.25.2.3 erwähnten Geschäftsführungsvertrag im Einzelnen angegeben sind.

Es ist zwar zutreffend, dass die Gewinne von Wetten, die Glücksspiele im Sinne des Gesetzes vom 7. Mai 1999 sind, nicht vom Handeln des Spielers abhängen, sondern vom Ausgang eines ungewissen Sachverhalts, der ohne Eingreifen der Spieler erfolgt (Artikel 2 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1999), aber diese Art von Glücksspiel weist spezifische Suchtrisiken auf. Diesbezüglich hat der Gerichtshof in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 177/2021 geurteilt:

« [...] die zunehmende Verbreitung von Live-Wetten, das heißt Wetten, die sich auf Ereignisse oder Sachverhalte beziehen, die bereits laufen, deren Ergebnis nicht bereits bekannt ist und deren ungewisser Ausgang nicht bereits eingetreten ist, [führt] zu höheren Risiken, da diese Wetten durch eine kurze Zeitspanne zwischen Einsatz und Ergebnis gekennzeichnet sein können » (B.28.1).

B.26.1. Überdies haben die angefochtenen Bestimmungen keine unverhältnismäßigen Folgen für die Betreiber von Glücksspielen, die darunter fallen.

B.26.2.1. Zunächst ist festzustellen, dass das System EPIS, wie in B.8.2.3 und in B.9.1.3 erwähnt, bereits vor den Artikeln 14 bis 20 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 gemäß anderer Modalitäten auf Einrichtungen der Klasse IV anwendbar war, sodass der Grundsatz der EPIS-Kontrolle selbst für diese Einrichtungen keine Neuheit darstellt.

B.26.2.2. Wie in B.3.1 und B.8.3.2 erwähnt, stellt zwar die Anwendung der EPIS-Kontrolle auf Zeitungshändler, die Inhaber einer F2-Lizenz sind, tatsächlich eine Neuheit der angefochtenen Bestimmungen dar, jedoch wollte der Gesetzgeber einen unlauteren Wettbewerb zwischen diesen Zeitungshändlern und den Einrichtungen der Klasse IV verhindern - da sie alle beide Wetten anbieten -, wobei er zugleich bestimmte Modalitäten für die Inhaber einer F2-Lizenz vorgesehen hat, um ihren Verwaltungsaufwand so weit wie möglich zu reduzieren. Diesbezüglich sieht Artikel 54/1 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, ersetzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, vor, dass die EPIS-Kontrolle automatisch am Spielgerät selbst erfolgt.

Außerdem ergibt sich aus Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 und aus Artikel 4 des königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2010 « zur Festlegung der Bedingungen für die Entgegennahme von Wetten außerhalb von Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV », dass die Entgegennahme von Wetten nicht die Haupttätigkeit der Zeitungshändler sein darf, sondern nur als Nebentätigkeit ausgeübt werden darf.

B.26.3. Was das Mindestalter von 21 Jahren für die Teilnahme an einem Glücksspiel betrifft, ist daran zu erinnern, dass dieses Alter an sich nicht durch die Artikel 5, 10 und 24 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 festgelegt ist, sondern sich aus Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024 ergibt, der Artikel 54 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ersetzt hat. Die angefochtenen Bestimmungen sollen dieser Ersetzung lediglich im Rahmen der Sanktionen, die von der Kommission für Glücksspiele auferlegt werden können, der Verbote der Organisation von Wetten und der im Fall von Verstößen gegen mehrere Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Mai 1999 anwendbaren Strafen Rechnung tragen.

Diesbezüglich hat der Gerichtshof in seiner erwähnten Entscheidung Nr. 165/2025 geurteilt:

« B.28.4. Überdies hat [Artikel 5 des Gesetzes vom 18. Februar 2024] keine unverhältnismäßigen Folgen für die Betreiber von Glücksspielen, die unter das Gesetz vom 7. Mai 1999 fallen.

Zunächst ist in Bezug auf die Entscheidung zum Alter von 21 Jahren festzustellen, dass der Gesetzgeber angesichts des Ermessensspielraums, über den er im Bereich der Glücksspiele verfügt, die Unterschiedlichkeit der Situationen erfassen kann, indem er auf Kategorien

zurückgreift, die gleichzeitig nur auf vereinfachende und annähernde Weise der Realität entsprechen und sich aus der Notwendigkeit, irgendwo eine Grenze zu ziehen, ergeben können.

Zudem beraubt die angefochtene Maßnahme die vorerwähnten Betreiber nur eines kleinen Teils ihrer Kundschaft, nämlich volljährige Personen unter 21 Jahren für die Teilnahme an Glücksspielen in den Einrichtungen der Klasse III, für den Zugang zu Einrichtungen der Klasse IV und für die Teilnahme an Online-Wetten.

Schließlich wurde die angefochtene Maßnahme im *Belgischen Staatsblatt* vom 1. März 2024 veröffentlicht und ist erst am 1. September 2024 in Kraft getreten (Artikel 9 des Gesetzes vom 18. Februar 2024), was es den vorerwähnten Betreibern ermöglicht hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sich an die neuen Rechtsvorschriften anzupassen. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 18. Februar 2024 heißt es diesbezüglich, dass ‘dieser Zeitraum angesichts der Art der Abänderungen ausreichend Zeit bietet, um die erforderlichen Änderungen vorzunehmen’ (*Parl. Dok.*, Kammer, 2019, DOC 55-0384/001, S. 24) ».

B.27. Unbeschadet der in B.25.3.2 festgestellten Verfassungswidrigkeit sind der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8356 sowie der erste und vierte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 unbegründet.

### *Pferderennbahnen*

B.28.1. Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8363 ist aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 14 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 abgeleitet, insofern er sich auf «die Teilnahme an Wetten außerhalb der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV» bezieht. Im Wesentlichen bemängeln die klagenden Parteien die Gleichbehandlung, zu der die Anwendung der EPIS-Kontrolle zwischen den Pferderennbahnen einerseits und den Zeitungshändlern sowie den Einrichtungen der Klasse IV andererseits führe. Hilfsweise beanstanden die klagenden Parteien die Anwendung der EPIS-Kontrolle bei jährlichen und außerordentlichen Veranstaltungen, die auf Pferderennbahnen organisiert werden.

B.28.2.1. In ihrem Erwidierungsschriftsatz fügen die klagenden Parteien hinzu, dass die angefochtene Bestimmung zu einem Behandlungsunterschied zum Nachteil der Pferderennbahnen gegenüber der Nationallotterie und Schankstätten führe, die nicht von der Verpflichtung zur EPIS-Kontrolle betroffen seien.

B.28.2.2. Die klagenden Parteien können die Klagegründe, wie sie von ihnen selbst in der Klageschrift dargelegt worden sind, nicht in ihrem Erwidernungsschriftsatz abändern. Ein Beschwerdegrund, der wie vorliegend in einem Erwidernungsschriftsatz vorgebracht wird, jedoch nicht mit dem übereinstimmt, was in der Klageschrift formuliert wurde, stellt daher einen neuen Klagegrund dar und ist unzulässig.

B.29. Artikel 14 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 ändert der Artikel 54 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 ab, um insbesondere Personen, die Gegenstand eines Spielverbots durch die Kommission für Glücksspiele sind, «die Teilnahme an Wetten außerhalb der Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV » zu untersagen. In Anwendung von Artikel 54/1 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, eingefügt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, bezweckt die EPIS-Kontrolle unter anderem, zu überprüfen, ob der betroffenen Person die Teilnahme an Glücksspielen in Anwendung von unter anderem Artikel 54 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 erlaubt ist.

B.30. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

Dieser Grundsatz steht dem entgegen, dass Kategorien von Personen, die sich angesichts der beanstandeten Maßnahme in wesentlich verschiedenen Situationen befinden, in gleicher Weise behandelt werden, ohne dass hierfür eine angemessene Rechtfertigung vorliegt.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.31.1. Wie in B.23 erwähnt, verfolgt das Gesetz vom 7. Mai 2024 mit der Anwendung der EPIS-Kontrolle über Einrichtungen der Klasse IV hinaus auf Zeitungshändler und Pferderennbahnen, die Inhaber einer F2-Lizenz sind, das legitime Ziel, schutzbedürftige Spieler zu schützen.

B.31.2. Die angefochtene Gleichbehandlung, auch insoweit sie sich auf jährliche und außerordentliche Veranstaltungen bezieht, ist im Hinblick auf dieses Ziel sachdienlich. Wie in

B.3.1 und B.8.3.2 erwähnt, will der Gesetzgeber durch die Ausweitung der EPIS-Kontrolle auf Pferderennbahnen und auf Zeitungshändler sowohl verhindern, dass Spieler, denen die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist, in solche Einrichtungen abwandern, als auch, dass Einrichtungen der Klasse IV unlauterem Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Häufigkeit von auf Pferderennbahnen organisierten Pferderennen ändert an dieser Feststellung nichts, da Wetten auf diese Rennen in Anwendung von Artikel 43/4 § 1 Absatz 1 und § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 sowohl in Einrichtungen der Klasse IV als auch in Zeitungsläden entgegengenommen werden können, unabhängig davon, ob diese Veranstaltungen außerordentlich sind oder nicht.

B.32.1. Der Gerichtshof muss ferner prüfen, ob die angefochtene Gleichbehandlung für die Pferderennbahnen aufgrund ihrer Besonderheiten unverhältnismäßige Folgen hat.

Diesbezüglich geben die klagenden Parteien selbst an, dass der Zugang zu einer Pferderennbahn den Kauf einer Eintrittskarte erfordere, dass die Wettmöglichkeiten dort durch die Anzahl der Rennen pro Tag begrenzt seien und dass die Teilnahme an Glücksspielen dort nur eine Nebenrolle spiele.

B.32.2. In einem solchen Kontext ist nicht ersichtlich, inwiefern die Organisation einer EPIS-Kontrolle auf Pferderennbahnen unmöglich oder übermäßig schwierig umzusetzen wäre, zumal die Inhaber einer F2-Lizenz bereits verpflichtet sind, eine Kontrolle vor der Entgegennahme von Wetten durchzuführen, indem sie das Alter der Spieler in Anwendung von Artikel 54 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, der durch das Gesetz vom 7. Mai 2024 nicht abgeändert wurde, überprüfen.

Was die eventuell durch das Erfordernis einer solchen Kontrolle entstehenden finanziellen Kosten betrifft, ist festzustellen, dass es dem König in Anwendung von Artikel 55 § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, ersetzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, gegen den sich der Klagegrund jedoch nicht richtet, obliegt, die finanziellen Modalitäten von EPIS zu bestimmen.

Außerdem erscheint der Umstand, dass der Gesetzgeber durch Artikel 54/1 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 den Verwaltungsaufwand der Zeitungshändler über eine

automatische EPIS-Kontrolle anhand eines geeigneten Datenverarbeitungssystems, das sich direkt auf dem Spielapparat befindet, verringern wollte, in Bezug auf Pferderennbahnen nicht sachdienlich, da die Entgegennahme von Wetten für Pferderennen, wie die klagenden Parteien betonen, dort an einem Schalter bei einer natürlichen Person erfolgt.

B.33. Der einzige Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8363 ist unbegründet.

### *Schankstätten*

B.34.1. Der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 ist aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung abgeleitet. Die klagenden Parteien bemängeln den Behandlungsunterschied, der durch die Artikel 14 Nr. 1 und 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 herbeigeführt werde, insofern die EPIS-Kontrolle auf Zeitungshändler und Pferderennbahnen, die Inhaber einer F2-Lizenz seien, aber nicht auf Schankstätten, die Inhaber einer C-Lizenz seien, ausgeweitet werde. Nach Ansicht der klagenden Parteien ist dieser Behandlungsunterschied im Hinblick auf das verfolgte Ziel, die Spieler zu schützen, nicht vernünftig gerechtfertigt.

B.34.2. Die Beschwerdegründe beziehen sich folglich auf das Fehlen der EPIS-Kontrolle in den Einrichtungen der Klasse III, während diese Kontrolle den Inhabern einer F2-Lizenz für die Entgegennahme von Wetten außerhalb der Einrichtungen der Klasse IV auferlegt wird.

Somit ist die vom Ministerrat erhobene Einrede der Unzulässigkeit - wonach die Beschwerdegründe nicht auf die angefochtenen Bestimmungen zurückzuführen seien, da die Verpflichtung zur EPIS-Kontrolle bereits vorher auf Einrichtungen der Klasse IV anwendbar war -, abzuweisen.

B.35. Da die Personen, die unter die im Klagegrund genannten Kategorien fallen, über Lizenzen verfügen, mit denen sie in Anwendung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 Glücksspiele anbieten können, sind diese Kategorien im Hinblick auf Bestimmungen vergleichbar, die eine vorherige Kontrolle der Spieler für den Zugang zu Glücksspielen vorsehen.

B.36. Wie in B.23 erwähnt, verfolgt das Gesetz vom 7. Mai 2024, indem es die Anwendung der EPIS-Kontrolle außerhalb von Einrichtungen der Klasse IV für Zeitungshändler und Pferderennbahnen, die Inhaber einer F2-Lizenz sind, vorsieht, das legitime Ziel, schutzbedürftige Spieler zu schützen.

B.37. Der angefochtene Behandlungsunterschied beruht auf der Art der für das Betreiben eines Glücksspiels erforderlichen Lizenz. Das ist ein objektives Kriterium.

B.38.1. Der Gerichtshof muss prüfen, ob ein solches Kriterium im Hinblick auf die Zielsetzung des Gesetzgebers sachdienlich ist.

B.38.2.1. Wie in B.26.2.2 erwähnt, stellt die Anwendung der EPIS-Kontrolle auf Inhaber einer F2-Lizenz für die Entgegennahme von Wetten außerhalb der Einrichtungen der Klasse IV, das heißt in Zeitungsläden und auf Pferderennbahnen, eine Neuheit des Gesetzes vom 7. Mai 2024 dar, da eine solche Kontrolle vorher nicht vorgesehen war.

B.38.2.2. In seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 177/2021 hat der Gerichtshof geurteilt, dass das Fehlen der Registrierungspflicht der Spieler für die in der Vorabentscheidungsfrage erwähnten Personenkategorien, wie sie damals in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 vorgesehen war, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Eigenschaften gegenüber den einer solchen Verpflichtung unterliegenden Glücksspieleinrichtungen vernünftigerweise gerechtfertigt war:

« B.37.3. Die ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV weisen mehrere Merkmale auf, die sie von Zeitungshändlern unterscheiden.

Erstens stellt die Entgegennahme von Wetten im Prinzip die ausschließliche Tätigkeit der ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV dar, während sie bei den Zeitungshändlern nur eine Nebentätigkeit ist.

Zweitens hat der König auf der Grundlage von Artikel 43/4 § 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 den königlichen Erlass vom 22. Dezember 2010 ‘ zur Festlegung der Bedingungen für die Entgegennahme von Wetten außerhalb von Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ’, der insbesondere die für die Entgegennahme von Wetten durch Zeitungshändler geltenden Bedingungen bestimmt, ergehen lassen. Dieser königliche Erlass beschränkt den Raum der Zeitungsläden, die der Entgegennahme von Wetten dienen darf, und beschränkt die auf diese Tätigkeit ausgerichtete Werbung (Artikel 4) und verbietet in den Zeitungsläden das Vorhandensein von Fernsehbildschirmen und anderen Tonbildträgern, die Wetten bewerben oder die Ereignisse ausstrahlen, auf die sie sich beziehen (Artikel 3). Wie der Ministerrat unterstreicht, erschwert das letztgenannte Verbot das Angebot von Live-Wetten in den

Zeitungsläden sehr, die - wie in B.28.1 erwähnt - nach Ansicht des Gesetzgebers höhere Risiken aufweisen.

Drittens dürfen die ortsfesten Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV, nicht aber die Zeitungshändler ‘ höchstens zwei Glücksspielautomaten, die Wetten in Bereichen anbieten, die denen ähnlich sind, auf die in Wettbüros gewettet wird ’ betreiben (Artikel 43/4 § 2 Absatz 3 dritter Gedankenstrich des Gesetzes vom 7. Mai 1999). Wie in B.28.1 erwähnt, weisen diese Glücksspielautomaten nach Ansicht des Gesetzgebers höhere Risiken auf.

Viertens ist der Höchsteinsatz bei einem Zeitungshändler auf 200 EUR pro Tag begrenzt (Artikel 1 des königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2010 ‘ zur Festlegung der Bedingungen für die Entgegennahme von Wetten außerhalb von Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ’). Diese Begrenzung zwingt den Spieler, der einen höheren Betrag als 200 EUR einsetzen möchte, sich zu einem anderen Inhaber einer F2-Lizenz zu begeben und kann daher als Hemmnis für den Spieler wirken.

B.37.4. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass der Gesetzgeber vernünftigerweise der Auffassung sein konnte, dass ortsfeste Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV höhere Risiken aufweisen als Zeitungshändler und dass sie daher zusätzlichen Bedingungen unterworfen werden müssen.

[...]

B.61.3. Was die Rennbahnen betrifft, ist die Nichtanwendung der in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 vorgesehenen Registrierungspflicht durch die vorübergehende Beschaffenheit der dort ausgeübten Tätigkeit der Entgegennahme von Wetten vernünftig gerechtfertigt. Zudem kommt dort eine Registrierungspflicht für Wetten zur Anwendung, bei denen Beträge gesetzt werden, die den Betrag oder die Gegenleistung von 1 000 EUR übersteigen, die vom König auf der Grundlage von Artikel 43/4 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 festgelegt werden (königlicher Erlass vom 22. Dezember 2010 ‘ zur Festlegung der Höhe oder der Gegenleistung für den Wetteinsatz, für den eine Registrierungspflicht besteht, sowie des Inhalts und die Modalitäten dieser Registrierung ’ und Artikel 7 des königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2010 ‘ zur Festlegung der Bedingungen für die Entgegennahme von Wetten außerhalb von Glücksspieleinrichtungen der Klasse IV ’).

B.61.4. Was die Glücksspieleinrichtungen der Klasse III (Schankstätten) betrifft, ist die Nichtanwendung der in Artikel 62 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 vorgesehenen Registrierungspflicht unter Berücksichtigung nicht nur des praktischen Umsetzungsproblems, sondern vor allem des Umstands vernünftig gerechtfertigt, dass der Grund für den Besuch von Schankstätten nicht in erster Linie die Glücksspiele sind ».

B.38.2.3. Mit dem Gesetz vom 7. Mai 2024 hat der Gesetzgeber den Standpunkt vertreten, dass die Besonderheiten der Zeitungsläden und Pferderennbahnen nicht mehr derart sind, dass sie die Möglichkeit einer EPIS-Kontrolle ausschließen. Wie in B.26.2.2 erwähnt, will der Gesetzgeber zugleich verhindern, dass Spieler, denen die Teilnahme an Glücksspielen untersagt ist, in solche Einrichtungen abwandern, und dass Einrichtungen der Klasse IV unlauterem Wettbewerb ausgesetzt sind.

Was die Zeitungshändler betrifft, sind jedoch einige Besonderheiten in Bezug auf den Ablauf der EPIS-Kontrolle vorgesehen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. In Anwendung von Artikel 54/1 § 3 des Gesetzes vom 7. Mai 1999, eingefügt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024, erfolgt diese Kontrolle nämlich automatisch über ein geeignetes Datenverarbeitungssystem, das sich direkt auf dem Spielapparat befindet.

B.38.2.4. In ihrem Gutachten zum Vorentwurf, der dem Gesetz vom 7. Mai 2024 zugrunde lag, hat sich die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung die Frage nach den Elementen gestellt, die es rechtfertigen, dass die EPIS-Kontrolle nicht auf die Inhaber einer Lizenz der Klasse C ausgeweitet wird. Als Antwort hat die Beauftragte des zuständigen Ministers präzisiert:

« Historiquement, lors de l'élaboration de la loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les classes I et II étaient familiarisées avec l'exploitation des jeux et disposaient d'une infrastructure permettant l'installation d'un système de contrôle efficace. En 1999, avoir une connexion à internet n'était pas une évidence. C'était le cas pour les cafés. Les bingos des cafés n'étaient donc pas connectés à internet mais à un système GPS, ce qui est toujours le cas aujourd'hui. Or, pour utiliser EPIS, il faut une connexion internet. La mise en place d'EPIS dans les cafés nécessiterai[t] un remplacement des machines présentes dans les cafés, ce qui n'est pas envisagé à ce stade. À noter toutefois qu'à l'heure actuelle, il n'y a effectivement pas de contrôle EPIS dans les cafés mais il y a un contrôle de l'identité à la machine.

En outre, les librairies offrent les mêmes produits que les agences de paris alors que les cafés offrent d'autres types de jeux avec des mises plus faibles » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/001, SS. 74 und 75).

Der Ministerrat erläutert außerdem, dass die Anwendung der EPIS-Kontrolle auf Einrichtungen der Klasse III einen Austausch der in diesen Einrichtungen vorhandenen Glücksspielautomaten erfordern würde, was nicht durchführbar sei, und dass die den Schankstätten eigene Umgebung weniger Risiken für die Spieler aufweise als die Umgebung der Zeitungsläden.

B.38.3.1. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern die vorerwähnten Besonderheiten der Schankstätten derart sind, dass sie die fehlende Anwendung der EPIS-Kontrolle für die von den Inhaber der C-Lizenz betriebenen Glücksspielgeräte im Hinblick auf das vom Gesetz vom 7. Mai 2024 verfolgte Ziel des Schutzes der Spieler rechtfertigen können.

B.38.3.2. Die Umgebung der Einrichtungen der Klasse III hat nämlich aufgrund des Verkaufes von Getränken, gegebenenfalls alkoholischen, und deren Verzehr vor Ort, was es den Spielern erlaubt, während einer langen Zeit an Glücksspielen teilzunehmen, bestimmte spezifische Risiken der Spielsucht zur Folge (Entscheid Nr. 36/2021, vorerwähnt, B.9.2).

B.38.3.3. Zudem sind die geringe Höhe der Einsätze und der Umstand, dass der Besuch der Einrichtung nicht in erster Linie zum Zweck des Glücksspiels erfolgt, ebenfalls charakteristische Elemente der Zeitungsstätten, die in Anwendung des Gesetzes vom 7. Mai 2024, vorbehaltlich bestimmter Anpassungen, tatsächlich von der Verpflichtung zur EPIS-Kontrolle betroffen sind.

Was den Umstand betrifft, dass einige Schankstätten keine Internetverbindung hätten, ist daran zu erinnern, dass es in Anwendung von Artikel 55 § 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 dem König obliegt, die technischen und finanziellen Modalitäten der EPIS-Kontrolle zu bestimmen, nach denen die Hersteller, Verkäufer und Vermieter der betroffenen Glücksspielgeräte diese mit den erforderlichen technischen Mitteln ausstatten können, um die EPIS-Kontrolle zu ermöglichen.

B.38.4. Somit ist das in B.37 erwähnte Unterscheidungskriterium im Hinblick auf das verfolgte Ziel, die Spieler zu schützen, nicht sachdienlich.

B.39. Der zweite Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 ist begründet. Die Artikel 14 Nr. 1 und 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 sind für nichtig zu erklären, insofern sie auf Inhaber einer C-Lizenz keine Anwendung finden.

Damit der Gesetzgeber die festgestellte Verfassungswidrigkeit beheben und der betreffende Sektor sich an die EPIS-Erfordernisse anpassen kann, sind die Folgen der für nichtig erklärten Bestimmung spätestens bis zum 31. Dezember 2027 aufrechtzuerhalten.

*In Bezug auf den Beitrag zu den Kosten der Kommission für Glücksspiele*

B.40. Der dritte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 bezieht sich auf Artikel 25 des Gesetzes vom 7. Mai 2024. Die klagenden Parteien machen im Wesentlichen geltend, dass die

angefochtene Bestimmung gegen Artikel 177 Absatz 1 der Verfassung sowie gegen die Artikel 3 Absatz 1 Nrn. 1 und 2 und 4 § 1 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen (nachstehend: Sondergesetz vom 16. Januar 1989) verstoße, insofern der Beitrag zu den Kosten der Kommission für Glücksspiele keine Abgabe, sondern eine Steuer auf Spiele und Wetten und auf Spielautomaten sei, die zur Zuständigkeit der Regionen, vorbehaltlich des Eingreifens des Sondergesetzgebers, gehöre.

B.41.1. Artikel 177 der Verfassung bestimmt:

« Ein Gesetz, das mit der in Artikel 4 letzter Absatz bestimmten Mehrheit angenommen wird, legt das Finanzierungssystem für die Regionen fest.

Die Regionalparlamente bestimmen, jedes für seinen Bereich, den Verwendungszweck ihrer Einnahmen durch die in Artikel 134 erwähnten Regeln ».

B.41.2. Artikel 3 des zur Ausführung von Artikel 177 Absatz 1 der Verfassung verabschiedeten Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bestimmt:

« Folgende Steuern sind Regionalsteuern:

1. die Steuer auf Spiele und Wetten,
2. die Steuer auf Spielautomaten,

[...]

Diese Steuern unterliegen den Bestimmungen der Artikel 4, 5, 8 und 11 ».

Artikel 4 § 1 desselben Sondergesetzes bestimmt:

« Die Regionen sind befugt, den Steuersatz, die Besteuerungsgrundlage und die Befreiungen von den in Artikel 3 Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 6 bis 9 erwähnten Steuern zu ändern ».

B.42.1. Artikel 25 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 enthält die Bestätigung des königlichen Erlasses vom 31. Januar 2024.

Diese Bestimmung stammt aus einem Abänderungsantrag. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 7. Mai 2024 heißt es diesbezüglich:

« L'amendement vise à confirmer l'arrêté royal du 31 janvier 2024 relatif à la contribution aux frais de fonctionnement, de personnel et d'installation de la Commission des jeux de hasard due par les titulaires de licence de classe A, A+, B, B+, C, E, F1, F1+ et F2 pour l'année civile 2024, conformément à l'article 19, § 1er, alinéa 6, de la loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les paris, les établissements de jeux de hasard et la protection des joueurs, modifié par la loi du 10 janvier 2010 modifiant la loi du 7 mai 1999 précitée, en ce qui concerne la Commission des jeux de hasard.

Cet arrêté fixe le montant des rétributions dû par ces titulaires pour l'année civile 2024. À noter que la loi du 18 janvier 2024 visant à rendre la justice plus humaine, plus rapide et plus ferme III (*Moniteur belge* du 26 janvier 2024) supprime les licences G1 et G2. Dès lors, l'arrêté royal du 31 janvier 2024 tient compte de cette loi et ne prévoit plus de contributions pour ces licences en 2024.

Les contributions sont destinées à alimenter le fonds de la Commission des jeux de hasard inscrit au budget du Service Public Fédéral Justice et sont versées par le secteur des jeux de hasard afin de contribuer aux frais de création, de fonctionnement et de personnel de la Commission des jeux de hasard.

Les contributions pour l'année civile 2024 sont les mêmes que celles qui étaient prévues pour l'année civile 2023.

Cet arrêté tend en réalité à compléter l'arrêté royal du 22 décembre 2000 fixant la contribution aux frais de fonctionnement, de personnel et d'installation de la Commission des jeux de hasard due par les titulaires de licence de classe A, B, C et E » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3956/002, SS. 3 und 4).

B.42.2. Die Einwände der klagenden Parteien beziehen sich nicht auf die Bestätigung des königlichen Erlasses, sondern auf die Bestimmungen von Artikel 1 des bestätigten Erlasses. Durch das Inkrafttreten des angefochtenen Gesetzes haben diese Bestimmungen Gesetzeskraft erlangt.

Artikel 1 des königlichen Erlasses vom 31. Januar 2024 bestimmt:

« § 1er. Pour l'année civile 2024, la contribution aux frais de fonctionnement, de personnel et d'installation de la Commission des jeux de hasard s'élève à :

1° 22.085 euros pour les titulaires d'une licence de classe A;

2° sans préjudice de la contribution visée au 1°, 714 euros par appareil avec un minimum de 21.475 euros pour les titulaires d'une licence de classe A qui exploitent des jeux de hasard automatiques;

- 3° 11.042 euros pour les titulaires d'une licence de classe A+;
- 4° 11.042 euros pour les titulaires d'une licence de classe B;
- 5° 11.042 euros pour les titulaires d'une licence de classe B+;
- 6° 752 euros pour les titulaires d'une licence de classe C octroyée dans le courant de l'année civile 2024;
- 7° 12.603 euros pour les titulaires d'une licence de classe F1;
- 8° 12.603 euros pour les titulaires d'une licence de classe F1+;
- 9° 3.780 euros pour les titulaires d'une licence de classe F2 qui permet l'engagement de paris dans un établissement de jeux de hasard de classe IV;
- 10° 1.737 euros pour les titulaires d'une licence de classe F2 qui engagent des paris en dehors d'un établissement de jeux de hasard de classe IV;
- 11° 446 euros pour les jeux automatiques tels que définis à l'article 43/4, § 2, alinéa 3, de la loi du 7 mai 1999 sur les jeux de hasard, les paris, les établissements de jeux de hasard et la protection des joueurs.

§ 2. Pour l'année civile 2024, la contribution aux frais de fonctionnement, de personnel et d'installation de la Commission des jeux de hasard due par les titulaires d'une licence de classe E est calculée sur base des services fournis et s'élève à :

- 1° 3.682 euros pour les titulaires d'une licence de classe E qui prestent exclusivement des services d'entretien, de réparation ou d'équipement de jeux de hasard dont ils ne sont pas propriétaires;
- 2° 12.603 euros pour les titulaires d'une licence de classe E qui fournissent les services visés au 1° pour l'exploitation des jeux de hasard via la société de l'information;
- 3° 1.842 euros pour les autres titulaires d'une licence de classe E par tranche entamée de 50 appareils.

§ 3. Pour les titulaires d'une licence, les montants visés aux paragraphes 1 et 2 sont dus par licence ».

B.43.1. Die Einstufung des Beitrags im Sinne des königlichen Erlasses vom 31. Januar 2024 und deshalb auch die angefochtene Bestimmung beziehen sich auf die Regeln der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Föderalbehörde und den Regionen. Der Gerichtshof ist dafür zuständig, ihre Einhaltung zu prüfen.

B.43.2. Wenn der vorerwähnte Beitrag als eine Steuer betrachtet wird, ist der Regionalgesetzgeber auf der Grundlage von Artikel 3 Absatz 1 Nrn. 1 und 2 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 hinsichtlich der in Artikel 4 § 1 dieses Sondergesetzes genannten Aspekte befugt.

Wie der Gerichtshof in seinem Entscheid Nr. 34/2018 vom 22. März 2018 (ECLI:BE:GHCC:2018:ARR.034) geurteilt hat, ist der Föderalgesetzgeber seinerseits dafür zuständig, den Steuergegenstand dieser Steuer durch ein mit Sondermehrheit verabschiedetes Gesetz festzulegen. Die Änderung der Zweckbestimmung des Ertrags dieser Steuer erfordert eine Änderung der vorerwähnten Bestimmungen des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989.

B.43.3. Der Gerichtshof hat in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 100/2001 geurteilt, dass in Anbetracht dessen, dass die Föderalbehörde dafür zuständig ist, die Glücksspieleinrichtungen zu regeln, diese aufgrund von Artikel 173 der Verfassung ebenfalls dafür zuständig ist, einen Beitrag zur Finanzierung aufzuerlegen (B.10.3.2).

B.43.4. Der Beitrag muss dennoch tatsächlich den Bedingungen einer Abgabe genügen. Von einer Abgabe ist erst dann die Rede, wenn der Beitrag sich bezieht auf die Vergütung einer Dienstleistung, die die Behörde zugunsten des einzelnen Beitragspflichtigen erbringt, und wenn er einen rein kompensatorischen Charakter aufweist. Dafür wird verlangt, dass zwischen dem Selbstkostenpreis oder dem Wert der erbrachten Dienstleistung und dem Betrag, den der Beitragspflichtige schuldet, ein angemessenes Verhältnis besteht.

B.44.1. In seinem Entscheid Nr. 94/2022 vom 7. Juli 2022 (ECLI:BE:GHCC:2022:ARR.094) hat sich der Gerichtshof zu einem ähnlichen wie dem in B.40 erwähnten Klagegrund geäußert, der sich gegen das Gesetz vom 30. Mai 2021 « zur Bestätigung des königlichen Erlasses vom 28. Januar 2021 über den von den Inhabern der Lizenzen der Klassen A, A+, B, B+, C, E, F1, F1+, F2, G1 und G2 für das Kalenderjahr 2021 zu entrichtenden Beitrag zu den Kosten für Betrieb, Personal und Einrichtung der Kommission für Glücksspiele » richtete.

Außer in Bezug auf die Beiträge für die Lizenzen G1 und G2, die nunmehr abgeschafft wurden, wie in den in B.42.1 wiedergegebenen Vorarbeiten erläutert ist, ist die Höhe der

angefochtenen Beiträge im vorliegenden Fall identisch mit der Höhe der Beiträge, die der Gerichtshof in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 94/2022 geprüft hat.

B.44.2. Die klagenden Parteien führen an, dass in Bezug auf die Frage betreffend die Einstufung des angefochtenen Beitrags als Steuer beziehungsweise als Abgabe vorliegend Artikel 2.12.5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 « zur Festlegung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 » (nachstehend: Gesetz vom 22. Dezember 2023) zu berücksichtigen sei, wonach « die Zweckbestimmung der verfügbaren Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele (Programm 12-62-5) in Höhe eines Betrages von 290 000 Euro geändert [wird] und diese Mittel den allgemeinen Mitteln der Staatskasse hinzugefügt [werden] ».

B.44.3. Obwohl Artikel 2.12.5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 nicht Gegenstand der vorliegenden Klage ist, ist zu berücksichtigen, dass sich eine Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele, wie der Gerichtshof bereits in seinen Entscheiden Nrn. 42/2018 (ECLI:BE:GHCC:2018:ARR.042), 3/2020 (ECLI:BE:GHCC:2020:ARR.003) und 94/2022 – vorerwähnt - entschieden hat, kann sich eine Umwidmung der Mittel im Fonds der Kommission für Glücksspiele auf die Einstufung dieses Beitrags als Steuer beziehungsweise Abgabe auswirken und deshalb auf die Zuständigkeit des Föderalgesetzgebers, wenn die Entnahme der Mittel aus dem Fonds und die Hinzufügung zu den allgemeinen Mitteln der Staatskasse derart beträchtlich ist, dass daraus hervorgeht, dass der von der Föderalbehörde den Glücksspieleinrichtungen auferlegte Beitrag nicht in einem angemessenen Verhältnis zu dem Selbstkostenpreis oder dem Wert der erbrachten Dienstleistung steht und aus diesem Grunde keine Abgabe, sondern eine Steuer ist.

B.44.4. In den Vorarbeiten zu Artikel 2.12.5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 heißt es:

« Cette disposition permet de désaffecter 290.000 EUR des recettes relatives aux rétributions des licences des jeux de hasard pour compenser les dépenses dans le cadre de la lutte contre le surendettement à charge des crédit[s] normaux du SPF Economie suite à l'article 20 et 20bis de la loi du 5 juillet 1998 [relative] au règlement collectif de dettes et à la possibilité de vente de gré à gré des biens immeubles saisis et les charges de personnel résiduelles du SPF Economie après la suppression du Fonds Jeux de hasard auprès de ce SPF » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2023-2024, DOC 55-3647/001, SS. 25 und 26).

B.44.5. In seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 3/2020 hat der Gerichtshof geurteilt, dass die Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele in Höhe eines Betrages von 290 000 Euro für das Haushaltsjahr 2018 nicht dazu führt, dass die von den Glücksspieleinrichtungen geschuldeten Beiträge nicht mehr als « Abgabe » eingestuft werden können:

« B.18. Die angefochtene Bestimmung entzieht dem Fonds der Kommission für Glücksspiele in Bezug auf das Haushaltsjahr 2018 finanzielle Mittel in Höhe von 290 000 Euro und fügt diese den allgemeinen Mitteln der Föderalbehörde hinzu.

Aus den in B.1.3 erwähnten Vorarbeiten ergibt sich, dass in Bezug auf den vorerwähnten Betrag eine Unterscheidung zwischen einerseits dem Betrag von 200 000 Euro, der sich auf Ausgaben im Zusammenhang mit der kollektiven Schuldenregelung bezieht, und andererseits dem Betrag von 90 000 Euro, der sich auf die Personalkosten zu Lasten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Wirtschaft bezieht, vorgenommen werden muss.

[...]

B.20.1. Aus Artikel 20 § 3 des Gesetzes über die kollektive Schuldenregelung und Artikel 19 § 1 des Glücksspielgesetzes geht hervor, dass die Kommission für Glücksspiele den jährlichen Beitrag, der im Rahmen der kollektiven Schuldenregelung geschuldet wird, für Rechnung der Glücksspieleinrichtungen einzieht, die folglich die eigentlichen Schuldner dieses Beitrags sind.

B.20.2. Dieser Beitrag ist wesentlicher Bestandteil einer Regelung, die die Schuldner und die Gläubiger, im Falle übermäßiger Schulden, schützen soll, unter anderem wenn diese Schulden auf Glücksspiele zurückzuführen sind, und soll folglich die Risiken abfedern, die zu Lasten der Spieler und der Gesellschaft im Zusammenhang mit Spielen und Wetten entstehen. Dieser Beitrag ist daher als Vergütung für eine Dienstleistung anzusehen, die der Staat zugunsten der Glücksspieleinrichtungen sowie ihrer Kunden erbringt. Der Föderalgesetzgeber hat durch seine Entscheidung, dass die Finanzierung im Rahmen der kollektiven Schuldenregelung mittels eines Beitrags erfolgen muss, der von den Glücksspieleinrichtungen zu tragen ist, keine Steuer ‘ auf Spiele und Wetten ’ im Sinne von Artikel 3 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 ‘ bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen ’ eingeführt.

B.20.3. Die Verteilung des Beitrags unter den Glücksspieleinrichtungen wird jährlich im königlichen Erlass festgelegt, der den Beitrag zu den Kosten für Betrieb, Person und Einrichtung der Kommission für Glücksspiele regelt, wobei derselbe Verteilungsschlüssel angewandt wird, der in diesem königlichen Erlass enthalten ist (*Parl. Dok.*, Kammer, 2009-2010, DOC 52-2278/001, SS. 113-115). Bei der Bestimmung des Beitrags werden die Lizenzen und der Umsatz der Glücksspieleinrichtungen berücksichtigt, was gewährleistet soll, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Selbstkostenpreis der erbrachten Dienstleistung und dem Betrag, den der Beitragspflichtige schuldet, besteht.

B.21. Aus dem Umfang der Umwidmung der Mittel infolge der angefochtenen Bestimmung kann nicht abgeleitet werden, dass der Beitrag, den die Glücksspieleinrichtungen

im Rahmen der kollektiven Schuldenregelung entrichten müssen, keine Abgabe im Sinne von Artikel 173 der Verfassung ist. Der Umstand, dass die Kommission für Glücksspiele den Beitrag aus Gründen der administrativen Vereinfachung für Rechnung der Glücksspieleinrichtungen einzieht und den empfangenen Betrag an die Staatskasse weiterleiten muss, lässt diese Feststellung unberührt.

B.22. Durch Umwidmung der im Fonds der Kommission für Glücksspiele verfügbaren Mittel in Höhe von 200 000 Euro und deren Hinzufügung zu den allgemeinen Mitteln der Staatskasse verletzt der Föderalgesetzgeber die in B.15 erwähnten Referenznormen folglich nicht.

B.23.1. Die angefochtene Bestimmung hat ebenso zur Folge, dass in Bezug auf die im Fonds der Kommission für Glücksspiele verfügbaren Mittel ein Betrag von 90 000 Euro umgewidmet und den allgemeinen Mitteln der Staatskasse hinzugefügt wird.

Nach den in B.1.3 erwähnten Vorarbeiten zu der angefochtenen Bestimmung bezieht sich dieser Betrag auf die nach Auflösung des Fonds Glücksspiele beim Föderalen Öffentlichen Dienst Wirtschaft verbliebenen und weiterhin von diesem Dienst zu tragenden Personalkosten.

B.23.2. Wie in B.6 erwähnt wurde, war die Einrichtung des Fonds Glücksspiele im Rahmen des Haushalts des Föderalen Öffentlichen Dienstes Wirtschaft als Instrument für die Finanzierung in Bezug auf die der Zulassung von Modellen vorausgehenden Kontrollen und die nachfolgenden Kontrollen bei den Glücksspieleinrichtungen gedacht. Durch Artikel 26 des Programmgesetzes (I) vom 26. Dezember 2015 wurde dieser Fonds aufgelöst, weil die Kommission für Glücksspiele mit den vorerwähnten Kontrollen beauftragt wurde.

B.23.3. Der Umfang des durch die angefochtene Bestimmung vorübergehend umgewidmeten Betrags ist nicht derart beträchtlich, dass daraus abgeleitet werden muss, dass die von den Glücksspieleinrichtungen geschuldeten Beiträge nicht mehr als Abgabe qualifiziert werden können.

Durch Umwidmung der im Fonds der Kommission für Glücksspiele verfügbaren Mittel in Höhe von 90 000 Euro und deren Hinzufügung zu den allgemeinen Mitteln der Staatskasse verletzt der Föderalgesetzgeber die in B.15 erwähnten Referenznormen folglich nicht ».

Im gleichen Sinne hat der Gerichtshof zu den Beiträgen in gleicher Höhe wie der vom königlichen Erlass vom 31. Januar 2024 vorgesehenen Höhe und der Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele, was das Haushaltsjahr 2021 betrifft, in Höhe eines Betrags von 870 000 Euro in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 94/2022 geurteilt:

« B.10.1. In Bezug auf die Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele in Höhe eines Betrages von 870 000 Euro für das Haushaltsjahr 2021 heißt es in den Vorarbeiten zum Gesetz vom 22. Dezember 2020:

‘ Cette disposition permet de désaffecter 870 000 EUR des recettes relatives aux rétributions des licences des jeux de hasard pour compenser les dépenses dans le cadre de la lutte contre le surendettement à charge des crédit[s] normaux du SPF Economie suite à

l'article 20 et 20bis de la loi du 5 juillet 1998 [relative] au règlement collectif de dettes et à la possibilité de vente de gré à gré des biens immeubles saisis et les charges de personnel résiduelles du SPF Economie après la suppression du Fonds Jeux de hasard auprès de ce SPF. Ce montant de 870 000 EUR comprend la compensation pour les années 2019 à 2021 inclus (290 000 EUR sur base annuelle) ' (*Parl. Dok.*, Kammer, 2020-2021, DOC 55-1578/001, S. 27).

B.10.2. Daraus ergibt sich, dass die Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele für das Haushaltsjahr 2021 auf den gleichen Gründen beruht wie die Umwidmung der Mittel für das Haushaltsjahr 2018. Dem lässt sich ebenso entnehmen, dass der Betrag in Höhe von 870 000 Euro als eine Vergütung für die betreffenden Ausgaben der Föderalbehörde in Höhe von jeweils 290 000 Euro für die Jahre 2019, 2020 und 2021 anzusehen ist.

B.11. Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen hat die Umwidmung der Mittel des Fonds der Kommission für Glücksspiele durch Artikel 2.12.7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 aus den gleichen, im Entscheid Nr. 3/2020 erwähnten Gründen keinen solchen Charakter, dass die von den Glücksspieleinrichtungen geschuldeten Beiträge nicht mehr als Abgabe eingestuft werden könnten ».

B.44.6. Die Beträge, die für die Beiträge vorgesehen sind, die von den Inhabern einer Lizenz der Klasse A, A+, B, B+, C, E, F1, F1+ und F2 für das Kalenderjahr 2024 geschuldet werden, sind die gleichen wie die Beträge der Beiträge, die vom Gerichtshof in seinem vorerwähnten Entscheid Nr. 94/2022 geprüft wurden. Der Betrag der Umwidmung, der vom Gesetz vom 22. Dezember 2023 für das Haushaltsjahr 2024 vorgesehen ist, entspricht ebenfalls dem Betrag, um den es in den vorerwähnten Entscheiden Nrn. 94/2022 und 3/2020 ging. Außerdem ist die Begründung der im Gesetz vom 22. Dezember 2023 erwähnten Umwidmung ähnlich wie diejenigen, die in diesen Entscheiden behandelt wurden, wie aus den in B.44.4 wiedergegebenen Vorarbeiten hervorgeht.

B.45. Aus den gleichen wie den in den vorerwähnten Entscheiden Nrn. 94/2022 und 3/2020 genannten Gründen ist der dritte Klagegrund in der Rechtssache Nr. 8362 nicht begründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

- erklärt die Artikel 14 Nr. 1 und 15 des Gesetzes vom 7. Mai 2024 « zur Abänderung des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Glücksspiele », insofern sie auf Inhaber einer C-Lizenz keine Anwendung finden, für nichtig;

- erhält die Folgen der teilweise für nichtig erklärten Bestimmung spätestens zum 31. Dezember 2027 aufrecht;

- weist die Klagen unbeschadet der in B.25.3.3 erwähnten Verfassungswidrigkeit im Übrigen zurück; es obliegt dem Gesetzgeber, die Verfassungswidrigkeit spätestens zum 31. Dezember 2026 zu beheben.

Erlassen in französischer, niederländischer, und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 16. April 2026.

Der Kanzler,

Der Präsident,

Frank Meersschaut

Pierre Nihoul